

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw - |

Sozialistenverfolgung und Bürgerrechte

Detlev Albers (Bremen)
Heinz Albrecht (Berlin-West)
Manfred Coppik (Offenbach)
Erhard Eichert (Herford)
Klaus Peter Kisker (Berlin-West)
Heinrich Lienker (Bielefeld)
Werner Loewe (Hamburg)
Klaus-Peter Wolf (Berlin-West)

ISSN 0170-4613

5,00 DM

1. Jahrgang
2. Auflage

Oktober 1978
Februar 1982

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Manfred Coppik (Offenbach), Erhard Eichert (Herford), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter:

Detlef Bimboes (Reutlingen), Burchard Bösche (Bremen), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Rainer Frank (Konstanz), Bodo Fritz (Marburg), Joachim Günther (Berlin-West), Mechtild Jansen (Bonn), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hannover), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Hans Randi (Kiel), Ulrich Schöler (Bonn), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe)

Redaktion: Heinz Beinert, Robert Brögeler, Jürgen Harland, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Michael Zenz

Redaktionssekretariat: Frank Heidenreich, Christiane Rix

Redaktion und Auslieferung: Libellenstr. 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: 030/8033429

Verlag: spw Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Ernst-Dietrich Scholz

Satz: Martin Schmidt, Berlin-Neukölln. — Herstellung: OktoberDruck, Berlin-Kreuzberg. — Auflage: 1.-2. Tausend Oktober 1978, 3. Tausend Februar 1982.

Die spw erscheint 1982 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 516 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 10,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS).

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 1115028300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 – 105 (BLZ 100 100 10)

Inhalt

Editorial: Unsere Zeitschrift	4
Aktueller Kommentar	
Dieter Scholz Erkämpft das Menschenrecht! — Aufforderungen zu einer offensiven Menschenrechtsdiskussion	9
Diskussionsschwerpunkt: Sozialistenverfolgung und Bürgerrechte	
Arno Klönne Das Sozialistengesetz und seine Folgen	13
Christoph Butterwegge Sozialistengesetz in der SPD?	45
Jürgen Egert Gegen den Abbau demokratischer Rechte kämpfen	50
Norman Paech Grundwerte der demokratischen Bewegung	55
Andreas Wehr Die Bedeutung des Russel-Tribunals für den demokratischen Kampf	67
Außerhalb des Schwerpunktes	
Klaus Peter Kisker und Axel Zerdick Sozialistische Wirtschaftspolitik — Die heute notwendige Alternative	74
Berichte	
Reinhold Walz Die Paulskirchentagung der SPD am 11. Juni 1978	36
Jürgen Duenbostel XI. Weltfestspiele Kuba 1978 — Eine Kritik der Internationalismusarbeit der Jungsozialisten	87
Dokumentation	
C.E.R.E.S.: Der Inhalt der Linksunion	91
Archiv	
Aus den Protokollen des Deutschen Reichstages 1978	25
Carl v. Ossietzky Kommunistengesetz?	41
Autorenverzeichnis	99

Editorial

Warum diese Zeitschrift?

Die „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“, deren erste Ausgabe nunmehr vorliegt, wird von linken Sozialdemokraten herausgegeben. Nützlich sein soll sie für Sozialdemokraten, die in der Partei und in den Gewerkschaften arbeiten. Nur wenn sie diesen Anspruch und die damit verknüpfte Aufgabe, praktisch umsetzbare politische Handlungsstrategien zu liefern, wird einlösen können, kann sie sich einen Platz im Spektrum der Vielzahl linker Theoriezeitschriften erstreiten.

„spw“ — die „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ — erscheint nicht zufällig mit diesem Titel. Schon einmal gab es eine gleichnamige Zeitschrift, und zwar in den Jahren 1923 bis 1928. Paul Levi gründete sie im September 1923, nachdem er zwei Jahre zuvor die KPD wegen deren putschistischer Politik verlassen hatte und der SPD beitrug. Levi war nicht nur Reichstagsabgeordneter, sondern ein bedeutsamer Vertreter der sozialdemokratischen Linken. Seine „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ wurde im Oktober 1928 mit der wesentlich von Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz geprägten Publikation „Klassenkampf“ zusammengelegt. Die beiden Organe der linken Sozialdemokratie waren damit vereinigt.

Wenn jetzt, fast auf den Tag genau nach 50 Jahren, und dies mag ein merkwürdiger Zufall sein, wieder eine Zeitschrift mit dem Titel „spw“ herausgegeben wird, so steht dieser historische Name gerade in der augenblicklichen Phase der bundesrepublikanischen Linken für ein Ziel: Die Linke kann nur offensiv gemeinsam handeln und somit an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen, wenn es gelingt, unterschiedliche Standpunkte schrittweise zu vereinheitlichen. Marxisten arbeiten auch deshalb in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, weil sie meinen, daß die Überwindung der Zersplitterung und Bedeutungslosigkeit der Linkskräfte von der sozialdemokratischen Linken — insbesondere von den Jungsozialisten — eingeleitet werden muß. Die „spw“-Herausgeber verstehen diese Zeitschrift auch als ein Angebot an alle Kräfte in der SPD und in deren Umfeld, die sich in der Tradition der Arbeiterbewegung begreifen, solidarisch über die Inhalte und Strategien der Linken zu streiten.

Nur in gemeinsamer Diskussion lassen sich Desorientierung, Perspektivlosigkeit und Uneinigkeit beseitigen.

Wir setzen bewußt in sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftskreisen an, weil wir auch dort eine kontinuierliche inhaltliche Diskussion vernachlässigt haben. Als sinnvolle Ansätze einer inhaltlichen Auseinandersetzung der sozialdemokratischen Linken sind sowohl die Seminare der SPD-Landesverbände von Bremen und Schleswig-Holstein als auch die Diskussionen über die „Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD“ der Jungsozialisten in Ostwestfa-

len-Lippe zu werten. „spw“ soll ein Forum sein, um diese Diskussionen wiederzugeben, fortzuführen und nach Möglichkeit zu vertiefen, wobei sich diese Zeitschrift nicht als „Spielwiese“ für „theoretische Vorturner“ versteht. Gerade deshalb sind Beiträge aus unteren Parteigliederungen wichtig.

Eine solche Auseinandersetzung muß auch — frei und unabhängig von fraktionspolitischen Machtinteressen — bei den Jungsozialisten stattfinden. Aufzunehmen wäre die — auch vom Hofheimer Bundeskongreß verabschiedeten Aktionsprogramm — wiederholt formulierte Kritik an der Politik der Juso-Bundvorstände, die sich, entsprechend den Illusionen innerhalb der Partei über ein möglichst störungsfreies Wachstum, an den eher außergewöhnlichen besonderen Bedingungen der Entwicklung der Bundesrepublik nach 1945 orientierte und dabei Widerstände gegen eine konsequente sozialistische Reformpolitik nicht realistisch einschätzte. An dieser mit dem Begriff „Rückkehr zur Normalität“ im Aktionsprogramm umschriebenen Notwendigkeit zur Überwindung reformistischer Illusionen will „spw“ mitarbeiten.

Die Herausgeber der „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ meinen allerdings, so wie auch in den „Herforder Thesen“ (1. Aug., Mai 1978) formuliert, daß „bei aller notwendigen Kritik an den Mängeln reformistischer Vorstellungen der Begriff des Reformismus nicht zum diffamierenden politischen Schlagwort werden darf. Insbesondere ist es falsch, Reformismus und Klassenverrat einander gleichzusetzen. Der Reformismus ist vielmehr eine der Arbeiterklasse unter kapitalistischen Bedingungen prinzipiell eigene ideologische Grundströmung. Er hat seine Ursache darin, daß die Interessenvertretung der Arbeitenden unter der Vorherrschaft des Lohnarbeitsverhältnisses zugleich die Tendenz in sich birgt, die Interessenvertretung auf die bestehenden ökonomischen Verhältnisse zu beschränken.“ (S. 48)

Die Spannweite der Diskussion in „spw“ wird sich nicht nur auf die (Partei-)Linke reduzieren, sondern sie soll jene Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften miteinbeziehen, deren Bewußtsein und Handeln unter dem zunehmenden Druck der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf eine stärkere Wahrnehmung der Interessen der Lohnabhängigen ausgerichtet ist.

„spw“ sieht deshalb auch die zwingende Notwendigkeit, einen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung politischer Handlungsstrategien zu leisten. Herausgeber und Redaktion sehen allein in der Anknüpfung an den wissenschaftlichen Sozialismus die Möglichkeit, politische Perspektiven für die Linke in der Bundesrepublik zu gewinnen. „spw“ will dabei vermeiden, in das „akademische Fahrwasser“ mancher linker Theoriezeitschrift zu geraten. Einige haben zwar jahrelang eine wichtige theoretische Arbeit geleistet, die für linke Sozialdemokraten unverzichtbar war und ist. Aber Thematik und Sprache dieser Zeitschriften sind so abstrakt und praxisfern, daß sie nur einen kleinen Teil der Genossen erreichen. „spw“ versteht sich als Theorieorgan, das in der gegenwärtigen sozialdemokratischen Bewegung den ersten Versuch wagt, eine theoretische Diskussion zu füh-

ren, die Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften in der praktischen Arbeit nutzen und in politische Handlungsperspektiven umsetzen können. Hierdurch soll ein Beitrag geleistet werden, um die defensive Haltung sowie die hilflosen und widersprüchlichen Reaktionen auf die gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen und ihre Auswirkungen zu überwinden. Denn die innerparteiliche Entwicklung der SPD zeigt deutlich, daß die sich nach 1969 formierende Linke in der Partei den politischen Anforderungen an Konkretisierung und Durchsetzung sozialistischer Politik bisher nicht gewachsen war. „spw“ will also eine Koppelung von sozialistischer Theorie und Praxis, will Anregungen für die Praxis geben und diese theoretisch reflektieren.

Der Anspruch, die politische Situation in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften aufarbeiten zu wollen, setzt die politische Information über deren Entwicklung voraus. In der Autorenschaft werden deshalb oft Genossen und Kollegen zu Wort kommen, die in der praktischen politischen Auseinandersetzung stehen. In der zweiten „spw“-Ausgabe, die die Gewerkschaftspolitik zum Schwerpunkt haben wird, schreiben z. B. hauptsächlich Aktive aus den DGB-Gewerkschaften. Im Unterschied zu anderen Theoriezeitschriften werden wir also weniger die wissenschaftliche Diskussion an den Hochschulen, sondern vielmehr jene in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften thematisieren.

Die Perspektive der „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“, einen Beitrag zur Vereinheitlichung unterschiedlicher Standpunkte zu leisten und damit zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Linken beizutragen, setzt voraus, daß sie nicht als Zentralorgan einer Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung versteht, sondern die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Positionen als Voraussetzung theoretischer Verallgemeinerung politischer Praxis sieht. In diese Diskussionen wollen wir Vertreter aller relevanten Strömungen der Linken einbeziehen. Wir hoffen, daß dieses Ziel in der ersten Ausgabe zumindest ansatzweise als gelöst gelten kann.

Das erste Heft

Das Schwerpunktthema der ersten Ausgabe, die Entwicklung der Sozialistenverfolgung und der Abbau demokratischer Rechte, greift das historische Datum „100 Jahre Sozialistengesetz“ auf, das gegenwärtig Mittelpunkt linker Diskussion ist. Im Zentrum steht die Frage, wie reagier(t)en die fortschrittlichen Kräfte, vor allem die Arbeiterbewegung, auf die Einengung ihres legalen Handlungsspielraums? Was waren/sind die Bedingungen ihrer Erfolge und Niederlagen? Welche Erfahrungen wurden gemacht?

Der Aufsatz von Arno Klönne wird durch den Bericht von Reinhold Walz von der Paulskirchen-Tagung ergänzt, wo die Bewältigung der sozialdemokratischen Vergangenheit zur Legitimation der aktuellen sozialliberalen Regierungspraxis

dienen mußte. In diesem Zusammenhang veröffentlichen wir im „historischen Archiv“ Auszüge aus vier Reden der Reichstagsverhandlung über die 2. Vorlage des Sozialistengesetzes. Das Archiv soll nicht dem Abheften im Sinne einer Inventarisierung der Vergangenheit dienen, sondern in Vergessenheit geratene Materialien zugänglich machen, die Einsichten in geschichtliche Auseinandersetzungen politischer oder ideologischer Ebene eröffnen und so Lernprozesse für die aktuellen Kämpfe ermöglichen. Diese Funktion kann auch der gekürzte Aufsatz des Antifaschisten Carl von Ossietzky von 1929 erfüllen. Unter dem beziehungsreichen Titel „Kommunisten-Gesetz?“ betrachtet er die Rolle der Sozialdemokratie in der damaligen Regierung und ihren Beitrag zur Illegalisierung kommunistischer Aktivitäten.

Jürgen Egert, Andreas Wehr und Norman Paech behandeln relevante Fragen der aktuellen Auseinandersetzung: Die Praxis der Berufsverbote, Russell-Tribunal und Grundwertediskussion.

Christoph Butterwegge setzt sich mit der innerparteilichen Situation der SPD-Linken auseinander. Seine in diesem Zusammenhang nicht näher belegte These, die Hoffnung auf eine Rückverwandlung der SPD in eine konsequente sozialistische Partei sei „unrealistisch“, hält die Redaktion für einen Ausgangspunkt einer Diskussion über die Veränderungsmöglichkeit der SPD, die wir in einem der nächsten Hefte aufnehmen wollen.

Ohne Bezug zum Schwerpunktthema stehen weitere Aufsätze, die für wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Diskussionen von Interesse sein dürften. Klaus-Peter Kisker und Axel Zerdick, aus dem Kreis der Memorandum Autoren, schreiben zu den Alternativen einer sozialistischen Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Krise.

Zum internationalen Bereich bringen wir in diesem Heft den Bericht von Jürgen Duenbostel zur Arbeit der Juso-Delegation bei den Weltjugendfestspielen in Kuba und die Übersetzung eines C. E. R. E. S.-Artikels, der sich mit den Perspektiven der Linksunion in Frankreich beschäftigt.

Notwendigkeit einer breiten Konzeptionsdebatte

Die bisherige Diskussion von Aufgabe und Gewicht der „spw“ hatte zum Ergebnis, daß die Zeitschrift als anspruchsvolles theoretisches Organ in die aktuellen Kämpfe eingreifen soll. Der Einseitigkeit eines Schwerpunktheftes versuchen wir durch Veröffentlichung von bis zu drei Aufsätzen außerhalb des Schwerpunktthemas entgegenzusteuern. Dieses Aufsatzkonzept könnte die notwendige Vielfalt der zu behandelnden Themen sicherstellen. Was es nur begrenzt leisten kann, ist eine aktuelle Berichterstattung, die bei vierteljährlicher Erscheinungsweise der Zeitschrift (mit ca. 95 Seiten) auch gar nicht beabsichtigt sein kann.

Diesem Mangel können z. T. die Beiträge in den Rubriken „aktueller Kommentar“ und die Berichte entgegenwirken. Letztere haben vor allem die Information über Fachtagungen, Kongresse, Parteitage, kulturelle und Festveranstaltungen zum Zweck. Schließlich beabsichtigt die Redaktion, ihre Leser über politisch bzw. wissenschaftspolitisch relevante Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenaufsätze zu informieren. Die Rubrik „Buchbesprechungen“ wird erstmals im Heft 2 u.a. mit einer Sammelrezension neuerer Gewerkschaftsliteratur erscheinen.

Trotz dieser teilweise konkreten Überlegungen muß die Diskussion über das „spw“-Konzept in ein neues Stadium treten. Sie muß jetzt breiter geführt werden. Wir hoffen auf praktische Vorschläge.

Organisation/Finanzielles/Vertrieb

Es wäre verfehlt, nur wenigen oder einer spontan zusammengekommenen Gruppe die Verantwortung für dieses Projekt zu übertragen. Wir haben uns daher für das Prinzip der kollektiven Herausgabe durch eine für uns politisches Spektrum repräsentativen Gruppe von Kollegen und Genossen entschieden und für Verlag/Redaktion die Rechtsform der GmbH gewählt. Wir haften demnach jeder nur mit einer bestimmten Summe, unbeschadet der vollen politischen Verantwortung. Trotz des GmbH-Stammkapitals von DM 39 000 reicht unsere Finanzkraft noch nicht aus.

Von lebenswichtiger Bedeutung wird es für „spw“ sein, ob sie einen soliden Abonnentenstamm zu gewinnen vermag.

Zur politischen Funktion der Zeitschrift und ihrer inhaltlichen Konzeption gehört auch die Art und Weise ihrer Verbreitung und ihrer Finanzierung. Die „spw“ kann nur als politisches Projekt von marxistischen und anderen fortschrittlichen Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaft leben. Sie versteht sich nicht als kommerzielles Unternehmen und macht keine privaten Profite. Neben der Abonnentenwerbung wird die Hauptlast des Vertriebs von den Aktiven in den Organisationen getragen werden müssen.

Wir suchen daher weitere Vertriebsagenten, die in den Gliederungen der SPD, der Jungsozialisten und der Gewerkschaften für die Verbreitung der „spw“ arbeiten.

Angelpunkt für die weitere Existenz dieser Zeitschrift wird also das Engagement ihrer Leser sein. Herausgeber und Redaktion sind auf produktive Kritik und auf die inhaltliche, finanzielle und organisatorische Unterstützung angewiesen. In diesem Sinne bitten wir um Eure Mitarbeit.

Klaus-Peter Wolf (stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten)

Aktueller Kommentar

ERKÄMPFT DAS MENSCHENRECHT!

Aufforderungen zu einer offensiven Menschenrechtsdiskussion*

In der innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik kann man seit etlichen Monaten ein Musterbeispiel ideologischen Klassenkampfes erleben. Gemeint ist die Debatte um die Menschenrechte. Die Dissidenten-Prozesse in der UdSSR und das Bahro-Urteil in der DDR waren willkommener Anlaß für den Bürgerblock, die politische Willkür in den sozialistischen Ländern anzuprangern sowie Liberale und Linke im eigenen Land an den Pranger zu stellen: Dafür oder dagegen? Im Stil der mittelalterlichen Inquisition wurde über die Kritiker der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und ihr Demokratieverständnis zu Gericht gesessen. Die Verteidigung der „Ertappten“ war hilflos. Schon der Tatbestand der Notwendigkeit einer Verteidigung war die halbe politische Niederlage. Komplett wurde die Niederlage durch die Art und Weise der Verteidigung.

Fast exemplarischen Charakter für die Reaktion der gesellschaftlichen Linken hat auch das Verhalten unterschiedlicher Strömungen der linken Sozialdemokratie. Ihm kommt wegen des entscheidenden Gewichtes der deutschen Sozialdemokratie für die Entwicklung der Arbeiterbewegung eine zentrale politische Bedeutung zu. Die Frage ist, wie kann vom Standpunkt der linken Sozialdemokratie die Menschenrechtsdebatte offensiv geführt werden, ohne angesichts der Probleme in den sozialistischen Ländern in Antikommunismus zu verfallen, mit dem man sich der eigenen sozialistischen Perspektive in der Politik beraubt?

Gegenwärtig konzentriert sich die Debatte auf die Menschenrechte auf die sozialistischen Länder, und hierzu haben sich zwei Grundpositionen in der sozialdemokratischen Linken herauskristallisiert, die variiert und in unterschiedlicher Schärfe vertreten werden.

I.

Die eine Position lehnt den Begriff der Menschenrechte zur Beurteilung der Entwicklung der politischen Demokratie in den sozialistischen Ländern ab, da sie richtig die antikommunistische Stoßrichtung der Menschenrechtsdebatte in den kapitalistischen Ländern erkennt und nicht auf die falsche Seite der Barrikade geraten will. Dabei wird die Bedeutung der Frage der Menschenrechte für den Klassenkampf in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern fehlerhaft eingeschätzt. Es wird nur unzulänglich begriffen, daß die Menschenrechtsdebatte

* Als wichtiger Beitrag zu dieser Diskussion vgl.: Erich Wulff, Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (I) in: Das Argument 110, 20. Jg. Juli/August, Berlin (West) 1978, S. 503 ff.

weniger zur Verwirklichung bürgerlicher Ideale — was auch die Durchsetzung einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung bedeuten kann — in den sozialistischen Ländern dient, sondern daß sie heute um die ökonomische und politische Vorherrschaft des Großbürgertums in den kapitalistischen Ländern geführt wird. Die Unzulänglichkeit der dargestellten Position besteht weiter darin, daß sie die Menschenrechtsfrage für ein taktisches Manöver des politischen Gegners hält, dem man ausweichen kann, in dem man ihn in anderen Fragen, wie z. B. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit usw. angreift. Diese Position beinhaltet auch die Auffassung, sich den Kampfplatz vom Gegner nicht vorschreiben lassen zu müssen. Leider wird dabei vergessen, daß insbesondere im Verhältnis Bundesrepublik/DDR für die breite Masse der Bevölkerung z. B. in einzelnen Freiheitsrechten eine erhebliche Diskrepanz zuungunsten der DDR besteht, die jede antikommunistische und antisozialistische Propaganda glaubwürdig erscheinen läßt. Mit der Forderung nach Veränderung der sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik in Richtung Sozialismus ist auch der Kampfplatz um die Frage der Menschenrechte im „real existierenden Sozialismus“ betreten.

Die Konsequenz einer Politik, die dies nicht begreift, ist eine zunehmende Isolierung im demokratischen Kampf des eigenen Landes und damit der Schwächung der Linken.

Insbesondere für die Bundesrepublik gilt, daß die Frage der Menschenrechte von grundlegender Bedeutung ist und offensiv von der Linken aufgegriffen werden muß.

II.

Die zweite Position hat auf den ersten Blick die Schwächen der ersten überwunden, indem sie die Menschenrechtsfrage insgesamt aufgreift: Bedeutet dies aber schon die geforderte politische Offensive?

Das Wesen dieser Politik ist es, vielmehr zu meinen, die Einheit von Analyse, Strategie und Taktik ersetzen zu können durch das Erlangen von „Glaubwürdigkeit“. Dies leiste man am besten, wenn man sich von den undemokratischen Erscheinungen des „realen Sozialismus“ bei jeder Gelegenheit distanzieren. Ob subjektiv gewollt oder ungewollt: Diese Politik läuft ständig Gefahr, objektiv dem Antikommunismus Vorschub zu leisten und damit zugleich die sozialistische Perspektive für die eigene Politik aufzugeben; oder aber der Standpunkt des Antikommunismus verstellt die Herausbildung einer sozialistischen Perspektive und damit die Möglichkeiten einer offensiven Politik, womit sich der Kreis schließt.

Der Anspruch an eine offensive Menschenrechtsdiskussion ist auch hier nicht eingelöst, solange sich die Vorstellung über den eigenen Weg zum Sozialismus in der Negation der Verhältnisse in der DDR erschöpft.

III.

Wie kann der formulierte Anspruch eingelöst werden? Zunächst: der Begriff der Menschenrechte darf nicht den Verteidigern des Kapitalismus überlassen bleiben, sondern Klassenkampf auf der ideologischen Ebene erfordert es, daß Sozialisten auch begrifflich klar machen, was von jeher unverzichtbarer Bestandteil, Inhalt ihrer Politik ist: sie erkämpfen das Menschenrecht! Es mutet merkwürdig an, daß eine Bewegung, die sich die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zum Ziel gesetzt hat, dem Verdacht ausgesetzt werden kann, ein Unrechts- und Willkürsystem errichten zu wollen, welches weniger Rechte garantiert als die bürgerliche Gesellschaft. Deshalb ist es die erste Aufgabe linker Sozialdemokraten, den heute die Diskussion beherrschenden Menschenrechtsbegriff seines unhistorischen und — nur scheinbar — klassenneutralen Charakters zu entkleiden, das Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Menschenrechten im historischen und funktionalen Zusammenhang zu untersuchen, um dann zu zeigen, inwiefern sozialistische Menschenrechte über die bürgerlichen hinausgehen, sie erweitern, anstatt sie einzuengen.

Selbst wer die bürgerliche Gesellschaftsformation nur oberflächlich studiert hat, weiß, daß ihre Geschichte eine einzige Geschichte der Verletzungen der Menschenrechte war und ist, obwohl die Proklamation dieser Rechte untrennbar mit dem Entstehen des Bürgertums und seinem Streben nach ökonomischer und politischer Herrschaft verbunden war. Entsprechend im Kampf gegen den Feudaladel die Menschenrechtsforderung noch den allgemeinen Interessen der unterschiedlichen Klassen des Volkes gegen ihre feudalen Unterdrücker, wurde im weiteren Verlauf der Geschichte die Bindung des Menschenrechtsbegriffes an die Klasseninteressen des Bürgertums sehr schnell deutlich. Wie wenig die vom Bürgertum erhobenen Forderungen gegenüber den feudalen Herrschern zu verallgemeinern waren, zeigte bereits die blutige Unterdrückung des aufkommenden Proletariats und seiner politischen Forderungen in den bürgerlichen Revolutionen von 1848¹ bis zur Ermordung der Pariser Kommunisten 1871. Dies sind nur herausragende Beispiele einer Geschichte, die sich über die Entstehung des Imperialismus, der Weltkriege und des Faschismus bis heute fortschreiben ließe.

Die aktuelle Diskussion um die Menschenrechte erfordert es, die Geschichte der Menschenrechte zu schreiben: Als Bestandteil der Geschichte der Klassenkämpfe.² Dies leitet aber über zu einer anderen Fragestellung: In welcher Beziehung stehen die Menschenrechte zur spezifischen Produktionsweise einer Gesellschaft?

Der materielle Geltungsbereich dieser Rechte reicht im Kapitalismus gerade immer soweit, wie es die Logik der bürgerlichen Produktionsweise gestattet. Das

¹ Als Fallstudie zu empfehlen: Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 8, Berlin/DDR 1972, S.

² entfällt

Grundrecht der Freizügigkeit z. B. ist notwendig für die möglichst reibungslose Anpassung des „Arbeitsmarktes“ an die Dispositionen des Kapitals. Aber das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gilt nur für den, der sich die Möglichkeit dazu erkaufen kann. Die Vormacht der Bourgeoisie schlug sich in einer ungleichen Betonung und Verwirklichung der Menschenrechtsinhalte nieder. Deshalb stand der Kampf der zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung antagonistischen Klasse von Anbeginn an im Zeichen der Gleichberechtigung, d. h. der Verwirklichung der Menschenrechte. Aber, so wurde erkannt, dies war nur auf der Grundlage einer neuen, sozialistischen Produktionsweise materiell möglich.

Und damit ist zwangsläufig auch die Neubestimmung mancher Rechtsinhalte verbunden: Das Recht, über Arbeitslosigkeit reden zu dürfen, führte zur Forderung nach dem Recht auf Arbeit. Die Entfaltung der Persönlichkeit erforderte die Selbstbestimmung der Arbeiter im Produktionsprozeß. Für die sozialistische Bewegung war der Kampf für den Sozialismus von jeher ein Kampf für die Menschenrechte, und diese sind umgekehrt nur in einer neuen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Dies bedeutet aber auch, daß linke Sozialdemokraten die Frage der Menschenrechte in sozialistischen Ländern mit materialistischer Dialektik angehen. Sie müssen einerseits aufzeigen, wo in diesen Ländern die Menschenrechte auf der fortgeschrittenen Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse erweitert sind³, andererseits müssen sie aber auch untersuchen, weshalb einzelne Freiheitsrechte in diesen Ländern verletzt werden. Dabei versteht es sich von selbst, daß eine solche marxistische Analyse nicht auf einen billigen Historismus zurückgreifen kann, der die Verletzung von Menschenrechten in sozialistischen Ländern aus historischen Zufälligkeiten oder „Personenkult“ erklärt, sondern daß sie das Verhältnis sozialistischer Menschenrechte auf der Grundlage der Widersprüche erklären muß, die einerseits die existierenden sozialistischen Klassengesellschaften von innen her bestimmen, und die andererseits durch die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Weltmaßstab auftreten. Dabei ist zu klären, inwieweit bestimmte „Wege zum Sozialismus“, die auf einer verengten Interpretation der „Diktatur des Proletariats“ beruhen, systemimmanent zu einer Einschränkung der Menschenrechte führten und inwiefern die politische und ökonomische Militanz der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern zu einer Art „permanenten Ausnahmezustandes“ in den sozialistischen Ländern geführt hat.

Nur wer den inneren Zusammenhang von Menschenrechten, Gesellschaftsform und Systemkonkurrenz in der gegenwärtigen Menschenrechtsdiskussion aufzeigt, kann auch eine sozialistische Strategie entwickeln, die es erlaubt, den Klassenkampf offensiv zu führen, die Reaktion mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen.

Dieter Scholz (Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten)

³ vgl. Wolfgang Abendroth, Zur Rolle des Antikommunismus heute, in: Das Argument 87, 16. Jg./November, Berlin (West), S. 645

Arno Klönne:

DAS SOZIALISTENGESETZ UND SEINE FOLGEN

Hundert Jahre sind vergangen, seitdem die Mehrheit der demokratisch gewählten Volksvertretung des Deutschen Reiches ein Gesetz beschloß, das alle Vereinigungen, Versammlungen und Veröffentlichungen verbot und unter Strafe stellte, die „durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken“ oder in denen solche „Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten“.

Am 19. Oktober 1878 hatte der Deutsche Reichstag nach sechswöchigen Verhandlungen mit 221 gegen 149 Stimmen diesem Sozialistengesetz, genauer: dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zugestimmt; viermal wurde dieses Gesetz mit Zustimmung der Reichstagsmehrheit in seiner Gültigkeitsdauer verlängert. Im Januar 1890 schließlich fand sich keine Mehrheit für eine erneute Verlängerung, und das Gesetz trat im September des Jahres außer Kraft. Den Anlaß und die Scheinlegitimation für das Sozialistengesetz boten Attentate auf den Kaiser im Mai und Juni 1878. Die Täter hatten weder mit der Sozialdemokratie noch mit irgendeiner anderen organisierten, politischen Tätigkeit etwas zu schaffen, dennoch wurden die Anschläge propagandistisch der Arbeiterbewegung zugeschoben. Die Schuldkonstruktion war simpel genug; nach Auffassung der Reichsregierung bewiesen die Attentate nämlich, „wie leicht eine, jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung bis zu mörderischen Taten sich zu steigern vermag.“ Der „eiserne“ Kanzler ließ freilich keinen Zweifel an der wirklichen Motivation derjenigen, die das Gesetz vorlegten und durchbrachten: ein „Bedürfnis zur Bekämpfung derselben (der Sozialdemokratie, d. V.) hat in den Augen der Regierung jederzeit bestanden“ — hieß es in Bismarcks Instruktion an das Reichskanzleramt.

Im Detail war das Gesetz so formuliert, daß es die Behörden ermächtigte, alles zu verbieten, was nur entfernt an organisierte Arbeiterbewegung erinnerte, mit einer Ausnahme: Sozialdemokraten durften als Individuen zu den Parlamenten kandidieren.

(In diesem Punkt erwies sich der wilhelminische Staat liberaler als die Bundesrepublik nach dem KPD-Verbot). Im übrigen aber wurde von dem Gesetz durch Einzelverbote von Druckschriften, Versammlungen, Vereinen usw., durch Unterdrückung auch gewerkschaftlicher Organisationen, Ausweisungen und Aufenthaltsverbote und Verhängung des „Kleinen Belagerungszustandes“ fleißig Gebrauch gemacht, die große Hatz auf die „vaterlandslosen Gesellen“ hatte begonnen....

Welche politischen Zwecke verfolgten die damals im Deutschen Reich herrschenden gesellschaftlichen Kräfte mit diesem Gesetz? In welchem Entwicklungsstand traf das Gesetz die Sozialdemokratie? Welche Kräftekonstellation machte es möglich, daß dieses Gesetz eine parlamentarische Mehrheit fand?

In der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung selbst findet sich allgemein zunächst folgende Antwort auf diese Fragen: Mit dem Sozialistengesetz wollte Bismarck als Repräsentant des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates und seiner feudalen Eliten die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung insgesamt politisch auslöschen, ehe sie zur wirklichen Massenbewegung und damit zur Gefahr für das bestehende Herrschaftssystem wurde oder werden konnte.

Diese Interpretation trifft zu, bedarf aber größerer Genauigkeit und einer Differenzierung, gerade wenn aus der Analyse der Geschichte der Arbeiterbewegung — hier: der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz — Einsichten gewonnen werden sollen, die politischen Gebrauchswert für Sozialisten heute haben können.

Da ist zuerst ein Mißverständnis beiseite zu räumen, das sich mitunter auch in linken historischen Darstellungen findet: Es war nicht so, daß um 1878 die Sozialdemokratie in Deutschland oder die deutsche Arbeiterbewegung insgesamt eine akute Bedrohung für den damaligen Staat oder auch nur für die bürgerliche Mehrheit im (ohnehin weitgehend machtlosen) Deutschen Reichstag dargestellt hätten. Die sozialdemokratische Partei war erst mit der Vereinigung in Gotha 1875 über den Stand von politischen Kleingruppen hinausgekommen, die gewerkschaftliche Organisation befand sich in ihren Anfängen, bei den Reichstagswahlen im Juli 1878 hatte die Sozialdemokratie ganze 437 158 Wähler, das waren 7,6% der abgegebenen Stimmen für sich gewonnen. Dennoch war das Sozialistengesetz nicht etwa ein Kampf gegen einen Schemen, vielmehr zeigte Bismarck als der für diese Maßnahme unmittelbar Verantwortliche hier durchaus Weitblick, wenn schon nicht bei der Wahl des taktischen Mittels so doch in der strategischen Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen. Das Sozialistengesetz war gewissermaßen ein Präventivschlag; es sollte eine soziale Bewegung in der Phase ihrer möglichen und wahrscheinlichen Entfaltung treffen und ein politisches Klima herbeiführen, in dem die Sozialdemokratie keine Chancen mehr hatte.

Die Gefährlichkeit der sich ausbreitenden Arbeiterbewegung wurde dabei von den Verursachern der Verfolgung offenbar nicht so sehr auf parlamentarisch-wahlpolitischer Ebene gesehen; anders wäre es unverständlich, daß die parlamentarische Kandidatur und Wahl von Sozialdemokraten unangetastet blieb. Der Zugriff des Staates galt wohl mehr der Herausbildung von Organisationsstrukturen zur Vertretung von Arbeiterinteressen überhaupt, gerade auch gewerkschaftlicher Art, sowie der Verbreitung von Gedanken, die die Hegemonie der feudalen oder bürgerlich-nationalistischen Ideologie in Frage stellen könnten. Sieht man

sich die einzelnen Verfolgungsmaßnahmen im Laufe des Sozialistengesetzes an und die Versuche des Staates, auch „vor-politische“ kollektive Aktivitäten der Arbeiterschaft zu unterdrücken (so etwa Puttkamer'scher Streikerlaß 1886), dann wird diese Zielrichtung der staatlichen Politik unter Bismarck recht deutlich. Wie wenig es beim Sozialistengesetz um eine „spontane Abwehrreaktion“ oder um ein nur-parlamentarisches Kalkül ging, erweist sich auch in der Doppelstrategie des preußisch-deutschen Staates gegenüber der Arbeiterbewegung: Dem Sozialistengesetz zeitlich und politisch parallel lief der Aufbau des Sozialversicherungssystems.

Mit den Gesetzeswerken von 1883 (Krankenversicherungsgesetz), 1884 (Unfallversicherungsgesetz) und 1889 (Alters- und Invalidenversicherung) sowie mit flankierenden Arbeitsschutzmaßnahmen konstruierte der wilhelminische Staat ein „soziales Netz“ zumindest für Teile der Arbeiterschaft und für extreme Not-situationen im Arbeiterschicksal, das damals (und lange noch) in kapitalistischen Gesellschaften sonst nicht zu finden war. Dabei ist die Interpretation, über solche staatlichen Maßnahmen sei letzten Endes das gesamt-kapitalistische Interesse an der Reproduktion von Arbeitskraft realisiert worden, durchaus richtig, aber wenig aussagefähig; der wichtigere Teil der Sache liegt ja gerade dort, wo zu fragen ist, warum und mit welchen Folgen sich dieses „abstrakte“ kapitalistische Interesse zum damaligen Zeitpunkt bereits in Deutschland konkretisiert und ein Moment staatlicher „Arbeiterpolitik“ wird.

Auch die Formel, Bismarck habe es eben gegenüber der erstarkenden Sozialdemokratie bzw. ihrem Arbeiteranhang mit Peitsche und Zuckerbrot zugleich versucht, ist nicht falsch, kann aber zu dem Mißverständnis verleiten, die spezifische, preußisch-deutsche „Sozialstaatlichkeit“, wie sie während des Sozialistengesetzes sich herausbildet, sei ohne reale Bedeutung für die Arbeiterklasse und die langfristige politische Orientierung der Arbeiter in Deutschland geblieben. Darüber wird noch weiter zu sprechen sein, festzuhalten ist hier, daß in der Kombination von polizeistaatlichen und sozialstaatlichen Mitteln, in der Gleichzeitigkeit von Repression und Integration eine ganz spezifische, in anderen kapitalistischen Ländern damals so nicht auftretende Form des Klassenkampfes von oben zu sehen ist, die für die weitere politische Entwicklung in Deutschland entscheidende Folgen hatte.

Ein Nebeneffekt der staatlichen Sozialgesetzgebung war übrigens, daß sie den politischen Abstand großer Teile des Bürgertums zur Arbeiterbewegung bzw. Sozialdemokratie forcierte, weil die Befürchtung aufkam, eine stärkere Sozialdemokratie werde den Staat in eine Lage bringen, wo er den sozialen Interessen der Arbeiterschaft „auf Kosten“ des steuerkräftigen Bürgertums noch mehr Konzessionen machen müsse. (Daß diese Vorstellung wenig mit dem politischen Her-gang und noch weniger mit der Finanzierungsgrundlage der Sozialversicherung zu tun hatte, steht auf einem anderen Blatt.) Bismarck konnte dieser Effekt nur willkommen sein, denn die mit dem Sozialistengesetz verbundene Politik hatte

für ihn ohnehin den zusätzlichen Zweck, politische Bündnismöglichkeiten zwischen der Arbeiterbewegung und dem aufgeschlossenen Teil des liberal-bürgerlichen Lagers zu durchkreuzen.

An dieser Stelle sind einige Hinweise auf die wirtschaftlich-politische „Konjunkturlage“ vor dem Sozialistengesetz notwendig: Die fieberhaften Investitionen und Spekulationen der „Gründerzeit“ nach dem deutsch-französischen Krieg (und den französischen Reparationszahlungen) hatten die Wirtschaft des Deutschen Reiches seit 1873 in eine Krisensituation geraten lassen. Die Schwerindustrie litt unter Absatzmangel und Preisabfall, sie war darauf aus, durch Schutzzölle auf importierte Waren sich ausländische Konkurrenz vom Halse zu schaffen und erhöhte Preise auf dem Binnenmarkt zu sichern. Die politisch immer noch tonangebenden Großagrarien, früher eher freihändlerisch gesonnen, hatten Geschmack an Schutzzöllen auf importiertes Getreide und Vieh gewonnen, weil ihnen die Einfuhr billigerer Angebote aus den USA oder aus Rußland auf dem Inlandsmarkt lästig wurde. Seit Mitte der 70er Jahre trat Bismarck für eine Wendung vom Freihandel zum Schutzzoll ein. Mit den Interessen der Großgrundbesitzer war er durch Herkunft und Stand ohnehin ganz selbstverständlich verbunden, und der Schwerindustrie wirtschaftlich entgegenzukommen, erschien ihm aus politischen Gründen opportun, weil sich seiner Konzeption nach nur durch den „antiparlamentarischen Konsensus“ (M. Stürmer) von Großagrariern Schwerindustrie und staatlicher Bürokratie die bestehenden Herrschaftsverhältnisse gegen demokratische oder wenigstens parlamentarische Anwendungen schützen ließen. Hinzu kam, daß Bismarck sich von Schutzzöllen auch größere staatliche Einnahmen versprach, vor allem solche, die nicht dem Budgetrecht der einzelner Bundesstaaten oder des Reichstages unterlagen.

Die Schutzzollpolitik bedeutete aber einen erneuten Konflikt mit liberalen Kräften im Reichstag. Die liberale Fortschrittspartei, die vor allem Interessen der kleinen Unternehmer und Kaufleute und der freiberuflichen und arrivierten Angestellten oder Beamten vertrat, und der Teil der Nationalliberalen, dessen Hinterland das Handelsbürgertum und die exportinteressierte Fertigwarenindustrie waren, hatten nicht Schutzzölle und unkontrollierbare Staatseinnahmen, sondern Freihandel und Ausdehnung parlamentarischer Budgetrechte im Sinne. Zwar hatte der deutsche Liberalismus insgesamt in der Vergangenheit zur Genüge politische Niederlagen hinnehmen müssen und die Dominanz der feudalen Staatseliten nicht erschüttern können, aber die eigenen wirtschaftlichen Interessen waren damit nicht verschwunden. Also mußte Bismarck daran gehen, die Opposition gegen den Übergang zur Schutzzollpolitik im Reichstag zu brechen und damit wieder einmal die aufmüpfigen Teile des Liberalismus in ihre Schranken zu verweisen.

Der beste Weg hierzu war, das „rote Gespenst“ heraufzubeschwören und die Liberalen für die „Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung“ gegen die „gemeingefährliche Sozialdemokratie“ in Pflicht zu nehmen. Als Mechanismus hierfür

bot sich das Sozialistengesetz bzw. die Einvernahme der Liberalen für die Annahme dieses Gesetzes an, denn auf diese Weise konzentrierte sich die politische Auseinandersetzung und Frontenbildung auf die „Grundsatzfrage“, ob man den roten „Umsturz“ heraufkommen lassen wolle (womit der Streit um die Schutzzölle in den Hintergrund rückte), und zugleich wurde dem freihändlerisch optierenden Teil der Liberalen jede politische Bündnismöglichkeit nach links hin entzogen. So kam denn auch im Jahre 1879 das Schutzzollgesetz im Reichstag im Windschatten des Sozialistengesetzes durch.

Die politischen Folgen der Zustimmung zum Sozialistengesetz wurden auf liberaler Seite durchaus zur Kenntnis genommen. Als Rechtfertigung kam eine Argumentationsfigur auf, die seitdem in ähnlichen Situationen und bei ähnlichen Entscheidungen – bis hin zur aktuellen „Abwehr des Terrorismus“ – ihre Dienste tut: „...solange wir im Kampfe gegen den sozialistischen Todfeind stehen, wird zum mindesten nicht auf den weiteren Ausbau des Rechtsstaates zu rechnen sein“ – schrieb nach der Zustimmung zum Sozialistengesetz die Nationalliberale Parteikorrespondenz.

Die Gefahren, die eine ungehinderte Entwicklung der Arbeiterbewegung mit sich bringen würde, wurden dabei nicht etwa im Barrikadenbau, sondern realitätscherweise in der Beeinträchtigung des Geschäftslebens vermutet; in der Begründung für die Notwendigkeit des Sozialistengesetzes wies auch die Reichsregierung dezent darauf hin, daß „... die Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens, welche durch die sozialdemokratische Agitation hervorgerufen wird, eine gedeihliche Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet“ behindere.

Bismarck hatte schon 1876 bei der Argumentation für eine Änderung des Strafgesetzbuches, gegen die Sozialdemokratie gerichtet, den Liberalen zu verstehen gegeben, daß „sozialistische Umtriebe“... die Leute... von fleißiger Arbeit, die früher den Deutschen... eigentümlich war, abziehen... und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Fremden herabdrücken...“, mit anderen Worten: daß die freie Existenz der Arbeiterbewegung dem deutschen Kapitalverwertungsinteresse schlecht bekommen könne.

Resümé: Vor dem Sozialistengesetz sah sich die politische Repräsentation bürgerlicher Interessen in eine Lage gestellt, wo sie zwischen dem Rechtsstaat und dem ungestörten Geschäftsgang wählen zu müssen glaubte; die Entscheidung fiel – damals wie in späteren Fällen – zugunsten des letzteren.

Es wäre zu kurz gegriffen, wollte man diese Option für eine zwangsläufig selbstverständliche Konsequenz kapitalistischer Klassenverhältnisse halten. Es spricht vieles dafür, in der Geschichte anderer kapitalistischer Gesellschaften andere Entscheidungen auf bürgerlicher Seite zu vermuten. Allerdings geht diesen dann auch eine andere politisch-ökonomische Entwicklung voraus; die „Verinnerlichung“ politischer Freiheiten und rechtstaatlicher Vorstellungen im Bürgertum etwa Frankreichs oder Englands, die der Demokratie auch in Krisenzeiten

größere Chancen gibt, hängt gewiß damit zusammen, daß in diesen Gesellschaften der Nationalstaat und dessen politische Verfassung mitsamt ihren Grundrechten von „unten“ her, d. h. historisch vom Bürgertum selbst und nicht ohne revolutionäre Anstrengungen erkämpft worden war, zu Zeiten freilich, wo die nächste soziale Klasse mit ihren Interessen, nämlich die Arbeiterklasse, sich noch kaum als politische Konkurrenz zum Bürgertum abzeichnete. In Deutschland hingegen war der späte und einzige Versuch einer bürgerlichen National- und Freiheitsbewegung, die Revolution 1848/49 gescheitert; der Nationalstaat war durch „Blut und Eisen“, im Wege der Durchsetzung einer Feudalmacht zustande gekommen und das politisch organisierte Bürgertum hatte sich dem „preußischen Weg zum Kapitalismus“, der Industrialisierung unter der Regie des militär-bürokratischen Obrigkeitsstaates mitsamt seiner Ideologie unterworfen. So kommt es zu der – gemessen an „älteren“ bürgerlich-parlamentarischen Staaten – paradoxen Situation, daß in Deutschland zu Zeiten des Wilhelminismus allein die Sozialdemokratie als politische Ausformung von Arbeiterbewegung jene demokratischen Forderungen vertritt, die in anderen Ländern als durchaus bürgerliche Errungenschaften galten – und daß eben diese deutsche Sozialdemokratie (nicht nur) beim Sozialistengesetz mit Hilfe bürgerlicher politischer Repräsentanten aus der Legalität verdrängt werden soll...

*

Wir fragen weiter nach der Entwicklung, die die Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz nahm, nach den Erfolgen oder Niederlagen der Sozialdemokratie zwischen 1878 und 1890. In der Hausgeschichtsschreibung der SPD, aber auch, mit anderen politischen Konsequenzen, in der Historiographie der SED und der DKP erscheint die Zeit der illegalen Sozialdemokratie jener Epoche als „heroische“ Phase, als unaufhaltsamer Aufstieg zur Massenorganisation, zur stärksten Säule der Arbeiterbewegung international und bestgeformten Partei in Deutschland, trotz aller staatlichen Verfolgung.

In der Tat ist es imponierend, wie rapide sich der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie damals unter den Bedingungen illegaler Tätigkeit ausbreitete. Nimmt man die Reichstagswahlen als Gradmesser, so ergibt sich folgendes Bild:

550 000 Stimmen erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten bei der Wahl 1884, 763 000 bei der Wahl 1887 und gar 1 427 000 bei der Wahl im Jahr 1890. Insofern war also die Rechnung, man könne der sozialdemokratischen Bewegung durch Sozialistengesetz und Sozialversicherungspolitik den Wind aus den Segeln nehmen, kläglich zusammengebrochen. Auch die sozialdemokratische Presse konnte sich noch unter dem Sozialistengesetz weiter ausbauen, und für die freien Gewerkschaften wurden die Jahre ab 1885 zu ihrer „Gründerzeit“, obwohl das Sozialistengesetz gerade auch gegen sie gerichtet war.

Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, daß es nicht überall „heroisch“ zging. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gab nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes ein Flugblatt heraus, das eher quietistisch klang,

mit dem Tenor: „Bleibet ruhig – weist die Versucher ab, die Euch zu geheimen Verbindungen oder Putschen reizen wollen – An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen.“ Nach einer Phase der Verwirrung bildete sich erst langsam wieder ein organisierter Zusammenhang heraus, und ohne die Wirksamkeit der aus der Emigration nach Deutschland hinein verbreiteten neuen Publizistik (vor allem des neuen „Sozialdemokrat“) wäre die politische Stabilisierung der Partei in der Illegalität wohl nur schwer gelungen. Es ging auch nicht ohne Kontroversen zwischen „Inland“ und „Ausland“ ab, und es kamen Fehleinschätzungen unterschiedlicher Art auf – von dem Konzept, sich auf die legalen Kandidaturen zu beschränken, bis zu der Auffassung, nun sei nur noch Gewalt gegen Gewalt am Platz. (Am Rande ist hier zu bemerken, daß die SPD bei der Machtergreifung der Faschisten in Deutschland kurzfristig verständliche, aber illusionäre Parallelen zu ihren Möglichkeiten unter dem Sozialistengesetz zog: der Faschismus verfügte über andere Herrschaftsmittel als der wilhelminische Obrigkeitsstaat, der sich im Lichte der Erfahrungen nach 1933 eher idyllisch ausnahm. Lernen läßt sich daraus, daß die Verteidigung der „formalen“ Demokratie wichtiger geworden ist, als sie's zu Kaisers Zeiten hätte sein können.)

Ab 1880 entwickelte jedenfalls die Sozialdemokratie ihrerseits eine „Doppelstrategie“, das Nebeneinander von öffentlichem Auftreten, vor allem über Wahlkämpfe, und illegaler Aktivität. Entscheidend für die weitere Ausbreitung der Arbeiterbewegung war freilich, daß Industrialisierung, Proletarisierung und Herausbildung von Arbeiterbewußtsein sich durch die staatliche Politik nicht zum Halt bringen ließen und – weitgehend unabhängig von der sozialdemokratischen Parteiarbeit – in großen Streikbewegungen ihren Ausdruck fanden. Die Massenausstände in den industriellen Zentren 1889/90 gaben schließlich dem Sozialistengesetz den letzten Stoß, erwiesen den Mißerfolg der Bismarck'schen „Arbeiterpolitik“ und signalisierten jene Front zwischen den Klassen, die dann die Sozialdemokratie zur Massenpartei werden ließ.

Welche längerfristige Prägung erfährt die deutsche Sozialdemokratie durch die Zeit des Sozialistengesetzes? Wie wirkt sich ihre Entwicklung in dieser Phase auf den „Charakter“ der Partei nach 1890 aus?

In der DDR-offiziellen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ findet sich folgende Antwort: „Mit dem Sieg über den ‚Eisernen Kanzler‘ und über das Sozialistengesetz hatten die deutsche Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse (man beachte die Reihenfolge! d. V.) in einem klug und kühn geführten Kampf der preußisch-deutschen Militärmacht mit ihren ungeheuren Machtmitteln eine ernsthafte Niederlage beigebracht. Damit war die Sozialdemokratie Deutschlands... zur angesehensten und einflußreichsten Partei in der internationalen Arbeiterbewegung geworden... Die Partei hatte sich dank der unausgesetzten politischen und ideologisch-theoretischen Anleitung und Hilfe durch Karl Marx und Friedrich Engels unter Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts zu einer Massenpartei entwickelt, in der sich der Marxismus durchgesetzt hatte. Der Sieg über

das Sozialistengesetz und die Durchsetzung des Marxismus waren auch die entscheidenden Gründe dafür, daß, wie Franz Mehring schrieb, die deutsche Arbeiterklasse am Ende des Sozialistengesetzes in den Schwerpunkt der historischen Entwicklung gerückt sei, aus dem sie keine Macht der Welt mehr verdrängen könne.“ (GDA, Kapitel III, S. 120, Berlin 1966). Eine in der Substanz gleichlaufende Interpretation findet sich auch heute in vielen anderen Darstellungen im Feld der SED oder DKP. Die Fragwürdigkeit dieser Einschätzung liegt auf der Hand: Wie will man, wenn man die SPD um 1890 so sieht, das Verhalten der Partei 1914 erklären? Wie will man erklären, daß es der SPD bis 1918 nicht gelungen war, die Herrschaftsverhältnisse in Preußen-Deutschland zu erschüttern, — daß es politischer Bewegungen in der Arbeiterschaft im Gegensatz zur SPD (bzw. deren großer Mehrheit) und der militärischen Niederlage, also der „Revolution von außen her“ bedurfte, um 1918 wenigstens die bürgerlich-parlamentarische Verfassung durchzusetzen? Hier wird, was die SED- oder DKP-Geschichtsschreibung angeht, die Grenze einer Methode deutlich, die — bürgerlichen Mustern folgend — Entwicklung der Arbeiterbewegung als Geschichte von Programmen und „Führern“, von Entscheidungen“ der Organisation für „richtige“ oder „falsche“ Ideen deutet. (Ein Verfahren übrigens, das von den Geschichtsdarstellungen der K-Organisationen heute bis zur Farce gesteigert wird, wenn auch mit anderen inhaltlichen Positionen.)

K. Brandis hingegen, in gewisser Weise Protagonist der Interpretation der Geschichte der Sozialdemokratie unter und nach dem Sozialistengesetz, wie die „Neue Linke“ und auch viele „bürgerliche“ Historiker in der Bundesrepublik sie heute vertreten, kommt zu dem Resultat, die Zeit des Sozialistengesetzes habe in der Sozialdemokratie „eine Radikalisierung in der Ideologie und eine Verstärkung der opportunistischen Züge ihrer Praxis“ ausgeprägt; der Ruf einer konsequenten klassenpolitischen Position, den die SPD vor 1900 in der internationalen Arbeiterbewegung in Anspruch nehmen konnte, sei sozusagen dem undemokratischen wilhelminischen Staat zu verdanken, der den deutschen Sozialdemokraten keine Gelegenheit gegeben habe, ihren in Wahrheit sozialpartnerschaftlichen Charakter schon damals durch politische Beteiligung an den Tag zu bringen. (K. Brandis, Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes; Leipzig 1931. Unter neuem Titel nachgedruckt; Berlin 1975.) Diese Deutung ist geeignet, bei recht unterschiedlichen politischen Richtungen heute Befriedigung auszulösen: Wer einer sozialliberalen Politik historische Weihen verschaffen will wie auch derjenige, der untermalen möchte, daß politische Arbeit in der Sozialdemokratie noch niemals Sinn hatte, wird in der historischen „Tatbestandsaufnahme“ hier auf seine Kosten kommen.

Der methodische Fehler bei Brandis und seinen verschiedenen Nachfolgern liegt m. E. darin, daß historische Arbeiterbewegung an einem Bild von „revolutionärer Politik“ gemessen wird, das selbst nicht weiter ausgefüllt und schon gar nicht auf eine reale geschichtliche Situation (und ihre Möglichkeiten und Al-

ternativen) bezogen ist. Von daher bleibt auch diese Deutung in ihrer „linken“ Version folgenlos für politisches Lernen aus der Geschichte.

Im folgenden soll versucht werden, wenigstens ansatzweise über die allzu „geschlossenen“ Interpretationen der angedeuteten Art hinauszukommen.

1. Die Form politischer Aktivität, die die Sozialdemokratie zumindest nach einigen Jahren unter dem Sozialistengesetz entwickelt hatte, entsprach in ihrer Verschränkung parlamentarischen und außerparlamentarischen Vorgehens durchaus den situativ gegebenen Notwendigkeiten, eben dadurch war die Partei erst imstande, den (historisch keineswegs „zwangsläufigen“) Weg zur Massenorganisation zu gehen. Die besonderen Umstände (Zulassung parlamentarischer Tätigkeit) und der relativ unentwickelte Stand der Parteiorganisation führten allerdings zu einer problematischen Führungsposition der Parlamentarier bzw. der Parlamentsfraktion gegenüber der sozialdemokratischen Organisation, die seitdem ein Strukturdenkmal der SPD geblieben ist. Diese Priorität konnte sich (was nur auf den ersten Blick paradox erscheint) gerade auch deshalb herausbilden und verfestigen, weil im politischen System des Deutschen Reiches bis 1918 der praktische Handlungsraum des Parlaments begrenzt war auf Detailkorrekturen legislativer, vor allem sozialrechtlicher Art. Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischer Politik im Hinblick auf gesellschaftliche Richtungsentscheidungen konnten so nicht erprobt — und von daher auch nicht bewußt werden.
2. Die spezifische Erfahrung staatlicher Repression, die die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz machte, hatte einen im Fortgang der historischen Entwicklung lähmenden Legalismus zur Folge. Einerseits war die Unterdrückung, die die Partei damals erlebte, nachhaltig genug, um das Bestreben zu wecken, jede Wiederholung derartiger Eingriffe zu vermeiden. Andererseits hatte man erlebt, daß der Staat auch unter dem Verbot allerlei Möglichkeiten der Aktivität beließ und den Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung nicht verhindern konnte. Daraus resultierte die Einstellung, man dürfe die herrschenden oder über die Gewaltmittel verfügenden politischen Kräfte nicht „provizieren“, dann werde es am Ende schon nicht so schlimm werden, — eine Verhaltenslinie, die den dann folgenden historischen „Schlüsselsituationen“ keineswegs mehr angemessen war.
3. Besonders fragwürdig wurde die im gleichen historischen Zusammenhang entwickelte Fixierung auf Wahlen und Wahlresultate als wichtigstes Mittel politischer Auseinandersetzung. Es schien so, als sei der Fall des Sozialistengesetzes wie der Aufstieg der Sozialdemokratie zur Massenpartei der Tatsache zu verdanken, daß auch zwischen 1878 und 1890 sozialdemokratisch gewählt — und sozialdemokratisches Wählerpotential gewonnen werden konnte. Es wurde kaum erkannt (selbst bei den damaligen „Marxisten“ nicht), daß beide Erfolge der Arbeiterbewegung mindestens so sehr auf die sozialen Kämpfe, die Mas-

senstreiks und die zunehmende gewerkschaftliche Aktivität zurückzuführen waren.

4. Unter den besonderen Bedingungen des Sozialistengesetzes verlief der organisatorische Aufbau bzw. Wiederaufbau von Gewerkschaften und Partei gezwungenermaßen getrennt voneinander; daraus entwickelte sich eine langfristige „Arbeitsteilung“ zwischen Partei und Gewerkschaften als Trennung von politischem und ökonomischem Kampf, die in dieser Weise bei kaum einer anderen nationalen Arbeiterbewegung zu finden war oder ist und für die gesellschaftlichen Machtverhältnisse hierzulande höchst negative Folgen hatte und hat; diese Trennung forcierte einerseits den Wahl- und Parlamentsfetischismus, andererseits die Fixierung der Gewerkschaften auf lohnpolitisch-sozialpolitische Forderungen.
5. Der andere Arm der Bismarck'schen „Arbeiterpolitik“, nämlich die Sozialversicherungswerke, hatten zwar nicht den vom Obrigkeitsstaat erhofften aktuellen Erfolg, den Zuzug zur Sozialdemokratie zu stoppen, sie gaben aber sehr wohl das reale Fundament für eine ganz illusionäre Erwartung ab, die sich in der deutschen Arbeiterbewegung – wieder im Unterschied zu den meisten anderen nationalen Arbeiterbewegungen – dann nachhaltig verbreitete; diese lief darauf hinaus, daß über den Staat im Kapitalismus (wenn man nur die parlamentarische Mehrheit hätte...) ebenso leicht Arbeiterinteressen wie Kapitalinteressen exekutiert werden könnten. Die wilhelminische „Sozialstaatlichkeit“ band ferner schon bald Arbeitervertreter in die halb-staatliche Administration ein und beschränkte damit zugleich die Operationsmöglichkeiten der Arbeiterorganisationen; sie bahnte eine „Verrechtlichung“ sozialer Auseinandersetzungen auch bewußtseinsmäßig an, die in Zeiten gesellschaftlicher Krisen den Ruf nach dem „starken Staat“ unterstützte.
6. Was die „Durchsetzung des Marxismus“ in der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz angeht, so ist sicherlich anzunehmen, daß theoretische Kenntnisse weder so verbreitet waren, noch überall jene praktisch-politische Dimension enthielten, wie dies die SED- oder DKP-Geschichtsschreibung glauben machen will. Auch ist der Kritik zuzustimmen, daß „Marxismus“ in der damaligen deutschen Sozialdemokratie vielfach als Integrationsideologie diente und in die fatale Hoffnung auf einen „naturgesetzlichen“ Übergang zum Sozialismus absank. Andererseits muß festgehalten werden, daß selbst dieser „Marxismus“ immerhin noch einen Zugang zu einem aufklärenden, analytischen Denken bot – im Gegensatz zu der damals gerade in Deutschland bis in die Reihen der Sozialisten hinein mächtigen „Zerstörung der Vernunft“, also den verschiedensten Spielarten des politischen Irrationalismus. Noch die größten Mißverständnisse des Marxismus boten Denkalternativen zu jenen vorfaschistischen Weltanschauungen, die bald auch in der Sozialdemokratie Verbreitung suchten.

7. Als historisch sehr problematisch erwies sich die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie einerseits soziale Vertretung der Arbeiterklasse war, andererseits in ihrem konkreten politischen Horizont weitgehend auf die Vertretung oder Stellvertretung bürgerlich-demokratischer Forderungen begrenzt war, ohne aber hierfür in den bürgerlichen Parteien selbst Bündnispartner zu finden; im Gegenteil, dem Bürgertum erschien die Sozialdemokratie als ein abgeschottetes, rotes „Lager“. Die Zeit unter dem Sozialistengesetz hat zu dieser verqueren Konstellation wesentlich beigetragen.

Die Verantwortung hierfür ist jedoch nicht der Sozialdemokratie anzulasten; das deutsche Bürgertum selbst war es, das allen demokratisch-liberalen Anwendungen in seiner großen Mehrheit entsagt hatte. Das Zustandekommen des Sozialistengesetzes ist ein Beleg hierfür. Die deutsche Sozialdemokratie geriet damit in den ständigen Widerspruch, auf sich gestellt die bürgerliche Demokratie erreichen oder sichern – und über diese hinauskommen zu müssen.

*

Die damit angedeuteten Probleme der Sozialdemokratie sind historisch und aktuell zugleich.

Literaturhinweise:

- Material über die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz findet sich immer noch am ehesten in älteren Publikationen, so vor allem bei:
- P. Kampffmeyer, Unter dem Sozialistengesetz, Berlin 1928
 R. Lipinski, Quellen zum Sozialistengesetz; Berlin 1928
 I. Auer, Nach zehn Jahren, Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes; Nürnberg 1913
- Informatorisch brauchbar sind ferner:
- D. Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 - 1914 – Organisation und Tätigkeit, Berlin 1976
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III; Berlin 1974
- J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. III; Berlin 1962
- W. Schröder, Partei und Gewerkschaften (1868 - 1893); Berlin 1975
- K. A. Hellfaier, Die dt. Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes; Berlin 1958

Den wichtigen Aspekt der Methodik der Repression unter dem Sozialistengesetz behandeln u. a.:

D. Fricke, Bismarcks Prätorianer – Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die Arbeiterbewegung 1871 - 1898; Berlin 1962

M. Gellrich, Das Sozialistengesetz in Düsseldorf; Münster 1977

Unterschiedliche historisch-politische Einschätzungen zur SPD vor 1914 insgesamt bieten vor allem:

D. Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus; Berlin 1973

G. Fülberth u. J. Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890 - 1933; Neuwied 1974

K. Brandis, Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes; Leipzig 1931 bzw. – unter dem Titel: Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie – Berlin 1975

V. Lidtke, The Outlawed Party – Social Democracy in Germany 1878 - 1890; Princeton 1966

Aus den Protokollen des deutschen Reichstages *

1. Vom 10.X.1878 (Seiten 165 - 171)

Der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Nationalliberalen Partei R. v. Bennigsen¹ sagte u. a.:

Meine Herren²... meine Freunde und ich haben grundsätzlich den Weg nicht zurückweisen wollen, daß man ein Spezialgesetz gebe gegen gemeingefährliche sozialdemokratische Agitationen. Wir sind aber auch der Ansicht, daß dieses Gesetz, auf dem Boden einer Spezialgesetzgebung stehend, sich doch wesentlich unterscheidet von der Vorlage, welche im Frühjahr dem Reichstag³ gemacht worden ist. Meine Herren, ich will hier nicht davon sprechen, daß die Vorlage damals nach ihrer eiligen Behandlung auch in einem anderen Punkt ungenügend ausgefallen war; es ist jetzt wohl nur eine Stimme darüber, daß diejenigen Organe, denen man so weitgehende Vollmacht anvertrauen wollte in der damaligen Vorlage, doch nicht die geeigneten gewesen sind... Die Vorlage im Frühjahr wollte treffen und unter die Möglichkeit des Verbots stellen Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, ohne alle näheren Kennzeichen der Ziele und Unterscheidungen der Ziele selbst, ohne alle Rücksicht auf die Wege, die Methoden, auf denen diese Ziele erreicht werden sollten... Die Absicht mag es bei der damaligen Vorlage nicht gewesen sein, aber die Wirkung war keineswegs ausgeschlossen, daß durch sie ohne Unterscheidung sämtliche sozialdemokratischen Ziele, erlaubte und unerlaubte, getroffen werden

* Zusammengestellt, gekürzt und erläutert von Reinhold Walz.

¹ Bennigsen, Rudolf von Mitgründer und langjähriger Führer der Nationalliberalen Partei, die sich 1866 nach Bismarcks Kriegen gegen Dänemark u. Österreich zur Unterstützung der Vormachtstellung Preußens von der Deutschen Fortschrittspartei (gegr. 1861 als 1. liberale Partei) abspaltete und in den siebziger Jahren damals die stärkste Gruppe im Reichstag darstellte; v. B. war u. a. Mitglied des Reichstages von 1873 - 79; Reichskanzler v. Bismarck bot ihm im Frühjahr 78 einen Ministerposten an, was nur daran scheiterte, daß dieser 3 Sitze für Nationalliberale forderte; geboren 1824 in Lüneburg, gestorben 1902 in Bennigsen (Kreis Springe).

² Anrede nur „meine Herren“: weil bekanntlich in Deutschland bis 1918 (sogen. Novemberrevolution) Frauen weder ein aktives noch ein passives Wahlrecht besaßen.

³ Reichstagsvorlage vom Mai 78: Am 12. ds. Mts. hatte ein gewisser Hödel auf Kaiser Wilhelm I. ein Attentat verübt und Bismarck telegraphierte aus Friedrichsruh am selben Tag an seine Kanzlei „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie!“ Entwurf fertig am 14., im Bundesrat genehmigt am 17. und Reichstagsberatung beginnt am 23! Aber diese eilig durchgepeitschte 1. Vorlage lehnte der Reichstag mit 244 gegen 60 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab; dafür stimmten nur Konservative. Bismarck zog die Vorlage zurück und löste den Reichstag auf. Dann geschah am 2. Juni das 2. Kaiserattentat durch einen nicht minder fragwürdigen Nobiling....

konnten, daß durchaus nicht nachgefragt werden brauchte, mit welchen Mitteln und auf welchem Wege die Sozialdemokratie ihre Ziele verfolgt. Wohl nicht unter die Absicht des Gesetzgebers, wohl aber unter den Wortlaut des damals vorgelegten Gesetzes fielen wissenschaftliche Untersuchungen, humanitäre Zwecke, praktische Förderung von Arbeiterinteressen ebenso wie revolutionäre, direkt auf den Umsturz hingehende Agitationen. In dieser Hinsicht hat das gegenwärtige Gesetz in seinem § 1 einen anderen Inhalt⁴. Daß es so ist, hat nicht bloß der Herr Reichskanzler gestern angedeutet, indem er seinerseits die Ansicht aussprach, daß sozialdemokratische Vereine, welche sich mit der Besserung der Lage der arbeitenden Klasse beschäftigen und weiter nichts Unerlaubtes oder Strafbares tun, von dem Gesetz nicht betroffen sein sollten... Nach dieser Tendenz des Gesetzes wird also die Sozialdemokratie als solche nicht unter Verfolgung gestellt, es werden nicht die Bestrebungen der Sozialdemokratie als solche verfolgt, am allerwenigsten wird eine bestimmte Klasse der Bevölkerung als solche getroffen, sondern anknüpfend an eine erkennbar gewordene große Gefahr, hervorgehend aus den sozialdemokratischen Agitationen überhaupt, will man diese Agitation treffen. Sobald sie einen bestimmten Charakter hat und in der Art zutage tritt, wie es der § 1 im einzelnen näher bezeichnet, sodaß also die sozialistischen Bestrebungen, um unter das Verbot des Gesetzes zu fallen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtet sein müssen... Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat gestern mit Recht darauf hingewiesen, daß in Deutschland in den siebziger Jahren manche Verhältnisse bestanden haben, die eine derartige gefährliche Agitation in verhältnismäßig kurzer Zeit auf eine solch drohende Höhe haben anwachsen lassen. Es ist ja im Grunde sehr merkwürdig, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen europäischen Länder miteinander vergleicht, daß gerade in Deutschland, wo die Wirkungen und Erfolge des kapitalistischen Produktionswesens lange nicht in dem Umfange und in dem Grade hervorgetreten sind, wie in Frankreich und namentlich in England, daß gerade in diesen Jahren, während ähnliche revolutionäre Bewegungen in England und Frankreich zurückgetreten sind, wenigstens sich öffentlich nicht kundgaben, in Deutschland in einer kurzen Spanne Zeit von etwa 6 Jahren die sozialdemokratische Bewegung eine solche Dimension annehmen und zu einer so gemeinen Gefahr heranwachsen konnte...

Vergleichen Sie doch die Vorgänge in Deutschland mit den englischen, wo man ähnliche gefährliche Bewegungen gehabt hat, und vor etwa einem Menschen-

⁴ Paragraph 1: Der genaue Gesetzestext hieß wie folgt: „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.“

alter: die chartistische Bewegung⁵, ursprünglich eine radikalpolitische Bestrebung, nach und nach mit kommunistischen Tendenzen verquickt, eine Bewegung, die massenhaft angewachsen eine größere Beteiligung bekundete, als die sozialistische in Deutschland. Plötzlich, gegenüber der starken Anspannung aller Kräfte, ist diese Bewegung weit rascher wieder verschwunden, als sie gekommen ist. Und meine Herren, was sehen wir jetzt in England? Und das ist gerade der Punkt, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit hinführen möchte. In England hat die kapitalistische Produktionsweise in ihrer Kommissurung des Kapitals in einzelne Hände auf den Gebieten der Industrie viel längere Zeit hindurch gewirkt, viel weitere Fortschritte gemacht als in Deutschland, auch selbst als in Frankreich. In England ist daneben eine Vereinigung des Grundbesitzes des ganzen Landes in einer so geringen Zahl von Personen vorhanden, daß auf die Dauer für die englischen Verhältnisse daraus eine große Gefahr entstehen kann, während wir in Deutschland, abgesehen von einzelnen Landschaften, doch im großen und ganzen noch eine Verteilung von großem, mittlerem und kleinem Besitz bis zu dem Mann herunter, der nur ein Haus und Garten hat, besitzen. Meine Herren, in England, wo alle die Folgen dieser kapitalistischen Produktionsweise, durch welche die sozialdemokratischen Leiter alles Unheil für die arbeitenden Klassen herbeigeführt erklären, sich am stärksten hätten zeigen müssen, in England hat die sozialdemokratische Agitation, in der Art und nach dem System, wie sie jetzt in Deutschland betrieben wird, absolut keinen Boden mehr. ...Ganz das Gegenteil sehen wir in Deutschland. Hier wird den Arbeitern jede Hoffnung genommen durch die Agitatoren. Hier wird ihnen täglich gelehrt, daß das sogenannte „eiserne Lohngesetz“⁶ ganz unverbrüchlich wäre und jede Verbesserung ihrer Lage ausschließe, so lange die jetzigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse bestehen... Meine Herren, sehen Sie auf Seite 24 und 25 der Vorlage dieses Gothaer Programms vom Jahre 1875 sich näher an! Da ist keine Spur von Produktionsgenossenschaften⁷ in der Art, wie es Herr *Hasselmann*⁸ geschildert hat; nein hier wird einfach

⁵ *Chartistische Bewegung*: demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung in England, genannt nach der „Volks-Charte“ 1838, die u. a. Arbeiterschutz, gerechtere Steuern und ein allgemeines vom Eigentum (Steuerzensus) unabhängiges Wahlrecht sowie jährliche Unterhauswahlen forderte.

⁶ *Lohngesetz*: Eigentlich im Gothaer Parteiprogramm „ehernes“ nicht eisernes Lohngesetz genannt. Von bürgerlichen Politikern und Nationalökonomen — wie Turgot, Necker und Ricardo — um die Wende des 18./19. Jahrhunderts — entwickelte Theorie, die Lassalle in sein „Arbeitsprogramm“ übernommen hatte, wonach sich der Arbeitslohn auf die Dauer nicht über den notwendigen Unterhaltsbedarf des Arbeiters erheben könne. „Die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit“ wurde beschlossen auf dem Vereinigungskongreß in Gotha 1875. Sie wurde von Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ 1875 als falsch verworfen.

⁷ *Produktionsgenossenschaften*: Eigentlich im Gothaer Parteiprogramm „Produktiv“ — nicht Produktionsgenossenschaften genannt. Eine wie unter Erläuterung 6 — von Lassalle im „Arbeiterprogramm“ vertretene Forderung, die anlässlich der Vereinigung des Allgemeinen Arbeitervereins (1863 von Lassalle u. v. Schweitzer gegründet — daher genannt

und nackt das Ziel hingestellt, wofür also diese Agitation tätig sein soll. Und was ist das Ziel? Das Ziel ist die vollständige Umwälzung der gesamten Staatsverhältnisse, republikanische Staatseinrichtungen und Kollektivproduktion auf allen menschlichen Gebieten! ... Denken Sie nur an diese Ungeheuerlichkeit. Unsere ganze jetzige Staatsordnung wird umgewandelt, das ist eine selbstverständlich beiläufige Voraussetzung, die ganze individuelle Produktion, wie sie jetzt in der Landwirtschaft vorhanden ist, in der Industrie, im Groß- und Kleingewerbe und im Handel, wird eine gemeinsame, unter einer Zentralleitung stehende. Und um das zu ermöglichen, müssen die gesamten Produktionsmittel, alles Grundeigentum, alle Maschinen und Gebäude, alles Kapital der Nation Gemeingut der Nation werden. Meine Herren, bleibt dafür das, was jetzt auch der kleine Mann, oder der in mittleren Verhältnissen lebende, für wertvoll hält, bleibt da noch eine Existenz irgendeines nennenswerten Produktionseigentums möglich? ... Meine Herren, das sind im wesentlichen die Gründe, aus denen wir gegenüber dieser veränderten, in ihrem Inhalt viel bestimmter formulierten Vorlage angesichts einer so entschiedenen hervorgetretenen Kundgebung der öffentlichen Meinung unseres Volks uns der Aufgabe nicht entziehen, mit der Regierung und den Parteien zusammen, die diesen Boden für den richtigen halten, gesetzgeberisch tätig zu sein...

Der Herr Reichskanzler hat gestern in einer offenen unumwundenen Weise die Gleichberechtigung der liberalen und konservativen Elemente auf dem Gebiet unseres politischen Lebens anerkannt. Meine Herren, ich habe zwar niemals bezweifelt, daß der Reichskanzler von der Anerkennung einer solchen Gleichberechtigung in seiner Tätigkeit ausgegangen ist, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß es wertvoll war, wertvoll gerade in der jetzigen Zeitlage, daß ein so unumwundener offener Ausspruch erfolgt ist.... Je schwieriger die Verhältnisse sind, wenn wir gemeinsam eine so große Gefahr bekämpfen wollen, wie die sozialdemokratische Bewegung, je größer die Anforderungen sind, umso mehr werden wir verlangen können, daß sich Staatsmänner und Parteien bewähren! Hier werden sie auf die Probe gestellt, hier wird sich zeigen, was sie Verdienstliches und Wertvolles ihren Nachkommen hinterlassen können.

„Lassalleaner“) und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869 von Bebel u. W. Liebknecht in Eisenach gegründet – daher genannt „Eisenacher“) ins Programm übernommen wurde mit dem Zusatz „mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes.“ Wurde von Marx ebenfalls kritisiert und als utopisch verworfen.

⁸ *Hasselmann, Wilhelm*: Lassalleaner und Reichstagsabgeordneter seit 1870; geboren 1844, 1880 nach Amerika ausgewandert und verschollen.

2. Vom 12.X.1878 (Seiten 228 - 233)

Der Reichstagsabgeordnete (Nationalliberal)

Dr. Bamberger ⁹ sagte u. a.:

Meine Herren, ich bin dem Vortrage des geehrten Herrn Vorredners ¹⁰ in seiner Klarheit und Sachlichkeit sehr aufmerksam nachgefolgt und namentlich in dem ersten Teil, der sehr bündig das oft besprochene Problem, daß nur allein durch die Wirkungen der Religion denjenigen Verirrungen entgegengetreten werden können, welche zu bekämpfen es sich hier handelt ... Und was wir tun, meine Herren, ist nicht, daß wir eine reaktionäre Maßregel unterstützen, sondern eine im liberalen Sinne erhaltende Maßregel, die uns davor bewahren soll, daß eine Reaktion heraufbeschworen werde, wie wir sie nach wütendem Losbrechen der sozialdemokratischen Banden in anderen Ländern erlebt haben. Meine Herren, ich weiß, Sie fürchten sich nicht davor, weil Sie wissen, daß der Staat glücklicherweise heute noch stark genug ist, Sie zu schützen. Sie fürchten nicht die Kommune ¹¹, die ihre Bischöfe erschießen würde, weil Sie sicher sind, daß das deutsche Heer Sie noch schützen wird. Wäre aber diese deutsche Macht nicht da, so würden Sie entschieden nicht so leichtin Bündnisse mit den Sozialdemokraten schließen. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum)...

Wir beschränken uns lieber darauf, ein Gesetz zu machen, welches den Charakter des Transitorischen ¹², des Besonderen von vornherein an der Spitze hat. Wir wollen lieber eine Maßregel einführen, von der jeder sich sagt, sie ist in Ansehung ganz besonderer Umstände auf bestimmte Zeit und in eingeschränkter Weise gegeben worden, als daß wir unsere allgemeine Gesetzgebung auf unbestimmte Zeit grundsätzlich verderben wollen; Das ist für mich der Grund, weshalb ich lieber dieses Gesetz annehme, als die Vorschläge, die uns von jenen Herren kommen können. Meine Herren, daß wir die bürgerliche Freiheit auf diese Weise auch vorübergehend schädigen, darüber machen wir uns durchaus keine Illusion. Ich habe dankbar und mit Vertrauen die Erklärung angenommen, die der Herr Reichskanzler in Beziehung auf die Überwachung der Ausführung dieses Gesetzes jüngst hier abgegeben hat. Ich glaube, sie ist in einer so bestimmten Form und in so loyaler Weise, im Ton der Loyalität ausgesprochen, daß ihr mit Vorbehalt entgegenzutreten nicht gestattet sein darf... Ich mache mir gar keine Illusionen darüber, daß wir hier ein sehr bedenkliches Gesetz geben, von der Seite werden Sie

⁹ *Bamberger, Ludwig*: Politiker, Bankier und Schriftsteller; Mitglied des Reichstages von 1873 - 93; geboren 1823 in Mainz, gestorben 1899 in Berlin.

¹⁰ *Vorredner*: Ein Zentrumsabgeordneter im Deutschen Reichstag der katholischen Volkspartei, die sich 1848 in der Paulskirche als Fraktion und 1871 sich als Partei konstituiert hatte.

¹¹ *Kommune*: (Commune de Paris) Gemeint ist die sozialistische Regierung in Frankreich, die sich am 18.3.71 im deutsch-französischen Krieg bildete und im Mai ds. Js. blutig niedergeschlagen wurde.

¹² *Transitorisch*: = vorübergehend

mir absolut keinen Einwurf machen können. Es ist uns nur durch die Not der Umstände entrissen, wir bringen ein Opfer, darauf lege ich gerade Gewicht, an unserer bürgerlichen Freiheit, nicht bloß an der Freiheit der Sozialdemokratie. Letztere Auslegung gibt eine falsche Erläuterung, und wenn die Herren sich jetzt gegen das Gesetz wehren, so machen sie die Erfahrung, daß es falsch ist, was sie uns seit so und sovielen Jahren immer vorgesagt haben, daß ihnen an der bürgerlichen Freiheit nichts läge. (Ruf: falsch) Das ist ja das Grundthema aller sozialistischen Betrachtung, daß man ausführt, die Bourgeoisfreiheit ist uns gleichgültig. Herr *Bebel*¹³ ruft uns zu, daß das falsch ist, ich habe es aber hundertmal gelesen... Meine Herren, ich habe bereits erwähnt, daß die Sozialdemokratie ganz natürliche Verbündete hat in denjenigen Personen, die auf die Reaktion hinauszielen. Es gibt aber noch andere Verbündete. Es sind die, die mehr oder weniger bewußt mit diesen Dingen spielen und uns damit auf die schiefe Ebene gebracht haben, auf der wir mit diesem Gesetz angelangt sind. Es gibt deren verschiedene Arten. Ich will zunächst ganz kurz von einer eigentümlichen Art sprechen. Es ist die besondere Abart von Sozialdemokratie, welche merkwürdigerweise gleichzeitig mit der Börse zusammenhängt, welche des Morgens sich an den Brüsten des Kapitalismus vollsaugt und des Abends mit den Arbeitern die Arbeitermarseillaise¹⁴ singt.

Meine Herren, ich meine jene Mischung von Pomade und Petroleum, (Heiterkeit) welche den widerwärtigsten Duft um sich verbreitet. Ich will nicht sagen, daß diese Art von halbbewußter Mißbildung in Deutschland sehr verbreitet sei, aber in gewissen Regionen von Deutschland hat sie einen sehr namhaften Einfluß. Viel wichtiger ist jene Art von sozialistischen Bestrebungen, welche von unserer Gelehrtenwelt ausgegangen ist und einen großen Einfluß auf die ganze Denk- und Anschauungsweise der Nation ausgeübt hat... Unsere Universitäten sind durchsetzt von diesem Geist. Es ist eine Zeit gewesen, wo gerade vermöge der offiziellen Stellung des Herren *Wagner*¹⁵ die sozialistische Lehre als eine so nach oben hin blühende und wohlgefällige erschien, daß sogar das Strebertum sich der sozialistischen Richtung zuwandte. Gleichzeitig, wenn auch nicht im Zusammenhang damit, finden wir die meisten Dozenten der Nationalökonomie mehr oder weniger sozialistisch angehaucht; und wie das geht, wenn erst einmal

¹³ *Bebel, August*: geboren am 22. Februar 1840 in Köln, seit 1861 in der Arbeiterbewegung tätig, Begründer mit u. a. Wilhelm Liebknecht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869 in Eisenach), die sich 1875 in Gotha mit den Lassalleanern vereinigt hatten, und deren unbestritten führender Kopf; war schon 1867 Mitglied des Norddeutschen — und seit 1871 des Deutschen Reichstages; wurde bereits 1872 mit Liebknecht und Hepner „wegen Vorbereitung des Hochverrats“ zu 2 Jahren Festung verurteilt (!). Bebel hatte schon vorher in dieser Debatte um das Ausnahmegesetz gesprochen.

¹⁴ *Arbeitermarseillaise*: Kampflied von Audorf „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet...“ nach der Melodie der Nationalhymne aus der französischen Revolution (1789)

¹⁵ *Wagner, Adolf*: Prof. der Nationalökonomie in Berlin und Vorkämpfer des sogen. „Staatssozialismus“ im „Verein für Sozialpolitik“ (gegr. 1872); geboren 1835, gestorben 1917.

¹⁶ *Konivent* = nachsichtig

auf unseren Universitäten Fuß gefaßt ist, so setzt sich die Sache schon von selbst fort. Bald war kein Lehrstuhl mehr in Deutschland für die Volkswirtschaft vorhanden, der nicht mit einem Vertreter von mehr oder minder sozialistischer Anschauung besetzt war. Das war umso leichter, als die volkswirtschaftlichen Lehrstühle gerade in der philosophischen Fakultät sich befinden. Nun ist, wie Sie wissen, die philosophische Fakultät aus allen möglichen Disziplinen zusammengesetzt, aus den Naturwissenschaften, Mathematik, Philologie, Philosophie usw. Wird nun die Besetzung eines neuen Lehrstuhls nötig, so wird die betreffende Fakultät berufen, um Vorschläge zu machen. Da aber die meisten Kollegen der betreffenden Disziplinen sich nicht um die Nationalökonomie kümmern können, so hat der Lehrer der Nationalökonomie allein zu entscheiden, wer aufgenommen werden soll oder nicht, und auf diese Weise hat man es sich zu erklären, daß zu einer gegebenen Zeit alle Universitäten mehr oder minder unter dem Namen der Volkswirtschaft einen Teil des Sozialismus vortrugen, dessen Bekämpfung hier in diesem Gesetz gesucht wird... Aus diesen Studenten werden Beamte und die Beamten haben überall Einfluß im Lande. Ich wiederhole: keine Einschränkung der Lehrfreiheit, vollständige Beachtung der freien Bewegung der deutschen Wissenschaft; aber die Gesamtheit und die Regierungen insbesondere haben diese Dinge in einer langen Reihe von Jahren in einer solchen Weise gehen lassen, daß, wenn sie nicht so zubilligend oder gleichgültig zugesehen hätten, die Sache gewiß nicht auf diesen Punkt gekommen wäre. Ich verlange durchaus nicht, daß den Dozenten ein Zwang auferlegt werde; aber bei dem engen Zusammenhang der Gelehrtenwelt mit der Regierung und der Staatsgewalt bin ich fest überzeugt, daß, wenn die Regierung sich nicht konivent¹⁶ bei diesen Dingen verhalten hätte, auch niemals dieser Geist eine solche Macht bei uns erlangt hätte.

Meine Herren, ich resümiere die Sache dahin, ich nehme dieses Gesetz an, obgleich es zu den größten Bedenken Anlaß gibt, weil ich davon ausgehe, daß es als Mahnzeichen für die ganze Nation aufgerichtet werde, die daran tragen soll als an einer Crux oder an einem Leiden, das wir alle miteinander dulden werden, damit wir uns erinnern, wie gefährlich die Spielereien waren, mit denen die Wissenschaft das Leben, die Regierung, kurz alle Teile der Bevölkerung sich auf diese schiefe Ebene begeben haben. Und meine Herren, wenn wir den Zweck erreichen, uns dieses Übel zum klaren Bewußtsein zu bringen, dann werden wir in uns selbst wieder gefestigt sein, dann werden wir in unserem Bürgertum den Stolz großziehen, der andere Nationen schützt vor solchen Gefahren, die uns drohen. Alles, was man uns hier gesagt hat über den Unterschied, der zwischen uns und anderen Nationen besteht, der uns mehr exponiert als andere, will ich teilweise gelten lassen. Die Hauptsache aber ist die, daß die Bürgerschaft über den sozialistischen Lehren, die sie von allen Seiten gehegt und gepflegt hat, an sich selbst irre wurde, der Besizende sich selbst wie ein armer Sünder vorkam, weil er von seinem Eigentum Gebrauch machte. Das bürgerliche Selbstbewußtsein des guten Rechts soll ihm durch dieses Gesetz wiedergegeben werden!

3. Vom 18. X. 1978 (Seiten 342 - 351)

Der Reichstagsabgeordnete *Wilhelm Liebknecht*¹⁷ (Sozialdem.) sagte u. a.:

Ich weiß, daß die Würfel der Entscheidung bereits gefallen sind, und wenn ich rede, so tue ich es nur, um meiner Pflicht zu genügen — eine Wirkung ist nicht mehr zu erzielen. Das Gesetz, um welches es sich handelt, ist ein Ausnahmegesetz in des Wortes schlimmster Bedeutung — ein Ausnahmegesetz, durch welches eine Million deutscher Reichsbürger vogelfrei erklärt, politisch geächtet wird. Wie kann ein solches Gesetz gerechtfertigt werden? Man sagt: „die Sozialdemokratie hat sich selbst außerhalb des Gesetzes gestellt, hat sich selbst in einen Ausnahmezustand gegen die Gesellschaft gesetzt, dadurch, daß sie die Attentate verschuldet hat“. Auf diesen Kernpunkt habe ich zunächst einzugehen. Man hat im Laufe der Debatten in diesem Haus und außerhalb desselben den Tatbestand zu verdunkeln versucht, aber das ist und bleibt der Punkt, von dem aus allein dieses Ausnahmegesetz moralisch gerechtfertigt werden könnte, wenn dies überhaupt möglich wäre. Wie verhält es sich aber nun „mit der Schuld, welche die Sozialdemokratie an den Attentaten tragen soll?“ Es haben zwei Attentate stattgefunden: das erste am 11. Mai ds. Jahres. Eine halbe Stunde nachdem die Revolverschüsse Unter den Linden gefallen waren, kam, wie die Zeitungen uns gemeldet haben, ein Telegramm aus Friedrichsruh, wo Fürst Bismarck damals weilte, mit den lakonischen Worten: „*Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie!*“ Niemand wußte, wer und was der Täter war, und schon war der Beschluß gefaßt, den Attentäter der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen, wie man weiland unter anderen Umständen *Kullmann*¹⁸ dem Zentrum an die Rockschöße zu hängen versucht hatte. Hat die Untersuchung gegen *Hödel* nun den geringsten Anlaß dazu ergeben, daß der Mann im Auftrage unserer Partei, beeinflusst von unserer Partei, seine Tat verübt habe? Im Gegenteil, es hat sich herausgestellt, daß wir es mit der vereinzelt Handlung eines durch und durch verkommenen Menschen, wie sich der Untersuchungsrichter selbst mir gegenüber ausgedrückt hat, zu tun haben. Alles ist aufgeboten worden, um diesen einfachen Sachverhalt zu trüben und zu entstellen. Man brachte Nachrichten unter das Publikum, in denen einiges scheinbar Wahre mit vollkommen Erlögenem gemischt war, um in dem Volk den Glauben zu erwecken, daß man es mit einem politischen Verbrechen, welches aus dem Schoß der Sozialdemokratie hervorgegangen sei, zu tun

¹⁷ *Liebknecht, Wilhelm*: Geboren am 29. März 1826 in Gießen, aktiver Kämpfer in der Revolution 48/49 und anschließend Flucht über die Schweiz zu Marx und Engels; 1862 nach Berlin zurück, wieder ausgewiesen und seit 1865 Redakteur in Leipzig; war erst Lassalleaner, war dann aber mit Bebel 1869 Begründer der SDAPD in Eisenach, Hauptredner 1875 auf dem Vereinigungskongreß in Gotha; bereits 1872 mit Bebel und Hepner „wegen Versuch des Hochverrats“ zu 2 Jahren Festung verurteilt; seit 1874 Mitglied des Reichstages und Schlußredner i. d. Parlamentsdebatte gegen das Ausnahmegesetz.

¹⁸ *Kullmann, Eduard*: Böttchergeselle aus Magdeburg verübte 1874 in Bad Kissingen ein Attentat auf Bismarck.

habe... Es ist jedenfalls zu bedauern, daß man nicht Maßregeln getroffen hat, die Zurechnungsfähigkeit Hödels über jeden Zweifel hinaus konstatieren zu lassen. Und es war zum mindesten, gelinde ausgedrückt, sehr auffallend, daß man dem Anerbieten des Professors *Virchow*¹⁹, den Schädel des hingerichteten Hödel zu untersuchen, nicht Folge geleistet hat. Dann wäre doch jeder Zweifel in dieser Beziehung geschwunden... In diese Aufregung fiel, getreu jenem Telegramm aus Friedrichsruh der Antrag des Fürsten Bismarck an den Reichstag, ein Ausnahmegesetz zu erlassen. Der Reichstag wies damals mit großer Majorität das Ansinnen zurück! — Wenige Tage nachher kommt das zweite Attentat. *Nobiling* hat nie und nimmermehr zur Sozialdemokratie gehört. Von ihm gilt nicht das, was ja von Hödel gesagt werden konnte, daß er wenigstens nur kurze Zeit lang an unsere Partei anstriefte, sich an sie andrängte. Wie Bebel bereits hier ausgeführt hat, keiner meiner Parteifreunde hat ihn gekannt und wußte, wer der *Nobiling* war, als seine Tat durch die Telegramme in Deutschland und in der Welt bekannt wurde. Trotzdem kam wenige Stunden, nachdem die Tat verübt war, jenes offizielle Telegramm, auf welches hin schon wiederholt aufmerksam gemacht worden ist, — das Telegramm, welches *Nobiling* für einen Sozialdemokraten erklärte! Meine Herren, nicht ein Atom von Beweis hat für diese Behauptung beigebracht werden können; alles das, was in dieser Beziehung veröffentlicht worden ist, hat sich als Lüge und Schwindel erwiesen... Ich weiß, das Urteil ist hier gesprochen. Wenn ich von einem Urteil rede, so meine ich damit nicht, daß ich den Reichstag als den Richter über uns anerkenne... Eins möchte ich Ihnen aber doch sagen, ehe Sie den Schlag führen: *schlagen Sie zu, aber verleumden Sie nicht!* Verleumden Sie nicht fünfhunderttausend deutsche, sozialdemokratische Wähler, verleumden Sie nicht eine Million deutscher Reichsbürger, die durch Motive dieses Gesetzes zu Meuchelmördern oder zu Mitschuldigen von Meuchelmördern gestempelt werden! Sagen Sie, meine Herren da auf der rechten Seite: „wir hassen die Sozialdemokraten und wollen sie beseitigen, weil sie *demokratisch* sind“, und Sie (zu den Nationalliberalen) dort der Mitte sagen Sie: „wir hassen die Sozialdemokratie, weil sie *sozialistisch* ist, weil sie unsere Klasseninteressen bedroht und unsere sozialpolitischen Zirkel stört“. Haben Sie den Mut, die *wahren Motive* zu erklären, und klagen Sie uns nicht einer Schuld an, die nicht besteht, verleumden Sie uns nicht!... Daß auf einen wehrlosen, achtzigjährigen Greis mit einer Schrotflinte rücklings geschossen wird, — glauben Sie, daß man konservativ oder nationalliberal sein muß, um eine solche Handlungsweise zu verdammen? Sie haben nicht das Privilegium der Humanität. Jeder, der menschlich ist, findet eine solche Tat empörend, dem menschlichen Gefühl zuwiderstrebend. Dieses Gefühl haben wir gerade so gut gehegt, wie Sie es gehegt haben. — Die systematische Verhetzung des Volkes, welches sich an die Attentate geknüpft hat, ist

¹⁹ *Virchow, Rudolf*: geboren 1821 in Schivelbein (Pomm.); berühmter Arzt, Forscher und Politiker; Mitbegründer der Fortschrittspartei 1861, Mitglied seit 1862 des preußischen Abgeordnetenhauses und von 1880 - 93 des Deutschen Reichstages, gestorben 1902.

nicht ohne Früchte geblieben. Der Zweck war, das Volk zu erschrecken. Wenn die Weltgeschichte am 11. Mai ds. Js. begänne, so würde man in Bezug auf die Ereignisse der letzten Zeit leicht den Faden verlieren können. Wenn wir aber hinter den 11. Mai zurückblicken und bedenken, daß die herrschende Politik, — „die Blut- und Eisenpolitik“, wie ihr Leiter sie selbst gekennzeichnet hat, — in eine Sackgasse geraten war, daß auf volkswirtschaftlichem Gebiet der äußeren Politik statt der Erfolge und Triumphe nur Niederlagen und Verlegenheiten erwachsen waren, — wenn man dies alles bedenkt — dann gewinnt man Klarheit. Ein Konflikt der Regierung mit dem Reichstag stand bevor. Die Steuerprojekte des Fürsten Bismarck waren zurückgewiesen worden. Fürst Bismarck war der Alternative zugedrängt, entweder den Reichstag aufzulösen oder zurückzutreten. Wenn wir in einem konstitutionellen Staat²⁰ lebten, hätte er eins oder das andere sofort tun müssen. Nun — er tat keins von beiden und wartete. Da kam das erste Attentat und sofort das Telegramm: „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie!“... Die politischen Attentate, auch wenn sie nachweislich auf rein private Triebfedern zurückzuführen sind, pflegen zu politischen Zwecken ausgebeutet zu werden. Das ist eine Praxis, so alt wie die Politik, es gehört zum staatsmännischen Handwerk. Wir haben das Wort ja in diesem Saal gehört: „Die hohe Politik ist ein Geschäft, welches nicht immer das Tageslicht verträgt“... Wenn es dem Fürsten Bismarck darum zu tun gewesen wäre, die *Sozialdemokratie* zu packen, *allein* gegen die Sozialdemokratie einen Streich zu führen, dann brauchte er nicht aufzulösen. Die Auflösung hat *Ihnen* (zu den Nationalliberalen gewandt) gegolten und *Sie* haben während des Wahlkampfes auch gemerkt, gegen wen sich die Spitze der Auflösungsmaßregel wandte. Jetzt allerdings ist die Lehre vergessen. Die Furcht ist Ihnen in die Glieder gefahren und in Ihrem Namen hat der Abgeordnete Bamberger vorigen Sonnabend jene Rede gehalten.

Präsident: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Der Ausdruck: „die Furcht ist Ihnen in die Glieder gefahren,“ ist gegenüber dem politischen Verhalten einer Partei hier im Hause nach meiner Überzeugung nicht in Ordnung. Ich rufe den Herrn Abgeordneten Liebknecht wegen dieser Äußerung zur Ordnung.

Abgeordneter Liebknecht: Diese Rede des Herrn Abgeordneten Bamberger, die ich ein *Pronunciamento*²¹ der Furcht nennen möchte, hat uns vollständig über den Seelenzustand der nationalliberalen Partei aufgeklärt. Der Abgeordnete Bamberger sagt uns offen: „das Gesetz ist ein Übel, wir verbergen es uns nicht.“ „Die Bestimmungen des Gesetzes sind so schlimm wie möglich, der schwerste Mißbrauch ist nicht zu vermeiden“, „Das Gesetz beseitigt den Rest unserer bür-

²⁰ *Konstitutioneller Staat:* bei der Herrscher und Regierung durch die Verfassung an die Zustimmung der Volksvertretung gebunden sind.

²¹ *Pronunciamento:* spanisch = öffentlich aufrührerische Kundgebung gegen die Regierung; hier: aus Furcht! Hier erreichte Liebknecht nach der Rüge des Präsidenten durch Vorschalten eines Fremdwortes, das dieser wohl nicht kannte, geschickt eine Unterstreichung seines Vorwurfs gegen die Nationalliberalen.

gerlichen Freiheit“. — Kurz, er macht sich und anderen keine Illusionen... Wenn ich den Kollegen Bamberger als Vertreter des deutschen Bürgertums betrachten muß, allerdings dann wird es geschehen. Aus Furcht vor dem „*roten Gespenst*“ will das deutsche Bürgertum, soweit es durch die Nationalliberalen vertreten ist, das Sakrifizium²² des Volksrechts, das Opfer der Freiheit bringen. Und *wir* sollen daran schuld sein, *wir* sollen die bürgerliche Freiheit nicht hoch achten? Der Vorwurf klingt gar wunderbar in dem gegenwärtigen Moment, wo die Vertreter des Bürgertums selbst die bürgerliche Freiheit auf dem Altar des Cäsarismus²³ opfern. Wir Sozialdemokraten aber schätzen die Freiheit hoch, werden sie fort und fort verteidigen, wie wir sie bisher stets verteidigt haben!... Meine Herren, wiegen Sie sich nicht in Illusionen: das Wörtchen „sozialistische Bestrebungen“ oder „kommunistische Bestrebungen“ ist ein Zwirnsfaden, über den die preußischen Richter nicht gestolpert wären. Über die ein preußischer Polizist gewiß nicht stolpern wird. Sozialist wird bald *jeder* genannt, der der Regierung mißliebig ist. Es haben ja auch bekanntlich die Parteienamen ihre Geschichte. Nehmen wir z. B. die Geschichte des Wortes „Sozialdemokrat“ oder „sozialdemokratisch“... Der Begriff, welchen das Wort „sozialdemokratisch“ nach der Februarrevolution in Frankreich²⁴ hatte, ist ziemlich identisch mit dem, was man heut' in Deutschland unter „bürgerlichdemokratisch“ versteht. Eine ähnliche Wandlung, nur umgekehrt nach rückwärts, wird das Wort jetzt in Deutschland machen. Und meine Herren, wenn dann einmal die Partei der Sozialdemokratie unterdrückt ist, glauben Sie nicht, daß dann gerade so wie man früher die leiseste *liberale* Regung als demokratisch denunzierte, man jetzt jeden Oppositionsgedanken verfehen wird? Mit uns, mit der Sozialdemokratie ist überhaupt die Freiheit geächtet — die Pressefreiheit, die Vereinsfreiheit, alle Verfassungsgesetze sind durchbrochen, geopfert durch dieses Gesetz! Nun, das Opfer kann nicht mehr gehindert werden...

Der Tag wird kommen, wo das deutsche Volk Rechenschaft fordern wird für dieses *Attentat an seiner Wohlfahrt, an seiner Freiheit, an seiner Ehre!*

²² *Sakrifizium* = (lat.) Opfer

²³ *Cäsarismus:* monarch.-autokrat. Militärherrschaft

²⁴ *Februarrevolution i. F.* Revolutionäre Erhebung in Paris am 24. Februar 1848, die zum Sturz Louis Philips in Frankreich führte und zur Ausrufung der II. Republik; gleichzeitig Signal für die Märzaufrstände in Deutschland und Österreich — Ungarn.

Reinhold Walz

Kritischer Veranstaltungsbericht und ein paar Fragen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hatte zum 11. Juni in die Paulskirche zu Frankfurt am Main eingeladen. Es jährte sich genau der Tag, an dem vor 100 Jahren Bismarck den Reichstag aufgelöst hatte, um sich eine Parlamentsmehrheit zu verschaffen unter skrupelloser Ausnutzung einer allgemeinen Hysterie über zwei Kaiserattentate und unter Beschuldigung der Gewalttätigkeit an die Arbeiterorganisationen. Das war der Auftakt zum sogenannten Sozialistengesetz. Das Thema der Repräsentativveranstaltung hieß:

„1878 - 1978, 100 Jahre Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.“

Die Veranstaltungszeit, — einer der wenigen wolkenlosen Sonntagvormittage d. Js. — stand zum thematischen Inhalt aus einem dunklen Inhalt deutscher Geschichte etwa im gleichen Kontrast, wie der geweihte Ort zu den Polizeikontrollen, ehe man hinein kam.—

Und es kamen viele aus nah und fern. Parteiprominenz, Senioren und Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Verbänden und staatlichen und anderen Institutionen; aber auch noch so viele Interessierte, — z. B. junge Menschen aus der Umgebung — daß in Nebenräume übertragen werden mußte. Gewiß ein Zeichen der Ermutigung zu weiterbildender Arbeit! Symbolträchtig spielte vor Beginn die Bergkapelle von Kali und Salz Wintershall.

Den offiziellen musikalischen Rahmen übernahm der Frankfurter Bühnenchor und begann mit dem Lied:

„Weißt Du, um was es geht?“

Das Auditorium kam in gespannte Erwartung. Es wurde von *Walter Hesselbach* als Präsidenten des Kuratoriums der FES eröffnet und von *Martin Berg* als Bürgermeister der Stadt Frankfurt begrüßt. Beide sprachen kurz, engagiert und mit natürlich unterschiedlichen Temperamenten auf das eigentliche Thema hinführend. Dabei beeindruckte besonders Berg durch seine Beispiele über verfolgte, verurteilte und außer Landes getriebene Frankfurter Genossen und deren Familien von damals.

Aber dann waren noch zwei Kurzreferate dazwischengeschaltet, ehe man auf die eigentliche Hauptsache — das sogenannte Sozialistengesetz von 1878 — zu sprechen kam.

Holger Börner, der Ministerpräsident von Hessen, betonte unter der Devise „Unsere Verantwortung für die Freiheit“, daß wir Sozialdemokraten heute keinen Anlaß hätten, „Wunden zu lecken“, wie schon *Adolf Arndt* formuliert habe. Liberale, Katholiken und auch „in Gelassenheit die Jugend“ ließen sich

für die Freiheit gewinnen. Außerdem sollte die Freiheit auch in Anspruch genommen werden, trotz der Gefahr des Terrorismus. *Peter Christian Witt*, Professor in Kassel, handelte über „Obrigkeitsstaat gegen liberalen Rechtsstaat“, eine für sich interessante Einzelfrage mit wissenschaftlicher Akribie ab. Fanden noch Börners routinierte Formulierungen, zumal angesichts der bevorstehenden Hessenwahl noch regen Beifall, so fielen doch schon Witts seminaristische Ausführungen etwas ab durch verminderte Aufmerksamkeit. Außerdem wurde man beim Blick aufs gedruckte Programm und bei kritischem Ohr als Zuhörer ans Eingangsglied erinnert: Weißt Du, um was es geht?

Vom Kampf der Bebelpartei für einen Zukunftsstaat im sozialistischen Sinne war nichts zu hören.—

Dann trat endlich *Willy Brandt* ans Rednerpult und hielt das mit Spannung erwartete Hauptreferat. Er entfaltete gleich weit ausholend ein politisch-historisches Panorama, das er aufbaute auf einen anderen Liedtext, den junge Arbeiter der Weserwerft auf einer legendären Wahlversammlung einst August Bebel vorgesungen haben:

„Im Kampf für die Freiheit suche stets dein Recht!“

Der Parteivorsitzende erinnerte nur kurz an den 11. Juni vor genau 100 Jahren, an dem der Reichskanzler Bismarck den Reichstag auflöste, um sich durch Neuwahlen eine gefügige Mehrheit und freie Hand zu verschaffen. Bismarck brauchte eine andere Mehrheit als bisher für „eine gründliche und nachhaltige Korrektur der inneren Politik“. Gleich nach diesem knappen Erinnern steuerte Brandt mit resoluten Strichen auf eine bestimmte Aussage hin, die ihm offensichtlich aus aktuellem Anlaß am Herzen lag. Das kam auf die Zuhörer nun in den ersten 5 Minuten etwa wie folgt zu:

Man wisse ja, *Otto von Bismarck* war die Einigung nach außen gelungen, aber er habe sie nach innen nicht vollbracht. Im Gegenteil! Er habe wesentlich dazu beigetragen, daß sie lange verschüttet wurde. Denn Bismarck handelte nach dem Grundsatz, für die Sicherheit des Staates sei das Übergewicht derer erforderlich, die den „Besitz vertreten“. Dieses Übergewicht schien ihm gefährdet durch „das Gespenst von Liberalismus und Sozialdemokratie“. Im Wahlkampf habe Bismarck die Nationalliberalen mit „noch wüsteren Attacken überzogen als die junge Sozialdemokratie.“ Die Nationalliberalen hätten schon seit 1866 — dem Krieg und Sieg gegen Österreich — die Parlamentarisierung erstrebt; d. h. Kanzler und Regierung sollten dem Reichstag verantwortlich sein. Nach der Reichstagswahl 1878 aber — dem Verlust an 1/5 der Mandate — hätten sie den alten Idealen abgeschworen, auf ihre ureigene Forderung nach Parlamentarisierung verzichtet.“ So wurde die sogenannte „innere Reichsgründung zur Tragödie des deutschen Liberalismus!“ Hieran hätten u. a. auch „die Wurzeln dafür gelegen, daß Weimar scheiterte. Das Bürgertum sei nicht auf konstruktive Mitträgerschaft an einer

demokratischen Republik vorbereitet gewesen. Aber heute, so stellte Willy Brandt fest, gibt es nun seit bald einem Jahrzehnt ja das sozialliberale Regierungsbündnis, und er meine, „daß die Zukunft der deutschen Demokratie weiterhin in hohem Maße dadurch bestimmt sein wird, ob und wie die Kräfte des demokratischen Sozialismus mit denen eines modernen sozialen Liberalismus gebündelt werden können.“ Nun wurde schon nach etwa 5 Minuten Redezeit klar und konnte der kritische Zuhörer wissen, worum es Brandt in der Hauptsache ging: Es ging um die historische Begründung eines Bündnisses zwischen Sozialismus und Liberalismus.¹

Diese vom sogenannten Sozialistengesetz abgeleitete Ausdeutung aus 100 Jahren Kampf für Freiheit und Recht wurde von Brandt noch mehrfach unterstrichen. Er stellte seine These in Bezug auf die bürgerliche Revolution 1848 und das Ende des Sozialistengesetzes 1890 aber auch in Bezug auf den 1. Weltkrieg 1914 - 1918, die Weimarer Republik bis 1932 und Nazi Herrschaft, den 2. Weltkrieg und die Gründung der Bundesrepublik. Für konkrete Aussagen über das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie“, oder die Kämpfe, Erfolge und Niederlagen – blieb da leider kaum genügend Raum, zumal noch angesichts eines zweifachen Abstechers in die Probleme der Sozialistischen Internationale.

Für eine Beschränkung auf den eigentlichen Anlaß der Paulskirchenveranstaltung war ja das gewählte Thema (s. o.) – gewollt oder unbeabsichtigt – zu allgemein und schon fast zeitlos gefaßt. Brandt hatte sein Vorhaben ausdrücklich im Verlaufe der Rede so definiert:

1. Er sei nicht gekommen, „um nur über und für meine Partei“ und an anderer Stelle „nicht durch die Parteibrille“ zu sprechen.
2. „Vom roten Faden“ der deutschen Geschichte rede er nicht, „um niemanden zu provozieren und weil dies in der Tat mißverstanden werden könnte.“
3. Er räumte von vornherein ein, „die Geschichte und das gegenwärtige Erscheinungsbild der Partei seien nicht frei von Irrtümern und Fehlern.“

Von den realen und insbesondere wirtschaftlichen Interessen der drei entscheidenden gesellschaftspolitischen Gruppierungen – Konservativen, Liberalen und demokratischen Sozialisten – war fast nur pauschal die Rede. Die Kenntnisse darüber konkret während der verschiedenen Phasen wurden vorausgesetzt; aber die Begriffe wie Kapitalismus, Imperialismus, ökonomische Interessen, Klassenkampf, wurden vermieden, bzw. nicht verwendet. Andererseits betonte Brandt, daß man jeweils von den „zeitlich vorgegebenen Handlungsbedingungen“ beim Kampf um die Macht ausgehen müsse und er warnte, man solle vorsichtig sein „mit einer Übertragung historisch bedingter Modelle auf unsere Zeit“.

¹ Die Rede ist im Wortlaut inzwischen unter dem o. g. Titel „Im Kampf für Freiheit...“ im Druck erschienen und bei der Abt. Presse und Information beim Vorstand der SPD (5300 Bonn, Postfach 2280) zum Preise von –,50 DM erhältlich.

Dennoch wurde von ihm ganz vorbehaltlos und ohne diese Vorsicht die Frage erörtert „was wäre gewesen, wenn?“ So z. B. „wenn Männer wie August Bebel und Friedrich Naumann miteinander ins Gespräch gekommen wären?“ Nun, der legendäre Sozialistenführer hat mit dem Sozialliberalen oft gesprochen, sogar schon mit Naumanns Vater als deren örtlicher Wahlkreisabgeordneter und später, als beide im Reichstag waren, in Parlamentsdebatten und in öffentlichen Versammlungen! Man lese darüber nach bei K. Anders in „Die ersten 100 Jahre“², um zu erkennen, wie jener liberale Pastor sein Bildungsprivileg borniert selbst dann noch ins Spiel bringt, wenn er einem einfachen Mann aus dem Volke seine großen Leistungen nicht versagen kann. Da ist die Bemerkung Naumanns übrigens „in meinem Zimmer hingen die Bilder Bismarcks und Bebels *nebeneinander*“ ebenso mysteriös, wie in Brandts Rede der Satz „in vielen Arbeiterfamilien hingen Kaiser Wilhelm und der Ersatzkaiser Bebel *nebeneinander* über dem Sofa.“ Der Teufel steckt – wie so oft – im Detail!

An Einzelheiten und Tatsachen aber denkt man als kritischer Zuhörer, wenn der hohe Gedankenflug in einer faszinierenden Rede davon etwas ablenkt. Es bleiben vor allem folgende Fragen zu prüfen:

1. Willy Brandt sprach mehrfach von einer „Traditionskette“ guten Liberalismus und sozialen Christentums. So fragte er die Unionschristen von heute, „welcher Traditionskette sie sich eigentlich verpflichtet fühlen: dem reaktionären Preußen... oder dem Zentrum?“ Nun, das Zentrum hat dem Ausnahmegesetz 1878 nicht zugestimmt, aber andererseits mit ihren Rechtsabweichern Brüning, Kaas und Papen z. B. dem Ermächtigungsgesetz 1933, worunter dann im Widerstand gegen die Nazis allerdings bald Katholiken mitgelitten haben, wie wir wissen. Bis heute bleibt Brandts Frage wohl nur offen für denjenigen, der Fontanes Mahnwort vergaß: Manche, und das sind auch viele der Großköpfe aus der Industrie in der Wirtschaftsvereinigung der Union „sagen Christentum und meinen Kattun!“

Aber die Liberalen in den politischen Führungsstellungen stimmten in den Schicksalsstunden ebenfalls gegen die Freiheit und für den eigenen Vorteil: mit Ja beim Ermächtigungsgesetz 1933 wie 1878 fürs Ausnahmegesetz „gegen die gemeingefährlichen Sozialdemokraten“! Von einer „Entmannung des Liberalismus“, wie Brandt meint, ist z. B. in der Reichstagsdebatte bei Herrn von Bennigsen³, dem Gründer und Vorsitzenden der Nationalliberalen, keine Spur, sondern im Gegenteil von „Gleichstellung“ mit den Konservativen in der Machtausübung, die Bismarck versprach. Von dem Versuch, daß „man den Liberalismus knechtete“ wie die Sozialdemokratie, kann noch viel weniger geredet werden, wenn man die Reichstagsrede des Nationalliberalen Dr.

² „Die ersten 100 Jahre“ erschienen im parteieigenen Dietz Verlag 1963.

³ Auszugsweise Wiedergabe in dieser SPW-Nr. auf Seite 25 ff.

Bamberger⁴ liest. Sie übertrifft an Infamie und Verteufelung der jungen Sozialdemokratie sogar alle Widersacher in Regierung, konservativem Junkertum und borniertem Bürgertum! Sie wurde geradezu das Modell für Verleumdungen seitdem bis heute! Woher oder wohin also führt diese angebliche Traditionskette? : über einige, leider wenige hervorragende Köpfe und Einzelkämpfer, aber selbst bei denen, die 1972 die Freiburger Thesen beschlossen haben, gibt es schon negative Beispiele, daß sie sich im Zweifelsfalle für die Freiheit entscheiden würden.

2. Beim Zuhören und Lesen der Paulskirchenrede Brandts wird die Frage ausgelöst — wenn er der Vorkämpfer aus der Arbeiterbewegung gedenkt — worin besteht der eigenständige Beitrag der Sozialdemokratie konkret, oder besser: *Was lehrt uns heute die Parteigeschichte?* Die Beantwortung setzt voraus, daß das Werden und Wachsen der Arbeiterbewegung zuerst aus dem Denken und Handeln der Zeitgenossen bekannt gemacht wird. Es kann doch wohl kaum am Anfang und Ende des Weges der parteieigenen Geschichtsdarstellung sein, daß man eine hausgemachte, zweckmäßige Betrachtungsweise unterlegt und dann rückwärts nur noch nach Bestätigungen der offiziellen Politik heute sucht. Wir sollten bereit sein, die Ereignisse und handelnden Personen zu uns selber sprechen zu lassen und sie anerkennen. Deshalb wird in dieser Ausgabe der SPW die Rede von *Wilhelm Liebknecht*⁵ auszugsweise aber mit allen wichtigen Argumenten gegen die Sozialistenverfolgung wiedergegeben. Unsere Parteigeschichte ist ein eigenständiger Prozeß, der die Nachrückenden verpflichten und ihnen helfen kann. Nach Godesberg heißt es darüber: „Die sozialistische Bewegung erfüllt eine geschichtliche Aufgabe“ und „Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen — das war und das ist der Sozialismus.“ Der Klassenkampf gegen die Privilegien der Herrschenden ist noch nicht endgültig entschieden, das ist der legitime Standort demokratischer Sozialisten! —

⁴ Auzugsweise Wiedergabe in dieser SPW-Nr. auf Seite 29 ff.

⁵ Auzugsweise Wiedergabe in dieser SPW-Nr. auf Seite 32 ff.

Carl v. Ossietzky

KOMMUNISTENGESETZ? *

Ein Jahr Sieg

Am 20. Mai vor einem Jahr war Wahltag. Das war, wenigstens in Berlin, ein durch und durch verregneter Sonntag. Vom Morgen bis in die Nacht kamen Fluten herunter, die die Spaziergänger von den Straßen trieben und auch die bescheidenste Andeutung öffentlicher Propaganda unmöglich machten. In den Torwegen hockten melancholisch die Plakatträger, deren Farben Gottes Regen überparteilich weggewaschen hatte. Friedlich saßen sie beieinander und dachten gar nicht daran, den bis dahin noch unentschlossenen Bürgern zum letzten Mal vor Augen zu halten, daß Deutschland ohne den Panzerkreuzer elend zugrunde gehen müsse, respektive daß die deutsche Sozialdemokratie mit den marinistischen Aufrüstungsplänen endgültig Schluß machen werde. Die Wahlbeteiligung schien herzlich gering und die Resignation der Sandwichmen durchaus berechtigt zu sein. Doch am nächsten Morgen wußte man, daß der Prozentsatz der Wählenden ziemlich hoch gewesen war, daß die Deutschnationalen über alle Erwartung hart getroffen waren, daß die Demokraten und sogar das Zentrum Verluste erlitten hatten, Sozialdemokraten und Kommunisten die einzigen Gewinner waren. Vor allem die Sozialdemokraten. Die waren die wirklichen Sieger des 20. Mai. Diese Wahlen bedeuteten für die Partei einen unsagbaren Triumph. Denn das Ergebnis verriet einwandfrei, daß die Partei noch immer das Vertrauen der Massen besaß, daß die Scharen der jungen Wähler von der Sozialdemokratie erwarteten,

* Der Beitrag erschien in der von Ossietzky mitherausgegebenen, fortschrittlichen Literaturzeitschrift *Die „Weltbühne“*, XXV. Jg., vom 7. Mai 1929 (S. 769 ff.) Den Ausgangspunkt bilden die Reichstagswahlen von 1928, aus denen die Arbeiterparteien aufgrund ihrer antimilitaristischen Massenmobilisierung gegen die maritime Aufrüstung („Panzerkreuzerwahlen“) gestärkt hervorgingen. Die SPD trat in die Regierung der sog. „Großen Koalition“ ein (zusammen mit der liberalen DDP, dem katholischen Zentrum und der konservativen DVP) und stellte mit Hermann Müller den Reichskanzler. Am 1. August stimmten die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder entgegen dem Wahlversprechen ihrer Partei dem Panzerkreuzerbau zu.

Ossietzky zog seine Bilanz aus einem Jahr Regierungspolitik unter Führung der SPD wenige Tage nach dem Blutmai 1929, als der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, im Wedding auf die Mai-Demonstranten schießen ließ. Insgesamt 33 Arbeiter starben. Bemerkenswert ist Ossietzkys vorausschauende Vermutung, die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten würde bald enden. Tatsächlich wurde die SPD im Jahr nach dieser Aufsatzveröffentlichung — 1930 — von den bürgerlichen Koalitionspartnern in den Auseinandersetzungen um die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung aus der Regierung gedrängt. Vom Gegner vor die Alternative „Regierungsverbleib oder Ablehnung weiterer Kürzungen“ gestellt, konnte die Partei nur noch den defensiven Rückzug wählen. Die politische Entwicklung führte dann zwar nicht zu Hugenberg, sondern zunächst in die konservativ-antidemokratischen Präsidialkabinette von Brüning, Papen und Schleicher. Dennoch realisierte sich schließlich 1933 das in der Harzburger Front vorbereitete Regierungsbündnis von Deutschnationalen und Hitlerfaschisten. Die inkonsequente, nach links unduldsame Politik der Sozialdemokratischen Partei trug nach Ossietzky eine erhebliche Mitverantwortung an dieser Entwicklung.

sie werde in die Tat umsetzen, was sie im Wahlkampf verheißen. Das war der Sinn des Sieges, und so überwältigend war der Aufstieg der Sozialdemokratie, so sehr gebunden war sie durch ihre Propaganda, daß selbst manche ihrer leidgewohnten Kritiker auf der Linken plötzlich geneigt waren, ihr neuen Kredit zu geben.

Auch der Wahlsieg kennt ein Before und After. Überschwang wird von der Wirklichkeit korrigiert und geformt. Aber was hat die Sozialdemokratie Überschwengliches versprochen? Ihre Wahlplattform war vorsichtig und zurückhaltend, enthielt nicht mehr als jede halbwegs liberale Partei bieten mußte, war schon ganz und gar beeinflußt von der sprichwörtlichen Anspruchslosigkeit der Deutschen in allen politischen Dingen. Die Sozialdemokratie hat nicht viel versprochen, das Wenige allerdings mit Posaunenstärke, und dies wenige hat die zur Regierung gekommene Führersippe von Anbeginn mit einer Unverfrorenheit verleugnet, für die sich auch in der an moralischen Katastrophen so überreichen Geschichte des Parlamentarismus schwerlich eine Parallele finden läßt. Es begann mit der Bewilligung des Panzerkreuzers, die sehr geschmackvoll den hochrufenden Republikanern am 11. August verlautbart wurde, und wird enden mit der angekündigten Deformierung der Erwerbslosenunterstützung. Wenn das erst durchgedrückt ist, werden Zentrum und deutsche Volkspartei die Sozialdemokratie in aller Gemütlichkeit vor die Tür setzen, denn dann brauchen sie sie nicht mehr. Den Rest des Weges zu Hugenberg können sie allein finden. Die Sozialdemokratie hat ihnen die Reise leicht gemacht, den unpopulären Teil der Regierung hat sie auf die eigne Schulter genommen. Ihre Minister haben in allen Stücken das ausgeführt, was bürgerliche Minister zu tun sich gescheut hätten.

Ein Jahr Sieg. Es ist ein unendlich trauriges Jahr, erfüllt von Schauspielen zusammenkrachender Charaktere. Kein vernünftiger Mensch verlangt von den sozialdemokratischen Ministern Wunderdinge. Worin sie versagt haben, das ist ja nicht die Sozialisierung von Kohle und Eisen, nicht eine umfassende Agrarreform mit resoluter Zerschlagung der Latifundien oder sonst etwas waschecht Sozialistisches. Worin sie versagt haben, das war die simpelste Technik des Regierens. Was sie vermissen ließen, das war die allergeringste Fähigkeit, das Verlangen von Millionen auch nur in kleinen Dingen in die Autorität regierender Persönlichkeiten umzusetzen. Herr Hermann Müller hat die Regierungsbildung mit einer Laschheit betrieben, die ihn als Dorfschulzen unmöglich machen würde, Herr Hilferding murkst an dem Etat mit jenem Tempomangel, den wir noch von seiner ersten Ministerherrlichkeit her in trister Erinnerung haben und macht vor den Bankengewaltigen schön, Herr Severing kuscht vor der Schwerindustrie und alle zusammen kuschen sie vor Herrn Gröner. Es tritt da bösartig zutage, was den republikanischen Blättern bisher nur in sehr vereinzelt Momenten aufgegangen ist: Wahlsieg bedeutet noch nicht Macht. Die Regierungsbeteiligung einer sozialistischen Partei muß deshalb vornehmlich davon abhängen, ob sie ihren führenden Männern die erforderlichen Energien und Talente zumuten darf,

diese Macht zu erobern und die Instrumentation des Staates zu beherrschen. Diese Probe haben die sozialdemokratischen Minister früher nicht und erst recht jetzt nicht erbracht, sie sind immer nur das Spielzeug des Apparates gewesen, den sie selbst hätten spielen lassen müssen. Deshalb das allgemeine Gefühl der Unsicherheit, das unbestimmte Bewußtsein, daß sich die Reaktion in einem unaufhaltsamen Vormarsche befindet. Die Ära des Herrn v. Keudell erscheint, gemessen an der gegenwärtigen des Herrn Severing, wie die eines fest umfriedeten, von starker Hand geschirmten Liberalismus (...)

Die Sozialdemokratie ist von ihrer genialen Führung ganz sacht nach rechts kutschiert worden. Wo werden die ahnungslosen Genossen, sie ihren Lenkern gehorsam vertrauten, eines Tages aufwachen?

Die Sozialdemokratie kann nicht von heute auf morgen den Sozialismus verwirklichen. Das verlangt niemand von ihr. Der Spielraum rein sozialistischer Aktivität ist sehr eng. Noch bestimmt der Hochkapitalismus allein herrschend die Wirtschaft, und selbst der proletarische Klassenkampf bedeutet keine aggressive, sondern nur eine defensive Maßnahme. Hat aber die Sozialdemokratie schon den Verzicht auf den Kampf um sozialistische Ziele für diese Gegenwart ausgesprochen, so hat sie damit in um so stärkerem Maße die Verpflichtung, für die Eroberung und die Verteidigung des demokratischen Staates zu sorgen. Dogmatisch, unerbittlich, kompromißlos und zähe muß sie für die Realisierung jener Verfassung kämpfen, die sie so stolz für die freieste der Welt erklärt. Und hier liegt ihr unverzeihliches Vergehen an der Republik. Sie hatte die Wahl zwischen Marx und Lassalle, sie hat sich angeblich für Lassalle entschieden, aber sie hat auch diese stolze Gallionsfigur der Vergangenheit lange über Bord geworfen. Sie lebt nur noch von einer liberalistischen Gelegenheitsmacherei, zehrend von ihrem alten Ruf, weiter getragen gelegentlich von günstigen Oppositionskonjunkturen. Was Severing und Grzesinski zu den traurigen Geschehnissen der ersten Maitage sagten, war von einer selbstgefälligen Oberflächlichkeit, die auch die bescheidenste Dosis natürlichen demokratischen Empfindens vermissen ließ. Wie leicht glitten die Herren über die schreckliche Zahl von 24 Toten weg! Gerad, daß sie ein kleines Achselzucken des Bedauerns für die Totgeschossenen hatten. Kämpfe erfordern Opfer, das war der Tenor ihrer Ausführungen. Nein, meine Herren Minister, in den sogenannten Aufruhrgebieten ist nicht nur gekämpft, sondern nur gestorben worden, und zwar ist der Verteilungsschlüssel ein verteufelt unfairer, denn nur die eine Seite hat die Toten geliefert.

Wenn wir es nicht schon gewußt hätten, so ist es jetzt klar: Wir haben ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten, wir haben ein Kommunistengesetz. Ganz ergebnislos ist dieses eine Jahr sozialdemokratischen Sieges doch nicht gewesen. Die bürgerlichen Regierungen spannten schamhaft und voll chevaleresker Hemmungen noch das Reichsgericht an. Das ist eine vergangene Epoche. Heute ruht das Ausnahmegesetz im Gummiknüppel jedes Schutzpolizisten (...)

Wir haben ein Kommunistengesetz. Aber es ist ein alter Erfahrungssatz, daß außerordentliche Maßnahmen gegen eine extreme Linke mit rapider Geschwindigkeit nach Rechts zu rücken pflegen. Aus dem Kommunistengesetz wird bald ein Republikanergesetz geworden sein. Heute drischt man noch auf Kommunisten. Morgen werden ganz andere an der Reihe sein. (...)

Rot gegen Rot

Das Kommunistengesetz geht also nicht nur die Kommunisten an. Es überwinden zu helfen, ist ein besserer Dienst an der Republik, als in den Chorus der Propheten und Sibyllen einzustimmen, die nicht müde werden zu verkünden, daß die Kommunisten Blut sehen wollen, weil das Moskau so befiehlt. Ist das richtig, so wird ihnen dieser Gefallen desto eher erwiesen, je schärfer man gegen sie vorgeht. (...)

Die Kommunisten sind keine Engel, wird man mir entgegenhalten. Die Sozialdemokraten sind es unter Bismarck auch nicht gewesen, sondern schrecklich ruppig. (...)

Schatten von 1923, wen schreckt das nicht? Die sozialdemokratischen Führer schreckt es nicht. Sie haben es sich auf der anderen Seite der Barrikade bequem gemacht und starren unheilvoll fasziniert auf die Gefahr von links. Sie sehen keine andere. Sie fordern von den Kommunisten die Einsicht, die sie selbst vermissen lassen. Was tun die Kommunisten so Gräßliches? Sie vertreten die Sache ihrer Partei. Sie tun es mit den Mitteln einer radikalen Massenpartei. Es sind also keine feinen Mittel, aber es sind die gleichen Mittel, die die alte Sozialdemokratie jahrzehntelang mit bestem Glück angewandt hat. Die Kommunisten sind Opposition, sie holen die Mittel aus dem eigenen Arsenal und nehmen die Folgen auf die eigene Kappe. Die sozialistischen Minister dagegen mobilisieren in ihrer Parteisache den Staat, und weil er einmal, wo es gegen Links geht, ausnahmsweise funktioniert, geben sie sich der bedenklichen Illusion hin, sie beherrschen ihn, und es würde auch so sein, wenn der Feind rechts stünde. In Hamburg hat, zum Beispiel, der sozialdemokratisch regierte Senat für eine bestimmte Zeit die Abhaltung kommunistischer Veranstaltungen selbst in geschlossenen Räumen, also auch Mitgliederzusammenkünfte, verboten. Leben wir denn im Ausnahmezustand? Gelten denn vermottete lokale Polizeiverordnungen mehr als die Verfassung, die das Versammlungsrecht garantiert?

Was hier geschieht, geht nicht nur die beiden Arbeiterparteien an, sondern jeden Republikaner, der nicht das eigene Sehen verlernt hat. Das Kommunistengesetz muß fort, der Staat selbst endlich den legalen Boden finden, den er von der Opposition fordert. Sonst wird eines traurigen Tages der in der Stille gewachsene und vom Überdruß am Kampfe von Rot gegen Rot genährte Faschismus da sein und das Prävenire spielen.

Christoph Butterwegge

SOZIALISTENGESETZ IN DER SPD?

1891, im Jahr nach dem Fall des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, schrieb Friedrich Engels an August Bebel, die Kontrolle der SPD-Führung über die Parteipresse laufe auf ein „Sozialistengesetz in den eigenen Reihen“ hinaus, und er gab zu bedenken, ob man nicht besser täte, „etwas weniger empfindlich und im Handeln etwas weniger – preußisch zu sein.“¹ Aufschluß über Engels' Verständnis von Meinungs- und Diskussionsfreiheit gibt auch ein Brief an Gerson Trier, der sich mit dem Problem innerparteilicher Oppositionsbildung beschäftigt: „Es gehört zum Leben und Gedeihen einer jeden Partei, daß in ihrem Schoß gemäßigtere und extremere Richtungen sich entwickeln und selbst bekämpfen, und wer die extremeren kurzerhand ausschließt, befördert dadurch nur ihr Wachstum. Die Arbeiterbewegung beruht auf der schärfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft, Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatte verbieten wollen?“² Heute, hundert Jahre nach dem Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes, ist Engels' Warnung vor einem Sozialistengesetz in der SPD aktueller denn je. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise 1974/76 hat nicht nur die bei vielen Sozialdemokraten vorherrschenden Illusionen bezüglich eines krisenfreien Kapitalismus erschüttert, sie hat auch den Anspruch der SPD, die „Partei der Freiheit des Geistes“ (Godesberger Programm) zu sein, ad absurdum geführt. Keine andere demokratische Massenpartei Westeuropas – mit Ausnahme der portugiesischen Sozialisten – geht ähnlich hart gegen Opponenten in den eigenen Reihen vor, unterdrückt Führungskritik so rigoros und kennt ein solches Maß an „bürokratischem Zentralismus“ wie die SPD. Bedingt durch die krisenhafte Entwicklung des westdeutschen wie des Weltimperialismus, vollzieht sich parallel zu Formierungsbestrebungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, von den Berufsverboten über die Verschärfung des Straf- und Strafprozeßrechts bis hin zur Verabschiedung reaktionärer Polizei- und Verfassungsschutzgesetze, seit Mitte der siebziger Jahre innerhalb der SPD eine schrittweise Verengung des Handlungsspielraums linker, insbesondere marxistischer Opposition. Bei den Repressionsmaßnahmen, deren Ursache in der Wirtschaftskrise und den daraus resultierenden Legitimationsproblemen der SPD und des von ihr regierten Staates zu suchen ist, handelt es sich um die größte Disziplinierungswelle seit dem Unvereinbarkeitsbeschuß gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) bzw. seine Förderergesellschaft vom November 1961 und die im Anschluß daran erfolgten Parteiausschlüsse.

¹ Friedrich Engels an August Bebel, 1./2. Mai 1891, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 38, S. 94

² Engels an Gerson Trier, 18. Dezember 1889, in: MEW, Bd. 37, S. 328

Disziplinierungsmaßnahmen gegen die SPD-Linke

Es begann 1974 mit der Einleitung des Statutenverfahrens zur Rolle der Arbeitsgemeinschaften durch den SPD-Bezirk Franken. Dieses richtete sich primär gegen die Jungsozialisten, deren allgemeinpolitisches Mandat beschnitten werden sollte. Besonders die neuen Bestimmungen zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaften mußten im Falle ihrer rigiden Handhabung durch SPD-Untergliederungen das Ende der jungsozialistischen Mobilisierungsstrategie und die Zerstörung der innerverbandlichen Kommunikationsstrukturen zur Folge haben. Den schwersten administrativen Eingriff in die Arbeit der Jungsozialisten aber stellte das Parteiordnungsverfahren gegen ihren Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter dar. Nicht nur Benneter, auch die SHB-Vorsitzende Mechtild Jansen, die Professoren Gerhard Kade und Gerhard Stuby, der Bezirksvorstand Nord-Niedersachsen der Jungsozialisten und der Juso-Vorsitzende des Bezirks Ostwestfalen-Lippe, Heinrich Lienker, wurden ausgeschlossen, ganz zu schweigen von Dutzenden weniger prominenter Sozialdemokraten. Im Anschluß an den Hamburger Bundeskongreß der Jungsozialisten vom März 1977, auf dem sich die marxistisch ausgerichtete Verbandsopposition sowohl personell (Wahl Klaus-Uwe Benneters zum Nachfolger Heidemarie Wieczorek-Zeuls) als auch politisch-inhaltlich gegenüber der reformistischen Vorstandslinie durchgesetzt hatte, erreichten die administrativen Maßnahmen ihren Höhepunkt. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das Ultimatum des Bundesgeschäftsführers der SPD, Egon Bahr, nicht an den Kundgebungen des Kölner Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit teilzunehmen, obwohl der Hamburger Juso-Kongreß einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte, sowie das Parteiordnungsverfahren gegen 56 Hamburger Jungsozialisten, die sich mit ihrem Bundesvorsitzenden solidarisiert hatten. Abenteuerliche Vorschläge zur Disziplinierung der SPD-Linken tauchten auf. Sie reichten von der Herabsetzung des Juso-Höchstalters auf 30 oder 25 Jahre über die Auflösung der mißliebigen Arbeitsgemeinschaft (Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Junger Sozialdemokraten) bis hin zum Entzug des passiven Wahlrechts für Marxisten, die den Gegenwartskapitalismus als „staatsmonopolistisch“ bezeichnen: „Einige Vertreter von Stamokap-Theorien in der SPD haben bis heute Grundsätze des Godesberger Programms der SPD und Beschlüsse der Bundesparteitage mißachtet und öffentlich diskreditiert. Sie haben damit die Prinzipien unserer Gesinnungsgemeinschaft und der Gemeinschaft politischen Handelns unglaubwürdig erscheinen lassen. Wir halten sie deshalb für ungeeignet, Funktionen in der Partei und Mandate für die SPD wahrzunehmen.“³

³ Hans Koschnick/Richard Löwenthal/Johano Strasser, Zur Klärung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Stamokap-Richtung, Bonn o. J., S. 11

Auswirkungen der innerparteilichen Repression

Die Disziplinierungsmaßnahmen der SPD-Führung sind an der Linken nicht spurlos vorübergegangen. Vielmehr vermerkt Wolfgang Abendroth, „daß der Einfluß der Jusos zunehmend schwindet und daß die ehemalige Linke in der SPD sich inzwischen zum großen Teil angepaßt hat. Seit dem Mannheimer Parteitag der SPD vom Herbst 1975 ist die Partei wieder auf das Niveau zurückgefallen, das sie nach dem Godesberger Parteitag hatte. Dem entspricht, daß gegenwärtig die Transformation zu einem autoritären Staat auch unter der sozial-liberalen Regierung rasch voranschreitet.“⁴ Wichtig ist, den Zusammenhang zwischen sozialer und Rechtsstaatdemontage sowie innerparteilicher Repression im Auge zu behalten. Man kann die Disziplinierung linker Sozialdemokraten durch Parteiausschlüsse, Zensurmaßnahmen, Mittelsperre und Namensentzug für den Sozialistischen Hochschulbund (SHB) durchaus als Fortsetzung der Berufsverbotspolitik mit anderen Mitteln bezeichnen. Darin gleichen sich Parteiordnungsverfahren und Berufsverbot: Ergebnis – aber nicht letzter Zweck – ist die Vernichtung der beruflichen bzw. politischen Existenz; in beiden Fällen kommt ein Abschreckungseffekt hinzu, der sich nicht nur auf unmittelbar Betroffene, sondern auch auf potentielle Gesinnungsgenossen erstreckt. Mit dem Klassenantagonismus hat sich auch das Interesse an der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in die SPD hineinverlagert. Die Parteirechte identifiziert sich mit dem bürgerlichen Staat, den vor sozialistischer Opposition zu schützen ihr Pathos ausmacht. In der Begründung des Ausschlusses von Gerhard Stuby erhob die SPD-Bundeschiedskommission ausdrücklich: „die Forderung der Loyalität unserem Staat gegenüber“. Wohlgermerkt: Treue nicht zur Verfassung, sondern gegenüber der Verfassungswirklichkeit! Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder wiederum werden mit der Partei gleichgesetzt. Ihre Politik wird für verbindlich erklärt, Kritik daran ist verpönt. Ein Vorwurf der „Urteilsbegründung“ im „Fall“ Jansen mag als Beleg dieser These dienen: „Sie erwähnt die SPD zwar nicht ausdrücklich, greift aber die Bundesregierung und die Regierungsvertreter, die in ihrer Mehrzahl der SPD angehören und das Vertrauen der SPD-Fraktion und der SPD genießen, scharf an.“

Die Perspektiven der SPD-Linken

Mit dem Schiedsspruch gegen Mechtild Jansen hat die Urteilspraxis der sozialdemokratischen Parteigerichtsbarkeit, deren Hauptargument bislang im Bereich von Konsens und/oder Kontakt mit Kommunisten (sog. Münchener Parteirats-

⁴ Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt am Main 1976, S. 278

beschuß) lag, insofern eine neue Dimension gewonnen, als Kritik an SPD-Führung und Bundesregierung zum zentralen Begründungszusammenhang für den Schuld-spruch avancierte. Damit aber hängt praktisch über jedem fortschrittlichen Sozialdemokraten, der das offen promonopolistische Krisenmanagement des Kabinetts Schmidt/Genscher ablehnt und sich für politische Alternativvorstellungen engagiert, das Damoklesschwert des Parteiausschlusses. Die SPD zu verlassen — das mag für einzelne von Disziplinierungsmaßnahmen bedrohte Mitglieder der bequemste Ausweg sein, eine Lösung des Problems aber ist es nicht. Individuell gibt es keine Möglichkeit, der Repression unter Behauptung des eigenen politischen Standpunktes zu entgehen; kollektive Gegenwehr, Zusammenschluß der Betroffenen und aktive Solidarität — darin sehe ich die einzige Chance, der Rechtsentwicklung Einhalt zu gebieten. Wollte man der SPD nach dem Motto „Die Ratten verlassen das sinkende Schiff!“ den Rücken kehren, so würde das Parteischiff nur um so sicherer in jene politische Richtung abdriften, die fortschrittliche Sozialdemokraten für verhängnisvoll halten. „Das Hinwerfen des Mitgliedsbuchs als Befreiungssillusion ist nur die auf den Kopf gestellte Verhimmelung des Mitgliedsbuchs als Machtillusion, beides nur die verschiedenen Pole des Organisationskretinismus, dieser konstitutionellen Krankheit der alten deutschen Sozialdemokratie.“⁵

Es wäre eine Illusion, anzunehmen, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen könnten hierzulande ohne oder gar gegen die SPD, der eine Mehrheit des arbeitenden Volkes — sei es aus traditioneller, Generationen überdauernder Verbundenheit, sei es mangels politischer Alternativen — akklamiert, erkämpft werden. Ebenso unrealistisch ist jedoch die Hoffnung, der westdeutschen Sozialdemokratie im Sog der Krise und sich verschärfender Klassenauseinandersetzungen ein völlig neues Gesicht geben, sie in eine konsequent sozialistische Partei rückverwandeln zu wollen. „In der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik wird alles davon abhängen, ob es gelingt, die SPD zu zwingen, zumindest als halbreformistische und die Demokratie stabilisierende Partei zu agieren — von selbst wird sie keinesfalls dazu beitragen.“⁶ Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Marxisten in der SPD: die reformistische Linke zu orientieren und vorwärtstreibend auf sie zu wirken. Die Position der Linken innerhalb der SPD ist stets nur so stark wie ihre Verankerung im außerparlamentarischen Raum. Allen verbalen Bekenntnissen („Doppelstrategie“) zum Trotz haben die Jungsozialisten dieses Praxisfeld eher stiefmütterlich behandelt. Auch scheint die Gewichtung von Massenmobilisierung und Parteiarbeit infolge taktisch bedingter Rücksichtnahme

⁵ Gracchus (Rosa Luxemburg), Offene Briefe an Gesinnungsfreunde, Von Spaltung, Einheit und Austritt, in: Der Kampf v. 6.1.1917, zit. nach: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1 (Juli 1914 - Oktober 1917), Berlin/DDR 1958, S. 525

⁶ Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 279

auf sozialdemokratische Machtverhältnisse nicht immer glücklich gewesen zu sein. Beispielsweise wäre es der SPD-Spitze sehr viel schwerer gefallen, Benneters Parteiausschluß durchzusetzen, wenn sich der Konflikt am Ultimatum Egon Bahrs um die vom Hamburger Bundeskongreß beschlossene Teilnahme der Jungsozialisten an den Abrüstungsdemonstrationen entzündet hätte. Alle Versuche zur Gleichschaltung der Jungsozialisten, zur „Destabilisierung“ des linken Flügels sind zum Scheitern verurteilt, wenn es diesem gelingt, seine Basis über den Rahmen der SPD hinaus zu erweitern. Vor allem muß man lernen, über den Tellerrand der eigenen Parteiorganisation zu blicken und sich als Teil der demokratischen Bewegung unseres Landes zu begreifen. „Die Linken der SPD sind nur so stark wie die Linken außerhalb der SPD; das Versagen der SPD-Linken markiert gegenwärtig zugleich die Schwäche der Linken insgesamt.“⁷ Falls die SPD Linke unter ein innerparteiliches Ausnahmegesetz gestellt wird, muß alles getan werden, damit es auf seine Urheber zurückfällt. Das beste Beispiel für diesen Bumerang-Effekt liefert die Entwicklung der SPD während des Sozialistengesetzes, das sich ganz anders auswirkte als von Bismarck beabsichtigt. „Die Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz erfüllten ihren Zweck: Domesticierung der Arbeiterbewegung, in weit geringerem Ausmaß, als sie zu ihrer Radikalisierung beitrugen.“⁸

⁷ Jürgen Seifert, Linke in der SPD (1945 - 1968), in: Bernhard Blanke u. a., Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945 - 1965, Berlin (West) 1976, S. 257

⁸ Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890 - 1933, Darmstadt/Neuwied 1974, S. 53

Jürgen Egert

GEGEN DEN ABBAU DEMOKRATISCHER RECHTE KÄMPFEN*

I.

Zwei Jahrzehnte lang war die Entwicklung der Bundesrepublik bestimmt von dem, was konservative Regierungen als ihre Deutung des Verfassungsauftrags politisch verwirklicht haben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik nicht den politischen Zielvorstellungen der SPD entspricht. Aber auch gegenwärtig wird unsere Gesellschaft entscheidend geprägt vom politischen Handeln der Konservativen. Der Auftrag, eine Gesellschaft ‚von links her‘ zu gestalten, ist nach wie vor unerledigt. Die Option unserer Verfassung auf eine demokratische und sozialistische Gesellschaft ist nach wie vor offen. Sinn sozialdemokratischer Politik muß es sein, sich dieser Option bewußt zu bleiben und zu versuchen, sie zu verwirklichen. Dies bedeutet, einer Politik abzusagen, die sich darauf beschränkt, sich häuslich in dem gesellschaftlichen Gebäude einzurichten, das konservativ geführte Bundesregierungen errichtet haben.

Die SPD setzt darauf, ihre politischen Absichten über parlamentarische Mehrheiten durchzusetzen. Dieses Bekenntnis darf jedoch nicht die Erkenntnis verbauen, daß es trügerisch ist, zu glauben, das Parlament nähme eine neutrale Schiedsrichterfunktion im Widerstreit der sozialen Interessen wahr. Die aktuelle Situation zeigt angesichts der Mobilmachung der Rechtskräfte auf breiter, vor allem außerparlamentarischer Front eindringlich, daß parlamentarische Mehrheiten allein die politische Handlungsfähigkeit der SPD nicht gewährleisten. Sie besitzt bestenfalls ein Drittel der Macht in dieser Republik. Sachverhalte wie die Gegenregierung der CDU/CSU-geführten Bundesländer im Bundesrat, die Super-Legislative des Bundesverfassungsgerichts und die Macht der Großunternehmen und ihrer Verbände werden in den politischen Auseinandersetzungen zu wenig berücksichtigt. Die Partei muß diese Rahmenbedingungen in ihrem strategischen Handeln berücksichtigen. Sie wird den Weg parlamentarisch gesicherter Veränderungen nur dann gehen können, wenn es gelingt, in den gesellschaftlichen Arbeitsfeldern wirksame Unterstützung für sozialdemokratische Positionen zu organisieren.

* Der folgende Beitrag ist das überarbeitete Manuskript der Begrüßungsansprache an die Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Jungsozialisten vom 7.7.1978.

II.

Die neue Reaktion hat vielfältige publizistische Mitstreiter. Rechtsradikale Tendenzen breiten sich unter dem Deckmantel eines platten Historizismus aus. Man erinnert sich wieder unverblümt sympathisierend an zwölf Jahre vermeintlicher Größe Deutschlands. Nazitum und Militarismus sollen schrittweise wieder salonfähig gemacht werden. Es ist nicht zufällig, wenn Gerichte wie das baden-württembergische Verwaltungsgericht die NPD als verfassungskonforme Partei ansehen. Die neue Reaktion sollte die entschiedene Gegnerschaft der SPD und allen voran der Jungsozialisten finden.

Zu den Merkwürdigkeiten der politischen Gegenwart gehören Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, wenn die Richter in Karlsruhe aus dem Denken der Vergangenheit heraus feststellen, daß Arbeiterkinder weniger wert sind als Beamtenkinder. Jeden Demokraten muß eine Umwertung der Verfassungsnormen bedenklich stimmen, z. B. wenn der Aufopferungsanspruch, sich für diesen Staat erschießen zu lassen, als abgeleiteter Anspruch höher gewertet wird als das von der Verfassung originär geschützte Recht, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern. In die Kette dieser Entscheidungen reiht sich nahtlos das Urteil zur Reform des § 218 („Fristenlösung“) ein, wo eine fragwürdige und doppelbödige Moralvorstellung in die Urteilsbegründung mit eingegangen ist und den Gesetzgeber verpflichten soll. Die Sozialdemokraten haben diese Entscheidungen mit Bedauern und Respekt zur Kenntnis genommen. Bedauern und Respekt reichen aber allein nicht aus, eine Programmpartei muß gerichtliche Entscheidungen, die sie politisch für falsch hält, auch aktiv bekämpfen. Die Urteilsschelte auch gegenüber dem Verfassungsgericht ist insoweit politisches Gebot.

In diesem Jahr erinnert sich die deutsche Sozialdemokratie an das Sondergesetz vor 100 Jahren. Dieses Datum ist nicht nur ein Tag geschichtlicher Rückbesinnung, da in unserem Staat heute mit den Auswirkungen des Ministerpräsidentenerlasses eine bedrückende Wirklichkeit entstanden ist. Kennzeichnend dafür ist, daß eine nachwachsende Generation – sobald sie in den öffentlichen Dienst will – pauschal unter den Vorbehalt der bedingten Verfassungstreue gestellt wird.

Der politische Schaden ist aus diesem Beschluß eingetreten und kaum rückgängig zu machen. Wer nicht will, daß die Grenzen am linken Rand der Sozialdemokratie fließend werden, muß verhindern, daß falsche Solidarität aus Mitleid wachsen kann. Auch deshalb muß für eine Demokratisierung der Einstellungspraxis gekämpft werden: *Die bürgerlichen Freiheitsrechte müssen auch für Kommunisten uneingeschränkt gelten.*

Hans Koschnik, stellv. Vorsitzender der SPD, hat in seinem Bericht vor dem Parteirat, der Kontrollkommission und dem Parteivorstand zu Recht festgestellt:

1. Es gibt einen Aufwand an Überprüfung, der in keinem Verhältnis zum Ergebnis steht und zudem Unsicherheit und Duckmäsertum in der jungen Generation schafft.
2. Indoktrination in der Schule darf es nicht geben. (Das gilt m. E. politisch sowohl nach rechts wie nach links.)
3. Entscheidend ist das tatsächliche Verhalten eines öffentlich Bediensteten und weniger die Mutmaßung darüber, wie er sich später in konkreten — z. T. aktuell nicht vorhersehbaren — Situationen verhalten wird. Es muß davon ausgegangen werden, daß jeder Bewerber ein verfassungstreuer Staatsbürger ist, der sich aktiv für die Verwirklichung des Grundgesetzes einsetzt. *Alles andere* wäre ein Rückfall in den *Obrigkeitsstaat*, der in seinen Bürgern eben nicht verlässliche Glieder des Gemeinwesens sah. —

Was angesichts der erheblichen Schwierigkeiten, die gegenwärtige Praxis zu ändern, vorrangig not tut, sind ein Umdenken der Sozialdemokratie und die kämpferische Bereitschaft, sich mit der Kritik konservativer Kräfte auseinanderzusetzen.

Es wird nicht an Verdächtigungen fehlen, die SPD wolle extremen Kräften Tür und Tor zum Staatsdienst öffnen. Solchen Angriffen — die immer diejenigen treffen, die sich um eine konsequent rechtsstaatliche Praxis bemühen — muß die SPD mit einer eigenen Verfassungsinterpretation offensiv entgegentreten, anstatt sich dem Verfassungsverständnis von CDU/CSU und konservativen Juristen anzunähern. Auf Grund der historischen Kampferfahrung sollten Sozialdemokraten mit mehr Selbstbewußtsein in diese notwendige Auseinandersetzung gehen. Der Preis ist für eine Partei mit freiheitlicher Verfassungstradition nicht zu hoch. Auf der Anklagebank sitzt nicht die deutsche Sozialdemokratie — es sei denn, sie setzt sich selbst dorthin.

Auch die verhängnisvollen Folgen für den Rechtsstaat, die der Terror in Deutschland bereits hatte, dürfen uns nicht davon abhalten, den Rechtsstaat nur mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln zu verteidigen. Dieser Grundsatz steht neben der entschiedenen Absage an die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Es ist zweifelhaft, ob die geschaffenen Instrumente zur administrativen Bekämpfung noch mit diesem politischen Anspruch in Einklang zu bringen sind. Der Streit darüber geht durch die Partei und ist noch nicht entschieden. Er wird überlagert von der Frage, wie die Regierungsmehrheit in Bonn wirksam zu sichern ist.

Gerhard Gründler ist zuzustimmen, wenn er feststellt: „Der Rechtsstaat läßt sich nicht administrieren, sondern bedarf des politischen Engagements seiner Bürger. Der Herausforderung des Terrorismus müssen Sozialdemokraten mit politisch-geistigen Waffen begegnen. Gesetzliche Hebel können nur subsidiäre Funktion besitzen, weil der gefährlichste Notfall, der Rechtsstaat und Verfassung bedroht, nicht von den Terroristen ausgeht. Er wird erst von jenen geschaffen, die in unruhigen Zeiten danach streben, unsere Republik immer

wetterfester, unsere Demokratie immer risikoloser zu machen. Der wahre Notfall bleibt die Furcht vor der Freiheit.“

Auf dem Hintergrund der umstrittenen Methoden in der Terroristenbekämpfung sind die Praktiken der staatlichen Sicherheitsorgane zu beurteilen. Der Sicherheitsbereich bekommt zunehmend kafkaeske Züge. Die SPD ist aufgefordert, wachsam das Eigenleben zu beobachten, das sich im Bundesgrenzschutz, in der Bundeswehr, im militärischen Abschirmdienst (MAD), in den Verfassungsschutzämtern und beim Bundesnachrichtendienst (BND) entwickelt. Wir reklamieren politische Kontrolle und Verantwortlichkeit, weil verhindert werden muß, daß die Freiheitsrechte der Bürger von der Praxis der genannten Institutionen gefährdet werden. Das Auswechseln der politischen Mandatare allein wird dieses schwerwiegende Problem nicht lösen. Vielmehr ist peinlich darauf zu achten, und zu dringen, daß die inkriminierte Praxis beendet wird. Jeder Tendenz zur autoritären Demokratie muß durch das Zwischenschalten demokratischer Sicherungen begegnet werden, denn die politische Einägigkeit dieser Ämter ist durchaus nicht zufällig.

III.

Die Sozialdemokratie ist nicht allein Sachwalter liberaler Tradition; ihr politischer Anspruch und ihr Wirken zielen seit ihrem Bestehen auf die Verankerung neuer sozialer Grundrechte und deren Verteidigung. Im Zuge der andauernden Wirtschaftskrise haben im letzten Jahr die verteilungspolitischen Kämpfe und damit die Unternehmerangriffe auf soziale Errungenschaften zugenommen. Zu erwähnen sind die Tarifausschreitungen in diesem Frühjahr mit den massiven, die Existenz der organisierten Arbeiterschaft bedrohenden Aussperrungen, die Klage der Unternehmer gegen die Mitbestimmung, die Forderung nach Privatisierung öffentlicher Dienstleistungs- und Transportbetriebe und die Grundsatzdiskussion der CDU/CSU, in der vorgeschlagen wird, die sozialen Risiken zu individualisieren. Polemisiert wird gegen Bürokratismus — und tatsächlich wird in erster Linie eine Kampagne zur Demontage des Sozialstaats geführt und gegen die SPD als Sachwalter dieses Verfassungsgebots. Es ist vielsagend und alarmierend zugleich, wenn der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herr Esser, schreibt:

„Was unter keinen Umständen geschehen darf, ist, aus der Tarifpolitik ein Instrument gesellschaftspolitischer Veränderungen zu machen. Das würde zu Zerreißproben führen.“

Der Zweck solcher Warnungen besteht darin, ein Klima emotionaler Zustimmung zu sozialen und politischen Rückwärtsentwicklungen im Interesse von Unternehmerverbänden und Konservativen zu schaffen. Die Dimension dieser klassenpolitischen Auseinandersetzungen werden bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit überdeutlich. Der Platz der SPD in diesen Auseinandersetzungen

ist an der Seite der lohnabhängig arbeitenden Menschen, an der Seite ihrer Organisationen, der DGB-Gewerkschaften.

IV.

Nach dieser fragmentarischen Kritik des Zustands der demokratischen und sozialen Rechte in der BRD und in Berlin (West) stellen sich weitere Fragen: Wo liegen die Schwerpunkte in den kommenden Auseinandersetzungen? Was sind die Aufgaben der Partei und damit auch der Jungsozialisten?

Die Themen, um die es nicht nur in den anstehenden Wahlkämpfen in Hessen und Berlin (West), sondern längerfristig gehen wird, sind beschrieben: Es gilt, die *demokratische Verfassung zu verteidigen und die sozialen Grundrechte weiterzuentwickeln*. Dies wird nicht erreicht werden mit einer Partei, die unbequeme Themenfelder der Politik ausklammert und ihrer Jugendorganisation den notwendigen Spielraum in der politischen Arbeit verwehrt. Die anstehenden Aufgaben bedürfen aber auch einer sozialistischen Jugendorganisation, die die wachsende Gefahr erkennt, sich selbst zu verwalten und ins Selbstmitleid zu versinken. Die SPD benötigt die Selbstbesinnung auf ihre sozialdemokratischen Tugenden und kämpferische Solidarität:

„Die Erfolge der Arbeiter wären aber nicht möglich geworden, wenn die widerstandsfähigsten unter ihnen nur für sich gesorgt und gekämpft hätten. Wenn sie sich nicht als die Vorkämpfer, die Leiter, die Organisatoren der gesamten Arbeiterklasse betrachtet hätten. Wenn sie nicht bestrebt gewesen wären, ihre schwächeren Mitarbeiter, die entweder gar nicht oder wenigstens nicht allein, ohne fremde Hilfe, imstande waren, ihre Interessen zu vertreten, an ihren Errungenschaften teilnehmen zu lassen.“

GRUNDWERTE DER DEMOKRATISCHEN BEWEGUNG*

Im gegenwärtigen Augenblick durchläuft die gesellschaftliche Entwicklung eine dieser scheinbaren Pausen, in denen die herrschende Klasse darangeht, ihr Terrain wieder zurückzugewinnen, welches sie in den vergangenen Klassenausinandersetzungen verloren hat. Zu Hilfe kommt ihr dabei die zweite große Krise der kapitalistischen Produktionsweise nach 1945, die mittels Massenarbeitslosigkeit, Lohn- und Sozialabbau sowie Inflation zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen und der Mittelschichten führt. Der „Krisengewinn“ der besitzenden Klassen äußert sich nicht nur in der ökonomischen Stärkung ihres ohnehin mächtigsten Teils, des Monopolkapitals, sondern auch in einer aggressiven Vorwärtsverteidigung des politisch-ideologischen Terrains.

Die Rücknahme der Bildungsreformansätze, die Einschränkung demokratischer Rechte durch Berufsverbote, Verschärfung des politischen Strafrechts und der Strafverteidigerüberwachung, Erweiterung der Subversivkompetenzen des Verfassungsschutzes und der Ausbau des Polizeiapparates sind der gewaltmäßige Ausdruck ihrer Herrschaftssicherung. In diesen Maßnahmen, die trotz massiven Protestes der davon betroffenen Bevölkerung in einem zweiten großen Restaurationsschub nach den Notstandsgesetzen 1968 durchgesetzt wurden, spiegelt sich der doppelte Charakter der Krise und ihre ambivalente Auswirkung auf die Entwicklung der sozialen Bewegung. Die besitzenden Klassen, deren Existenzberechtigung direkt von diesen zunehmend gefährdeten kapitalistischen Produktionsverhältnissen abhängt, beziehen aus ihnen zunächst einmal ihre Stärke gegenüber der Bevölkerung, indem sie bei gleichzeitiger Abwälzung der Krisenlasten eine neue Stufe der Akkumulation erreichen (neuer Schub von Konzentration, Zentralisation und Rationalisierung) und damit ihre ökonomische Herrschaft stabilisieren. Sie beziehen aus ihr aber auch ihre besondere Schwäche: einmal kommen sie erneut zahlenmäßig reduziert aus dieser Krise heraus, zum anderen erweist sich eine Stabilisierung der Produktionsweise mit nur ökonomischen Mitteln als immer aussichtsloser. Der einstmals „gewaltlose“ ökonomische Zwang, der den Arbeiter in den Arbeitslauf der Fabriken einband – nachdem er in der Frühzeit des Kapitalismus durch Vertreibung aus seinen feudalen Fesseln mit Polizeigewalt in die Fabriken heineingepreßt worden war –, zerfällt und muß wieder durch politischen Zwang ergänzt werden. Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Beschneidung der Konsumtion, Verschärfung und Monotonisierung der Arbeitsbedingungen vermitteln nicht mehr den Konsens über die Grundlagen und Reformierbar-

* Gekürzte Fassung eines Beitrages, der demnächst in dem Buch von H. Bayertz, H. H. Holz (Hrsg.), „Grundwerte – Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie“, Pahl-Rugenstein-Verlag Köln 1978, erscheinen wird.

keit des ökonomischen Systems. Gegen die wachsende Organisation und Mobilisierung der Lohnabhängigen wird der staatliche Zwangsapparat verstärkt – ein in der Geschichte der Klassenauseinandersetzungen periodisch zu beobachtender Prozeß – begleitet von einer ideologischen Offensive, um sich bildendes Klassenbewußtsein zu zerstreuen.

In dieser Kampagne bilden vor allem antisozialistische und antikommunistische Stereotype eine hervorragende Rolle. Allerdings muß dieser Abwehrkampf durch eine positive ideologische Perspektive ergänzt werden. Denn es geht nicht nur darum, die Bevölkerung gegen die Möglichkeit einer realen Alternative zu immunisieren, sondern auch von ihren unmittelbaren Erfahrungen und Interessen abzulenken und mit dem bestehenden System zu versöhnen. In dem Maße, wie das Verhältnis von Staat und Gesellschaft eben nicht nur auf ökonomischer und politischer Gewalt beruht, sondern auch auf Konsens, muß die soziale Integration durch immer neue Ideologiestiftungen hergestellt werden. Es geht letztlich darum, jene falschen Vorstellungen von den ökonomischen Verhältnissen, wie sie sich auf ihrer Oberfläche und in ihrer realen Existenz darstellen, aufrechtzuerhalten, von denen Marx sagt, daß sie „sehr verschieden von, und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff“ sind ¹.

Dieses ist andeutungsweise der Hintergrund, vor dem die *Wertedebatte der konservativen Kräfte* abläuft.

Der Klassegehalt der Wertedebatte

Wozu die neuerliche Grundwertediskussion? Um es in kurzen Worten zusammenzufassen: Wenn für die Masse der Bevölkerung die Evidenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aus ihren sozialen Bedingungen verlorengeht, muß sie durch eine ideelle Wertbindung ersetzt werden. Die in der Freiheit und Gleichheit der Warenbesitzer verhüllte Form des Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisses nimmt in der Rechtsstaatlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft ihre besondere Form der politischen Gewalt an. Sie ist jedoch für immer weitere Teile der arbeitenden Klasse durchsichtig geworden und offenbart die unmittelbar ökonomische Form des Abhängigkeitsverhältnisses. Grundwerte ist eine Konzeption, diese Durchsicht wieder zu verhängen, d. h. nichts anderes, als das wachsende Klassenbewußtsein zu zerstreuen. Dies ist der vorläufige Endpunkt des Versuches, aus der Ideenwelt Platons und der Kampfgeschichte des Bürgertums ein ideelles ewiges Reich der Werte zu bilden und daran die sich fortentwickelnde gesellschaftliche Realität festzunageln.

Daß dieser Versuch letztlich scheitern wird, ergibt sich schon aus der Unvereinbarkeit ahistorischer Wertpostulate und dem historischen Gang der materiellen

¹ Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3 (= Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 25). S. 219

Lebensverhältnisse. Werte können sich nur aus der konkreten menschlichen Praxis in einem bestimmten historischen Zusammenhang der sozialen Verhältnisse bilden. Wesentliches Element des Verständnisses und der Bestimmung der Werte liegt in der praktischen Tätigkeit des Menschen, in den Beziehungen, die er zur Natur und der Gesellschaft eingeht und zwar in einer bestimmten historischen Situation. Werte sind darum keine voraussetzungslosen, natürlichen Kategorien und ideellen Attribute von natürlichen Dingen, sondern aus dem gesellschaftlichen Prozeß heraus entwickelte Verallgemeinerung von Erkenntnissen und Erfahrungen über die Bedeutung gewisser Erscheinungen für das menschliche Leben. Werte, ob kulturelle, ethische, geistige oder soziale, drücken also Wechselbeziehungen aus zwischen dem Menschen mit seinen spezifischen Bedürfnissen und Interessen und den Objekten seiner Betätigung der Gesellschaft und der Natur. Beide Seiten konstituieren den historischen Prozeß, sie sind selbst seinem Wandel unterworfen – sie entwickeln demnach Werte als historische Ergebnisse, die ebenso veränderlich sind. Gleichzeitig vollzieht sich diese Wechselwirkung jedoch nicht als kontinuierlicher Prozeß, sie sind selbst seinem Wandel unterworfen – sie entwickeln demnach Werte als historische Ergebnisse, die ebenso veränderlich sind. Gleichzeitig vollzieht sich diese Wechselwirkung jedoch nicht als kontinuierlicher Prozeß einer mechanischen Evolution, sondern im Aufeinanderprallen unterschiedlicher Klasseninteressen in Klassenauseinandersetzungen. Soziale, ethische und geistige Werte, sofern sie ideologische Formen aus den Erfahrungen dieser Klassenkämpfe darstellen, sind klassenspezifische Werte, gewonnen aus den konkret historischen Bedürfnissen und Zielen einer Klasse. Die Aufnahme bestimmter Prinzipien, Ziele und Erkenntnisse in das gesellschaftliche Bewußtsein als fundamentaler Wert ist kein Vorgang der theoretischen Reflexion, sondern Ergebnis der Praxis, deren Erfahrungen insbesondere in den Klassenauseinandersetzungen gewonnen werden. Subjekt der Wertbestimmung ist nicht das Individuum, der einzelne Mensch, auch nicht die Menschheit allgemein, sondern die jeweilige Klasse, der der Einzelne als Klassenindividuum angehört.

Ein anderes Klassenverhältnis und die demokratische Bewegung

Dies mußte in aller Kürze vorangeschickt werden, um einen Ausgangspunkt gewinnen zu können, von dem aus sich die Grundwerte der demokratischen Bewegung thematisieren lassen. Um jedoch nicht erneut den Fehler zu begehen, „von oben herab“ Grundwerte zu deduzieren, was unweigerlich wieder in Subjektivismus und abstrakter Wertediskussion enden würde, müssen wir von der aktuellen Praxis der demokratischen Bewegung ausgehen, von ihrem Kampf um eine menschenwürdige Gesellschaft. Daraus erschließt sich auch erst, was wir heute überhaupt als „demokratische Bewegung“ gegenüber den anderen Begriffen

wie Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung, antifaschistische Bewegung etc. begreifen können.

Bis in das frühe 20. Jahrhundert standen der Arbeiterklasse die Bourgeoisie, das Kleinbürgertum und die Feudalaristokratie noch relativ geschlossen gegenüber – wenn es um die Bekämpfung der Arbeiterklasse ging.

Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung hindurch war eines der wichtigsten Probleme ihrer Strategie die Verbindung von demokratischen Forderungen und sozialistischem Ziel. Einerseits mußte sie in der Verbindung von demokratischem und sozialistischem Kampf die aktuellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse verteidigen, andererseits durfte sie nicht die darüber hinaus liegenden Ziele des Sozialismus aus den Augen verlieren, um nicht in den Schranken der bürgerlichen Demokratie zu verbleiben: „Sie (die Kommunisten) kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung“, heißt es in dem kommunistischen Manifest von 1848². Der Kampf hatte in der Perspektive der zukünftigen, sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft sogar die Bourgeoisie zu unterstützen, „wenn nun die Bourgeoisie“, wie Engels 1865 schrieb, „sich selbst untreu wird, ihre eigenen Klasseninteressen und die daraus folgenden Prinzipien verrät... selbst dann wird der Arbeiterpartei nichts übrig bleiben, als die von den Bürgern verratene Agitation für bürgerliche Freiheit, Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht trotz der Bürger fortzuführen. Ohne diese Freiheiten kann sie sich selbst nicht frei bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselément, für die Luft, die sie zum Atmen braucht“³.

Seit jener Zeit haben sich die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen des Kapitalismus entscheidend verändert und insbesondere zu einem neuen Kräfteverhältnis der Klassen geführt. Im Deutschland der Jahrhundertwende war es den Arbeitern kaum möglich, für ihre Forderungen Unterstützungen aus der Bevölkerung über den Rahmen der eigenen Klasse hinaus zu erhalten. Heute ist das Ergebnis der Polarisierung der Klassenstruktur zweierlei: Zum einen die Reduzierung der Mitglieder der herrschenden Klasse auf eine immer kleinere Minderheit und die massenhafte Erweiterung der arbeitenden und lohnabhängigen Schichten. Zum anderen die Ausdehnung des demokratischen Bewußtseins der Bevölkerung, die weit über den Kern der Arbeiterklasse hinaus bis hinein in die bürgerlichen Mittelschichten bereit sind, demokratische und tendenziell antikapitalistische Forderungen zu unterstützen. So wie in den kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas die materiellen Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus bereits vielfältig entwickelt sind, hat sich ein breites Po-

² Karl Marx/Friedrich Engels, Das Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 461 ff. 492 f.

³ Friedrich Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, in: MEW, Bd. 16, S. 76/77.

tential herausgebildet, welches über die unmittelbaren Tagesforderungen der bürgerlichen Demokratie hinaus für das Ziel des Übergangs zum Sozialismus gewonnen werden kann.

Sprechen wir heute von demokratischer Bewegung, so trägt dieses den veränderten Klassenverhältnissen Rechnung, die die Arbeiterklasse aus der Isolation der Minderheit in den Bündnisblock der an der Sicherung der Demokratie interessierten Mehrheit des Volkes geführt hat.

Es ist also genau das eingetreten, was Lenin 1919 noch als Ausnahme der Geschichte darstellen konnte: „Möge zuerst das revolutionäre Proletariat die Bourgeoisie stützen, das Joch des Kapitals abschütteln, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen – dann wird das siegreiche Proletariat rasch die Sympathien und die Unterstützung der Mehrheit der werktätigen, nicht proletarischen Massen für sich gewinnen können, indem es sie auf Kosten der Ausbeuter zufriedienstellt, sagen wir. Das Gegenteil wird eine seltene Ausnahme in der Geschichte sein“⁴. Diese, für die Leninsche Konzeption der Diktatur des Proletariats, also der politischen Form der sozialen Befreiung, entscheidende Konstellation hat sich wesentlich gewandelt – woraus viele kommunistische Parteien von Japan bis Frankreich die Konsequenz gezogen haben, auf das strategische Konzept der Diktatur des Proletariats zu verzichten.

Drei Bedingungen der gegenwärtigen Kampfsituation

Die „Umkehr“ der Klassensituation hat allerdings noch weitere Bedingungen geschaffen, die die gegenwärtige Kampfsituation für die demokratischen Kräfte und ihre Grundwerte entscheidend bestimmen.

1. Die im Zuge der Konzentrations- und Zentralisationsprozesse nicht ökonomisch, sondern auch politisch bei einer herrschenden Minderheit sich sammelnde Macht greift immer aggressiver und umfassender in alle Lebensbereiche der Bevölkerung ein. Sie nimmt den weitestgehenden Einfluß auf die Gesetzgebung im Interesse der Vergrößerung ihrer Profite. Dort aber, wo ihr selbst diese Gesetze zu enge Schranken aufzuerlegen scheinen, setzt sie sich über sie hinweg und verfolgt jenseits jeder demokratischen Kontrolle ihre Interessen. Die ökonomische Krise, die auf der anderen Seite die größere Labilität und Anfälligkeit des gesamten Systems offenbart, treibt die herrschende Klasse darüber hinaus zu immer weiterem Ausbau ihres Herrschaftsapparates bis in die politischen Institutionen hinein, die damit zum Schauplatz von Klassenauseinandersetzungen werden.

⁴ Wladimir I. Lenin, Die Wahlen und die Diktatur des Proletariats, in: Lenin-Werke (LW), Bd. 30, S. 242, 263.

Nicht ein Angriff auf die demokratischen Rechte in der Vergangenheit, nicht ein Schritt zum Abbau der sozialen Sicherung der arbeitenden Bevölkerung, nicht eine Maßnahme zum Ausbau des Gewaltapparates des Staates, nicht eine Initiative zur Beseitigung der Bildungsreform, die nicht von den Kräften des Monopolkapitals und ihren Repräsentanten in den politischen Institutionen gefordert oder nachdrücklich durchgesetzt wurde. Mit anderen Worten, die umfassende, Ökonomie und Staat gleichfalls ergreifende Krise des kapitalistischen Systems ist einerseits die Bedingung für den Machtzuwachs der sich auf das Monopolkapital stützenden herrschenden Klasse, andererseits die Grundlage für die größere Labilität und Anfälligkeit des gesamten Systems. Diese widersprüchliche Situation treibt sie zu immer weiterem Ausbau ihres Herrschaftsapparates über ihre unmittelbar ökonomische Sphäre in die politischen Institutionen hinaus, die dadurch den Widersprüchen und Klassenauseinandersetzungen zunehmend geöffnet werden.

2. Da der Angriff der herrschenden Klasse nicht nur auf alle Lebensbereiche, sondern auch auf alle Klassen gerichtet ist, kann der Kampf gegen die Reaktion erfolgreich nur geführt werden mit einer Strategie, die alle diese Kräfte einbezieht. Die geistige und politische Führungsrolle, die der Arbeiterbewegung in diesem Kampf zukommt, beruht zum einen darauf, daß sie geschichtlich der zentrale und logische Gegner der herrschenden Klasse ist und zum anderen auf der unbestreitbaren und überlegenen Qualität ihrer Ziele und Lösungsvorschläge. Sie ist zwar die zentrale aber nicht die einzige Klasse beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, sie wird daher auch nicht allein auf sich selbst, sondern auf die Mehrheit des Volkes beim Kampf um die Herrschaft der demokratischen Übergangsgesellschaft angewiesen sein.

3. Sieht man einmal von den strategischen Fragen der politischen Form dieses Kampfes ab, wie sie in der aktuellen Diskussion über die Bündnispolitik, das Konzept der Diktatur des Proletariats und die Eroberung der Staatsmacht geführt werden, ist noch wie vor die wichtigste Frage der Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus.

Die Aussagen der Klassiker der Arbeiterbewegung zu diesem Punkt sind an und für sich eindeutig und unmißverständlich und in den Worten Lenins korrekt und heute noch gültig zusammengefaßt:

„Der Sozialismus ist in zweifachem Sinne ohne die Demokratie unmöglich: 1. Das Proletariat wird die sozialistische Revolution nicht durchführen können, wenn es sich nicht durch den Kampf für die Demokratie auf die Revolution vorbereitet; 2. ohne restlose Verwirklichung der Demokratie kann der siegreiche Sozialismus seinen Sieg nicht behaupten und das Absterben des Staates für die Menschheit nicht Wirklichkeit werden lassen. Wenn man daher sagt: Im Sozialismus ist die Selbstbestimmung überflüssig,

so ist das ein ebensolcher Unsinn, eine ebenso heillose Konfusion, als wenn man sagen würde: Im Sozialismus ist die Demokratie überflüssig“⁵.

Einerseits ist das Ziel des Sozialismus heute – insbesondere auch durch die internationale Entwicklung seit 1918 – in seinen Errungenschaften und Widersprüchen konkreter faßbar geworden und in geschichtliche Nähe gerückt. Andererseits wäre es jedoch ein entscheidender Fehler zu übersehen, daß sehr große Teile der Bevölkerung, und zwar nicht nur aus den Mittelschichten, sondern auch unter den Arbeitern und Angestellten gegenüber den grundlegenden Forderungen nach der sozialistischen Gesellschaftsordnung noch Vorbehalte haben.

Tagesforderungen, Zukunftsziele, Grundwerte

Auf der elementarsten Ebene ist die Einigkeit darüber, „daß es sich darum handelt, eine solche Lebenslage für *alle* Menschen zu schaffen, daß ein jeder seine menschliche Natur frei entwickeln, mit seinen Nächsten in einem menschlichen Verhältnis leben kann und vor keinen gewaltsamen Erschütterungen sich zu fürchten braucht“⁶, d. h. „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“⁷. Aber schon über die folgende Konkretisierung dieses allgemeinen Zieles finden wir z. B. in dem in 3jähriger Arbeit erstellten Papier der Grundwertekommission der SPD von 1977 kein ähnliches Wort, wie es Marx seinerzeit in der Kritik des Gothaer Programms formuliert hat: „Anstatt der unbestimmten Schlußphrase des Paragraphen, ‚die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit‘, war zu sagen, daß mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet“⁸.

Auch Engels bestand in der Kritik des Erfurter Programms darauf, daß die Abschaffung der Klassen unsere Grundforderung ist, und nur durch den genauen und direkten Hinweis auf diese ‚Grundforderung‘ geben wir unseren Versprechungen, alle zu befreien und alle von Übeln zu erlösen, einen völlig bestimmten (und nicht übertriebenen) Sinn“⁹. Hierüber, sowie über die zentrale Funktion des Privateigentums und die Übernahme der Staatsmacht Einigung zu erzielen, kann

⁵ ders., Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘ in: LW, Bd. 23, S. 18, 69/70

⁶ Friedrich Engels, Zwei Reden in Elberfeld, in: MEW, Bd. 2, S. 536, 556

⁷ Marx/Engels, Das Manifest..., a.a.O., S. 461, 482

⁸ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 15, 26

⁹ W. I. Lenin, Bemerkungen zum 2. Programmwurf Plechanows, in: LW, Bd. 6, S. 23, 40, 41

erst das Resultat der weiteren Entfaltung des gemeinsamen Kampfes in den Klassenauseinandersetzungen sein. Auf dem langen Wege dieses Einigungsprozesses gelten jedoch aus der historisch bereits zurückgelegten Etappe einige Dinge: als verpflichtend und unverzichtbar wert-voll, die sich aus der gemeinsamen Gegnerschaft zur herrschenden Klasse ergeben.

„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens“ heißt es in Anlehnung an das bürgerlich revolutionäre „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ im Godesberger Programm von 1959 – und man könnte mit Engels hinzufügen: „...eine Vorstellung, die als Entwicklungsstufe ihrer Zeit und ihres Ortes berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollten, da sie nur Verwirrung in den Köpfen anrichten und präzisere Darstellungsweisen der Sache gefunden sind“¹⁰. Worum es heute geht, ist nicht die Aufgabe dieser Werte, sondern es geht um die neuen Inhalte, die diese Werte in den nachfolgenden Kämpfen der Arbeiterbewegung erhalten haben.

Freiheit und die Verwirrung in den Köpfen

Also nicht das ursprüngliche „Menschenrecht der Freiheit“, dessen „praktische Nutzenanwendung das Menschenrecht auf Privateigentum“ ist. Die Befreiung von den feudalen Fesseln führte zu Freiheit des bürgerlichen Eigentums und den Produktionsmitteln und zur Freiheit kapitalistischer Ausbeutung. Der Kampf um alle Formen der Freiheit, die ökonomische, politische, kulturelle, individuelle, nationale Freiheit, durchzieht die gesamte Geschichte der Klassengesellschaft und hat zu der wesentlichen Erkenntnis geführt, daß eine Aufspaltung des Freiheitsbegriffs in getrennte Bereiche unmöglich ist, und die Freiheit als gesellschaftlicher Zustand letztlich auf der Befreiung von der Ausbeutung in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen besteht. Man kann also nur „Verwirrung in den Köpfen anrichten“, wenn man sagt, „die größte Bedrohung der Freiheit geht davon aus, daß immer teurere, kompliziertere und gefährlichere Technologien immer aufwendigere allgegenwärtige Sicherheitsmaßnahmen notwendig machen“¹¹.

Diese Grundforderung ist in sämtlichen Sozialdemokratischen Parteiprogrammen bis 1925 enthalten. Zuletzt heißt es im Heidelberger Programm von 1925: „Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung.“

¹⁰ Friedrich Engels, Brief an Bebel vom 18./28.3.1975, in: MEW, Bd. 19, S. 37

¹¹ Theorie und Grundwerte – Grundwerte in einer gefährdeten Welt, Bericht der Grundwertekommission der SPD vom 5.10.77, Bonn 1977, S. 17

Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß die Erringung der gesellschaftlichen Freiheit darin besteht, „daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden“¹², d. h. durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel¹³.

Darüber hinaus hat der Freiheitsbegriff einen besonderen Stellenwert in der Verbindung von Demokratie und Sozialismus im Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung erworben. Es geht um die Notwendigkeit, daß die in der alten Gesellschaft erkämpften individuellen und kollektiven Freiheiten im Kampf um die Herrschaft der Arbeiterklasse und ihre Verbündeten gesichert und auf der neu errichteten Klassenbasis erweitert werden müssen. Bei allen Unterschieden zwischen Sozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten in Westeuropa besteht in dieser Frage des Übergangs zum Sozialismus unter demokratischen Bedingungen in den alten parlamentarischen Demokratien Westeuropas Einigkeit. In den Worten des PCI-Theoretikers Franco Rodano: „Die Demokratie wird nicht einfach und herabsetzend als das Terrain für die Entwicklung des Klassenkampfes angesehen, sondern vielmehr faktisch im Feuer der Aktion selbst als die erste Etappe des revolutionären Prozesses und gleichzeitig als unerläßliche Bedingung für seine Ausdehnung auf die „höchsten Spitzen“ des kapitalistischen Systems der ganzen Welt verstanden und behauptet. Die Demokratie ist also... ein wesentlicher Bestandteil und ein objektives und dauerndes Mittel des revolutionären Prozesses“¹⁴.

Konkret: „Wir glauben zuallererst, daß die grundlegenden politischen Freiheiten, wie die der Vereinigung, der Versammlung, der Presse, der Information, der Religion, nicht nur ‚toleriert‘ sondern auch unterstützt und wie eine eigene Fahne von der Arbeiter- und Sozialistenbewegung verteidigt werden sollten“¹⁵. Während jedoch der Reformismus bei der Proklamation dieser formellen Frei-

¹² Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, a.a.O. S. 828

¹³ In den Worten des Erfurter Programms von 1891: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde. Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet.“

¹⁴ Franco Rodano, Die Keime des Kommunismus, in: Detlev Albers, Demokratie und Sozialismus in Italien, Frankfurt M./New York 1978, S. 146f., 98/99

¹⁵ L. Pavolini, „Sollen wir das portugiesische Drama ignorieren?“, in: Frankfurter Rundschau vom 27.8.75;

heiten auf der alten Klassenbasis der Demokratie verbleibt, bedeutet der ‚demokratische Kampf zum Sozialismus‘ die Erringung der Herrschaft der Mehrheit des Volkes unter ‚Aufhebung‘ der alten Freiheiten im doppelten Sinn: einmal ihre Bewahrung, zum anderen ihre politische qualitative Verwirklichung auf der gewandelten neuen Klassenbasis.

Diese Position führt zu einem weiteren Problem, in dem sich die unmittelbaren praktischen Erfahrungen und Schwierigkeiten der demokratischen Bewegung widerspiegeln: Nicht nur, daß die Übergangsgesellschaft aufgrund der nach wie vor bestehenden Klassen, dem Nebeneinander verschiedener Parteien und ideologischer Strömungen „mit dem Siegel des Pluralismus und des gewissenhaften Respektes der Freiheiten versehen sein wird“¹⁶, diese Bedingungen haben bereits uneingeschränkt für die Phase des Kampfes um die Mehrheit des Volkes und der Veränderung der Klassenmacht zu gelten.

Beansprucht in diesen Kämpfen die Arbeiterklasse und politische Organisation aufgrund der historischen Aufgaben und Perspektive die Führungsrolle in der demokratischen Bewegung, so beruht ihre Berechtigung nicht auf Macht, sondern auf der Einsicht der Bündnispartner in ihre entscheidende Stellung in den Klassenauseinandersetzungen. Mit dem Begriff der Führungsrolle ist jedoch ebenso notwendig die Respektierung und der allseitige Konsens der beteiligten Strömungen und Meinungen verbunden. Das gilt sowohl für die beteiligten Organisationen und Gruppen untereinander wie für den Diskussionsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse.

Es wäre zweifellos falsch, diese Freiheit im Meinungsbildungsprozeß lediglich als Konzession an ideologisch noch rückständige oder verspätete Klassenkräfte aufzufassen. Die Bedeutung dieses Momentes für den gemeinsamen Kampf wird nur dann erfaßt, wenn man es als genuinen Teil der demokratischen Ausdrucksform des revolutionären Übergangsprozesses akzeptiert und verteidigt.

Somit kann aber der Begriff des Pluralismus nicht die Übernahme jenes weltanschaulichen Konzeptes durch die demokratische Bewegung insgesamt sein, nach dem das „natürliche“ und „ewige“ Nebeneinander verschiedenster, ja auch widersprüchlicher weltanschaulicher Interpretationen der sozialen Prozesse mit gleicher Berechtigung bedeuten. Ein derartiger „Pluralismus“ würde faktisch die klare Zielsetzung des sozialen Emanzipationsprozesses paralisieren, er ist eine Existenzform des bürgerlichen Bewußtseins auf der Grundlage bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse. Als eine solche reale ideologische Strömung hat sie aber

s. auch:

G. Marchais, „Die demokratische Herausforderung“: „Wir wollen folglich auf die neue Gesellschaft zuschreiten, ohne auch nur einer der Rechte, eine der persönlichen oder kollektiven Freiheiten, die das französische Volk im Laufe von Jahrhunderten errungen hat, zu opfern oder zu verfälschen“, Frankfurt/Main 1974, S. 92.

¹⁶ Charzat/Toutain/Chevènement, C.E.R.E.S. — Strategie für den Sozialismus, Hamburg 1977, S. 104.

dennoch ihren Platz in der demokratischen Bewegung, insofern sie die Ziele der Bewegung akzeptiert, die letztlich auf die Beseitigung jener sozialen Grundlagen hinauslaufen.

Der Pluralismus der demokratischen Bewegung engt das Spektrum der Meinungen stärker ein als der Pluralismus des Übergangstaates, der die Legalität aller demokratisch geäußelter — auch konservativer — Auffassungen wird akzeptieren müssen, die sich aus der alten Gesellschaft hinübergerettet haben. Ihre Überwindung wird nicht durch repressive Beseitigung, sondern nur mittels oft langwieriger politischer Auseinandersetzungen in dem Maße gelingen, wie die sozialen Grundlagen dieser Auffassung überwunden werden können.

Gleichheit und Gerechtigkeit in der Zirkulationssphäre

Die Grundwertekommission der SPD zielt richtigerweise nicht nur auf die juristische und politische Gleichheit, sondern auf die sozialen Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten: „Das Godesberger Programm setzt als Grundwert nicht, wie die Französische Revolution, die Gleichheit, sondern die Gerechtigkeit. Es erstrebt daher auch nicht die Gleichheit aller Einkommen. Dafür erfordert es, weil ‚Einkommen und Vermögen... ungerecht verteilt‘ sind, eine ‚zielbewußte Einkommens- und Vermögenspolitik‘ und stellt fest: ‚Die Lohn- und Gehaltspolitik ist ein geeignetes und notwendiges Mittel, um Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen‘“. Zu berücksichtigen ist, daß tatsächlich noch lange nicht das Prinzip der Gleichheit in den Schranken des alten Klassenverhältnisses verwirklicht ist, wie z. B. der gleiche Lohn für Frauen bei gleicher Arbeit, die Gleichberechtigung der aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen, Gleichberechtigung in der Bildung usw. Aber auch hier ist es wie mit der Freiheit, daß sie als Grundwert ewig Utopie bleibt und nie reale Selbstverständlichkeit wird, so man nicht die Wurzel der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die Produktionsverhältnisse, angeht.

Der wesentliche Gehalt des Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzips in der Arbeiterbewegung liegt in der Forderung nach Beseitigung der Ausbeutung, d. h. Aufhebung der Klassen und Klassentrennung, in der Forderung nach Aufhebung des ungleichen Zugangs der Menschen zu den Produktionsmitteln und damit des Privateigentums an ihnen. Jede Konkretisierung der Prinzipien und Grundwerte in aktuelle „zielbewußte Einkommens-, Vermögens- und Verteilungspolitik“ des Staates beruht auf der Voraussetzung der Klassengrundlage der gesellschaftlichen Verhältnisse und bestätigt sie.

Dies hat Karl Marx bereits in seiner Auseinandersetzung mit Bruno Bauer zur Judenfrage eindeutig formuliert: „Der Staat hebt den Unterschied der Geburt, des Standes, der Bildung, der Beschäftigung in seiner Weise auf, wenn er Geburt, Stand, Bildung, Beschäftigung für unpolitische Unterschiede erklärt, wenn er ohne Rücksicht auf diese Unterschiede jedes Glied des Volkes zum gleichmäßigen Teil-

nehmer der Volkssouveränität ausruft, wenn er alle Elemente des wirklichen Volkslebens von dem Staatsgesichtspunkt aus behandelt. Nichtsdestoweniger läßt der Staat das Privateigentum, die Bildung, die Beschäftigung auf *ihre* Weise, d. h. als Privateigentum, als Bildung, als Beschäftigung *wirken* und ihr besonderes Wesen geltend machen. Weit entfernt, diese *faktischen* Unterschiede aufzuheben, existiert er vielmehr nur unter ihrer Voraussetzung, empfindet er sich als *politischer* Staat und macht er seine *Allgemeinheit* geltend nur im Gegensatz zu diesen seinen Elementen.“¹⁷ Die tatsächlich voranschreitende Polarisierung zwischen den breiten Massen und einer privilegierten Minderheit ist unter den staatsmonopolistischen Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus nicht aufhebbar auf der Zirkulationsebene des Warentausches, sondern nur auf der Ebene Produktion mit der Beseitigung des bürgerlichen Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Die Grundwerte im demokratischen Kampf wiedergewinnen

Grundwerte – man könnte weitere nennen wie Arbeit, Frieden, Glück – sind ihrer Entstehung und ihrem Inhalt nach demokratische, nicht bürgerliche Werte. Sie standen jeweils an der Schwelle des Befreiungskampfes des Volkes von den Fesseln einer überholten Gesellschaftsformation. Mit der Übernahme durch die im Kampf gegen den Feudalismus siegreiche Bourgeoisie verwandelte diese sie im Kampf gegen das Proletariat in eine seichte Integrationsideologie. Die Wiedergewinnung ihres universellen und revolutionären Gehaltes ist nur von den Interessen der Arbeiterklasse aus möglich, da ihre Perspektive zugleich die Perspektive der Befreiung aller Menschen ist.

So wichtig hierbei die theoretische Diskussion ist, die Erkenntnismöglichkeit aus den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Analyse der Klassenauseinandersetzungen in den kapitalistischen Nachbarländern, die praktische Organisation des Kampfes bleibt die wesentliche Ebene der Rückgewinnung und Verbreiterung des Klassenbewußtseins. Denn nach wie vor gilt Lenins Bemerkung: „Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber die am weitesten verbreitete (und in den mannigfaltigsten Formen ständig wieder auferstehende) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem den Arbeitern am meisten auf“¹⁸. Es ist daher zunächst die Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, das verschüttete Bewußtsein zu mobilisieren. Im Bündnis der demokratischen Bewegung, im Kampf um die Verteidigung und Ausweitung der Demokratie, um Mitbestimmung, Abrüstung, gegen Arbeitslosigkeit, Berufsverbote, Vernichtungswaffen und ideologische Disziplinierung liegen die konkreten Möglichkeiten, Klassenbewußtsein und Kampfstärke zu verbreitern.

¹⁷ Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, S. 354

¹⁸ W. I. Lenin, Was tun? in: Bd. 5, S. 397

Andreas Wehr

BEDEUTUNG DES RUSSELL-TRIBUNALS FÜR DEN DEMOKRATISCHEN KAMPF

Lange vor Eröffnung der ersten Sitzungsperiode zum Thema Berufsverbote des Dritten Internationalen Russell-Tribunals hatte das Für und Wider einer Untersuchung der Menschenrechte in der Bundesrepublik das Thema Berufsverbote wieder in die öffentliche Auseinandersetzung gebracht. So hatte das Russell-Tribunal schon vor Beginn seiner ersten Sitzung eine wichtige Aufgabe erfüllt, nämlich, wie es hieß, kein Gras über die zur Institution zu werden drohende Berufsverbotepraxis wachsen zu lassen. Selten war aber auch ein Vorhaben vor seinem eigentlichen Beginn derart konsequent diffamiert und abgestempelt worden, entweder als fünfte Kolonne Moskaus oder als Unterstützer der Baader-Meinhof-Gruppe, oder beides. Mit dem Vorsatz, die Situation der Menschenrechte in der BRD und Berlin (West) zu analysieren, kam man den hiezulande schon professionell agierenden Menschenrechtsanklägern just in dem Augenblick in die Quere, als diese Jimmy Carters Menschenrechtskampagne zur Unterminierung der sozialistischen Länder auch von der Bundesrepublik aus starten wollten. Allein die Diskussion darüber, ob eine derartige Untersuchung überhaupt vertretbar ist, hat viel zur Entmystifizierung des Begriffs „Menschenrechte“ beigetragen, der bislang wie selbstverständlich als moralischer Wertmaßstab allein gegenüber den sozialistischen Ländern, bestenfalls noch einigen südamerikanischen Diktaturen verwandt wurde.

Die von CDU/CSU als auch FDP und SPD geführten Angriffe, die in der Drohung gipfelten, das Tribunal erst gar nicht stattfinden zu lassen, verstärkte zwar die Solidarität der verschiedenen linken Gruppierungen, isolierten es aber gleichzeitig von den radikaldemokratischen und liberalen Kräften, die es eigentlich ansprechen wollte. So vor allem – und das ist das mit Abstand größte Handicap des Tribunals von Anfang an gewesen – von der Gewerkschaftsbewegung. Selbst wenn man berücksichtigt, daß durch die indirekte Behandlung der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse das Tribunal selbst viel dazu beigetragen hat, sich in dieser Richtung zu isolieren, so können damit nicht die Aussagen des DGB-Bundesvorstandes, auch nicht in ihrer korrigierten Fassung, entschuldigt werden. Hier gilt, was Gerhard Stuby in einer Antwort an Wolf-Dieter Narr sagte: „In der Geschichte Deutschlands ist durch ein solches Zurückweichen schon einmal Demokratie und Gewerkschaftsfreiheit zerstört worden.“

Die Sache mit den Menschenrechten

Mit dem Anspruch, die Situation der Menschenrechte zu untersuchen, stellte das Tribunal das offizielle rechtsstaatliche Selbstverständnis der bundesdeutschen Wirklichkeit gegenüber. Indem das in der Verfassung enthaltene Diskriminierungsverbot und die garantierte Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse mit der Praxis der politischen Unterdrückung, insbesondere mit den Berufsverboten, verglichen wurde, erhielt der aufgezeigte Widerspruch zwischen proklamierter Ideologie und den wahren Verhältnissen eine vorwärtstreibende, politisierende Funktion. Diese vom Russell-Tribunal benutzte Vorgehensweise erforderte von den Unterstützern eine Stellungnahme zur Funktion und Bedeutung der Menschenrechte. Wenn von den positiven Auswirkungen des Russell-Tribunals gesprochen wird, so darf nicht übersehen werden, daß es gerade durch seine Bezugnahme auf die Menschenrechte und den damit von verschiedenen Seiten gleichgesetzten Grundrechten viel zur Überwindung eines rein taktischen Verhältnisses gegenüber dem Kampf für die Erhaltung der demokratischen Rechte beigetragen hat. Gefordert wurde sowohl die Aufgabe einer ökonomistischen Betrachtungsweise, die den Kampf um Rechtspositionen in eine direkte Abhängigkeit vom Stand der Produktivkraftentwicklung bringt und damit die ideologische Auseinandersetzung vernachlässigen zu können glaubt, als auch die davon nicht weit entfernte unhistorische Einschätzung, in der die verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte als Waffen der Herrschenden gesehen werden, die sie beliebig benutzen, um die Arbeiterbewegung in einen von ihr vorgegebenen legalen Rahmen zu pressen und damit verteidigungsunfähig zu machen.

Ist diese Absage an ein taktisches Verhalten gegenüber den demokratischen Rechten ein unbestreitbarer Verdienst des Russell-Tribunals, so entstanden mit der Wahl der Menschenrechte zum Maßstab neue Schwierigkeiten, die das gesamte Unternehmen von Anfang an nicht unerheblich belasteten und viel dazu beitrugen, daß das Russell-Tribunal längst nicht die Wirkung entfalten konnte, die ihm eigentlich zukam. Die Frage, was sind Menschenrechte, wurde nur beiläufig am Rande gestellt und beantwortet. Die Unklarheit des Begriffs der Menschenrechte und damit natürlich über den Grad ihrer Verletzung ließ Interpretationen zu, die die Menschenrechte entweder mit den in der Verfassung enthaltenen Grundrechten gleichsetzten oder in ihnen Abwehrrechte gegen jegliche Art von Repression, privat oder staatlich, sahen. Im juristischen Sinne hätte sich diese Unklarheit noch am leichtesten klären lassen können. Danach bekennt sich die BRD im Grundgesetz und in zahlreichen internationalen Verträgen und Vereinbarungen zu den Grund- und Menschenrechten als unmittelbarem Recht, das die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und die vollziehende Gewalt bindet. Als wichtigste internationale Vereinbarungen sind hier zu nennen: Die „Charta der Vereinten Nationen“, die seit dem Beitritt 1973 auch für die Bundesrepublik Gültigkeit besitzt, die „Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte“,

der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“, sowie die Schlußakte der Konferenz von Helsinki.

Eine juristische Bedeutung kann hier jedoch nur wenig weiterhelfen, obwohl sich das Sekretariat des Russell-Tribunals ausdrücklich auf die oben genannten Vereinbarungen und Konventionen als Maßstab der Untersuchungen berufen hat. Eine Kritik des beim Russell-Tribunal zur Grundlage genommenen Menschenrechtsbegriffs muß vielmehr an seiner politischen Dimension ansetzen. Ihre Wertung als genereller Maßstab unter weitgehender Vernachlässigung ihrer jeweils national und historisch unterschiedlichen Wirkungsweise und Geltung und die damit verbundene Ausklammerung der sie bestimmenden sozialen Kräfte und deren Verhältnis zueinander, muß eine sozialistische Kritik herausfordern. Die Beurteilung der Menschenrechte als zeitlose Werte, die auf den abstrakten Staatsbürger abstellen, unterscheidet sich notwendigerweise von einer sozialistischen Verfassungsinterpretation und der darauf aufbauenden Strategie zu ihrer Verteidigung. Denn hier steht die Verfassung als Kompromiß, geschlossen von sich antagonistisch gegenüberstehenden Klassen, beruhend auf einer uneinheitlichen Sozialstruktur, in der jede Gewichtsverschiebung auch Auswirkungen auf die Normen der Verfassung, wenigstens aber auf ihre Interpretationen haben muß. Eine sozialistische Wertung der Verfassung stellt daher darauf ab, ob in der Demokratie „die anderen Parteien und sozialen Machtgruppen bereit sind, die grundlegenden demokratischen Institutionen auch dann anzuerkennen, wenn diese dazu angetan sind, ihre Herrschaftsaspirationen zu begrenzen und ihren Gegnern politischen Spielraum zu gewähren“¹. Wie gerade die deutsche Geschichte lehrt, ist die Erhaltung des legalen Handlungsraums für die Arbeiterbewegung schlechthin existenziell. Würde er nicht verteidigt werden können, könnte selbst der Sieg des Sozialismus nur ein halber sein, da er nur unter Verlust der persönlichen Freiheit des Individuums möglich wäre. Ob der Arbeiterbewegung diese Verteidigung gelingt, die gleichzeitig immer den Ausbau der demokratischen Rechte mit einschließen muß, hängt letztendlich von ihrer Stärke und ihrer Bündnisfähigkeit ab. Diese wird nur möglich sein, wenn diese Aufgabe in einem Gesamtkonzept des offensiven Vorgehens eingebettet ist. Eine Kritik, die dem Russell-Tribunal in diesem Zusammenhang gerade die isolierte Behandlung der Repression in der Bundesrepublik aus einer defensiven Haltung heraus zum Vorwurf macht, würde aber fehlgehen. Denn zum einen ist von den Initiatoren des Tribunals zu keinem Zeitpunkt bestritten worden, daß es sich dabei um eine zeitlich begrenzte „Ein-Punkt-Bewegung“ handelt, die niemals Ersatz für eine offensive Strategie der Linken sein kann. Zum anderen wird diese Kritik schon durch einen flüchtigen Blick auf die Situation der Organisationen der Lohnabhängigen und auf die Lage der Linken in der Bundesrepublik überhaupt entkräftet. Angesichts einer Sozialdemokratie, die in ihrer Mehrheit aktiv am Abbau demokratischer Rechte be-

¹ Otto Kirchheimer, Verfassungsreform und Sozialdemokratie, Die Gesellschaft X, 1933

teilt und den erst noch vereinzelt und zaghafte Anstrengungen zur Verteidigung der eigenen Interessen, vor allem aus dem Gewerkschaftsbereich, kann keine Rede davon sein, daß ein auf die bloße Abwehr von aktuellen Bedrohungen gerichtetes Unternehmen überflüssig oder gar störend sei, dies denjenigen linken Sozialdemokraten zur Antwort, die gerade bei der Diskussion um das Russell-Tribunal ihre eigenen Kräfte überschätzten, indem sie jegliche Unterstützung von außen ablehnten.

Wenn oben skizzenhaft versucht wurde, eine sozialistische Verfassungswertung darzustellen, so war darin als das Hauptinteresse der Arbeiterbewegung die Erhaltung des legalen Handlungsrahmens gesehen worden, da nur unter dieser Voraussetzung die Durchsetzung eines menschenwürdigen Sozialismus eine Chance hat. Was aber ist das soziale Substrat der Menschenrechte? Ist nicht ihre bislang geringe juristische Bedeutung, trotz der in der Bundesrepublik bestehenden Möglichkeit, die in ihnen enthaltenen Rechte einzuklagen, ein Spiegelbild ihres mangelnden sozialen Gewichts, denn als programmatische Erklärungen sind sie eben nicht Ausdruck eines erkämpften Klassenkompromisses. Was dies für die Untersuchung des Russell-Tribunals bedeutet, zeigt folgendes Beispiel: Im abschließenden Urteil der Jury zur ersten Sitzungsperiode werden sehr eindringlich die Auswirkungen der Berufsverbote auf die einzelnen Betroffenen und auf das soziale Klima behandelt. Unerwähnt bleibt jedoch, daß in der Praxis der Berufsverbote durch die häufige Gleichsetzung von Parteimitgliedschaften und Verfassungsfeindlichkeit das in der Verfassung enthaltene Parteienprivileg verletzt und die demokratische Grundordnung damit nicht unerheblich deformiert wird. Die durch die Verwendung des generellen Begriffs der Menschenrechte nicht herstellbare Beziehung zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik belastete das Tribunal von Beginn an und führte dazu, daß Probleme wie der Umfang der vor dem Tribunal zu behandelnden Repression, die Einbeziehung der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Behandlung der sogen. „politischen Gefangenen“ lange Zeit ungeklärt blieben und das Tribunal zum Teil noch während der ersten Sitzungsperiode behinderten.

Hierzu gehört auch die Besetzung der Jury. Kritisiert werden soll hier nicht, daß Ausländer über die Situation in der Bundesrepublik urteilten.² Beim Kampf gegen die Berufsverbote in den vergangenen Jahren hat gerade die Unterstützung aus dem westeuropäischen Ausland eine hervorragende Rolle gespielt. Die Jungsozialisten haben selbst durch die Aktionen der niederländischen ‚Partei der Arbeit‘ (PvdA) und der französischen Sozialisten erfahren können, wie hilfreich diese Solidarität sein kann. Seltsam muß es jedoch anmuten, wenn der Jury neben Sozialisten und Kommunisten, engagierten Christen und Liberalen auch Vertreter der politischen Rechten angehören. Was verbindet einen Kommunisten wie

² Vgl. hierzu die Kritik von Tilman Fichter am Russell-Tribunal in: Neuer langer Marsch 33, Berlin (West) 2/1978

Professor Lombardo-Radice oder einen Sozialisten wie Andre Jeanson mit dem ehemaligen gaullistischen Abgeordneten Russet oder dem in brasilianischen Staatsdiensten stehenden Architekten Oskar Niemeyer, außer, daß es sich bei allen Mitgliedern um moralisch integre Persönlichkeiten handelt? Ausgesprochen negativ für den Ablauf der ersten Sitzungsperiode wirkte sich auch die Tatsache aus, daß nur wenige Jury-Mitglieder mit den sozialen und politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik vertraut waren, bzw. sich in den teilweise verwickelten juristischen Problemen auskannten.

Die gesamte Kritik an der Verwendung der Menschenrechte als Maßstab ließe sich leicht entkräften, würde man diese Vorgehensweise als eine radikaldemokratische werten, die in einem Unterschied zu einer sozialistischen zu sehen ist. In der Tat ist gerade von den Initiatoren des Tribunals wiederholt darauf verwiesen worden, daß das Russell-Tribunal „keine sozialistische Institution“³ ist. Die sich daraus ergebenden Unterschiede wurden aber nirgendwo ernsthaft thematisiert, was vor allem daran gelegen haben mag, daß die Auseinandersetzungen um die strittigen Fragen in erster Linie innerhalb der sehr heterogenen Unterstützerbewegung selbst ausgetragen wurden.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB als Menschenrechtsverletzung? – oder: Die Selbstisolierung des Tribunals

Insbesondere die Einbeziehung der Frage der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse blieb während der gesamten Vorbereitungszeit und auch noch während der ersten Sitzungsperiode umstritten. Mit der Formulierung der Untersuchungsfrage „steht die Praxis der Berufsverbote im Zusammenhang mit diskriminierenden Praktiken anderer Institutionen, insbesondere von Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Kirchen (?)“ wurde ein Kompromiß gesucht, der sowohl den Befürwortern der Untersuchung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse als auch den Gegnern gerecht werden sollte. Der tatsächliche Verlauf der Sitzungsperiode zeigte jedoch, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse indirekt doch zum Thema wurden, lediglich die zufällige Mehrheit von 8 : 7, die auf die gestellte Untersuchungsfrage mit „weitere Belege erforderlich“ antworteten, verhinderte eine noch weitere Isolierung des Tribunals. Zwar sind die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse verschiedentlich auch innerhalb der Jusos kritisiert worden, vor allem deshalb, weil bei der doch recht geringen Zahl der Fälle gewerkschaftsfeindlichen Handelns die Auswirkungen auf das Klima innerhalb der Gewerkschaften bedeutend schwerer wiegen, zudem das Ordnungsrecht eine ausreichende Handhabe gegenüber derartigem Handeln bietet. Dem ließe sich entgegenhalten, daß einzelne K-Gruppen mit ihrer Strategie der „Revolutionären Gewerkschafts-

³ Narr/Vack in „links“ Nr. 98, Göttingen 4/1978

opposition“ die Zerstörung der Gewerkschaftseinheit sich zum ausdrücklichen Ziel gesetzt haben. Nur wenn man aber, wie von einigen Jury-Mitgliedern getan, von jeglicher sozialer und politischer Bewertung absieht, gelingt es, die Gewerkschaften als nur „formell privaten Bereich“⁴ zum Staatsapparat hinzuzurechnen. Ganz abgesehen von der stark unterschiedlichen Anzahl von Berufsverboten und Gewerkschaftsausschlüssen, vor allem der doch sehr verschiedenen Auswirkungen auf die materielle Existenz der Betroffenen, hieße es doch die Dinge auf den Kopf zu stellen, würde man die gewerkschaftliche Praxis auch nur in die Nähe der staatlichen Berufsverbote bringen. Gerade in der gegenwärtigen Phase verschärfter Klassenauseinandersetzungen, in der am Beispiel der jüngsten Arbeitskämpfe der Gegensatz von Arbeitnehmerinteressen und den vom Staat unterstützten Kapitalinteressen wieder aktuell erkennbarer wird, würde eine Auseinanderdividierung von Antirepressions- und Gewerkschaftsbewegung für die Verteidigung der demokratischen Rechte fatale Folgen haben.

Zu den Auseinandersetzungen innerhalb des Tribunals und wie es weitergehen kann

Die am Beispiel der Einbeziehung der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse deutlich gewordene und oft beklagte Zweideutigkeit und Entschlußunfreudigkeit verweist auf ein zentrales Problem des Russell-Tribunals, nämlich die politische Gegensätzlichkeit der unterstützenden Organisationen, zwischen denen kein Konsens über die entscheidenden Fragen herstellbar war und die auch die Entscheidungen von deutschem Beirat und Sekretariat äußerst schwierig gestalteten, wollten sie nicht im politisch luftleeren Raum operieren. Die sogenannte Unterstützerbewegung blieb nach dem Scheitern ihrer bundesweiten Konstituierungsversuche weitgehend einflußlos auf den Ablauf der ersten Sitzungsperiode. Der Versuch des Sozialistischen Büros (SB) und des Berliner Aktionskomitees gegen Berufsverbote – unterstützt von der Gruppe internationaler Marxisten (GIM) –, dem Vorhaben des Kommunistischen Bundes (KB), die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik insgesamt zum Untersuchungsgegenstand des Tribunals zu machen, durch eine frühzeitige Beschränkung der zu untersuchenden Themen entgegenzutreten, war nur zum Teil erfolgreich. In vielen Unterstützergruppen behielt der KB seinen Einfluß, vor allem weil seine Absicht, die Politik der SPD vor das Tribunal zu bringen, von großen Teilen der „Unorganisierten“ geteilt wurde. Die Folge des fehlenden Konsens in der Unterstützerbewegung ist ihre gegenwärtige politische Einflußlosigkeit und ihre Reduzierung auf rein organisatorische Tätigkeit.

⁴ Johan Galtung, Bemerkungen zur Vorgehensweise und den Kriterien des Tribunals in Rotbuch 185, Berlin (West) 1978

In dieser Situation des Fehlens einer tragfähigen politischen Bewegung stützten sich der deutsche Beirat und das Sekretariat auf die Gruppen, aus deren Arbeitszusammenhang sie kamen (vor allem auf das SB und das Aktionskomitee gegen Berufsverbote), oder verließen sich allein auf ihre persönliche Meinung. Konflikte unterschiedlichen Ausmaßes zwischen Teilen der Unterstützerbewegung und Beirat bzw. Sekretariat waren die Folge, so über die Einladung an Rudolf Bahro für die Jury, über die Verhandlungen mit Vertretern der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ und über die Formulierung des Abschlußberichts. Sie gipfelten meist darin, dem Beirat oder Sekretariat pauschal Basisferne oder Abgehobenheit vorzuwerfen. In der Auseinandersetzung um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse versuchte vor allem der Beirat einen Kompromiß zwischen der Auffassung des Sozialistischen Büros, das wohl in der Mehrheit für die Behandlung plädierte,⁵ und der Möglichkeit der weiteren Unterstützung durch Jusos und DGB-Gewerkschaftsjugend zu finden. Die mehr als bedenkliche Entscheidung zugunsten einer indirekten Behandlung mußte zwangsläufig den Eindruck eines in sich widersprüchlichen und mehrdeutigen Unternehmens verstärken. Es ist daher durchaus verständlich, daß sich so wichtige Bewegungen wie die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ bis zuletzt abwartend und reserviert verhielten. Zum anderen darf nicht darüber hinweggegangen werden, daß gerade die Unterstützung seitens der Jungsozialisten und der DGB-Gewerkschaftsjugend denjenigen Kräften zugute kam, die das Tribunal aus der linkssektiererischen Ecke herausführen und zu einem wichtigen Bestandteil der Anti-Repressionsarbeit machen wollten. Vor allem dem Sekretariat und dem Beirat ist es zu verdanken, daß das Tribunal nicht im Fiasko endete. Sein Scheitern hätte mit Sicherheit schwerwiegende negative Rückwirkungen auf den gesamten Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte gehabt. Wenn man dies berücksichtigt, kann man sich auch nicht mit dem Hinweis auf unbestreitbar vorhandene maoistische oder trotzkistische Kräfte in der Unterstützerbewegung aus der Affäre ziehen, oder gar – wie die DKP es tat – den Mitgliedern untersagen, vor dem Tribunal auszusagen.

Für die Jungsozialisten besteht die Aufgabe, bei der Vorbereitung der zweiten Sitzungsperiode, die sich mit den Themen „Zensur in der BRD, Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes, mutmaßliche Verletzung der Menschenrechte von Personen, die in ein Strafverfahren involviert sind“, befassen wird, mit den konstruktiven Kräften innerhalb der Unterstützerbewegung als auch den Gremien des Tribunals zusammenzuarbeiten. Dies bedeutet aber ebenfalls eine verstärkte kritische Auseinandersetzung mit den Halbheiten und Fehlern des Russell-Tribunals, zumal gerade die unreflektierte Haltung großer Teile der unorganisierten Linken zu den Menschenrechten deutlich macht, daß hier für die Linke noch eine Reihe unbewältigter Probleme liegen.

⁵ Vgl. Brief des SB vom 19.2.78 an die Jury-Mitglieder

SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK: DIE HEUTE NOTWENDIGE ALTERNATIVE

1. Der Verzicht der SPD auf Realanalysen

Die Bundesregierung und mit ihr die Sozialdemokratische Partei Deutschlands haben ihr wichtigstes politisches Ziel der vergangenen Jahre verfehlt: die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist trotz zahlreicher Beschwörungen und mancher Anstrengungen nicht gelungen. Es ist vielmehr zu fürchten, daß alle bisher von der Regierung beschlossenen Maßnahmen nicht verhindern, daß die Massenarbeitslosigkeit im Trend weiter ansteigt.

Die politischen Folgen der gegenwärtigen Situation und insbesondere der von der Bundesregierung verfolgten Politik sind absehbar. Die eintretende relative Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung muß zu einer Entfremdung zwischen SPD und Gewerkschaften führen, und damit zu einem weiteren Vertrauensschwund bei den traditionellen Wählern der SPD beitragen¹.

Die Gründe der offensichtlichen Unfähigkeit der Bundesregierung, ihre wirtschaftlichen Ziele zu erreichen, sind vielschichtig; ein wesentlicher Kern jedoch liegt nach unserer Auffassung in einer Fehlinterpretation der ökonomischen Zusammenhänge. Die Bundesregierung geht davon aus, daß bei kluger Wirtschaftspolitik im Kapitalismus die Interessen des Kapitals wie der abhängig Beschäftigten gleichermaßen zu befriedigen sind. Sie betrachtet die ökonomische Krise als „Betriebsunfall“ unseres Wirtschaftssystems, der zum Teil durch Einflüsse von außen hervorgerufen wurde und durch Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt wieder behoben werden kann. Dies verlangt die Senkung der Stückkosten deutscher Unternehmen durch Verbilligung von Rohstoffen, durch Begrenzung des Lohnanstiegs und vor allem durch Rationalisierung. Zum anderen wird die „verzerrte Relation von Lohnsätzen und Renditen“² (also angeblich zu hohe Löhne und zu niedrige Gewinne) für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht.

Die Mehrheitsfraktion in der SPD nimmt nicht wahr, daß sich die Klassenauseinandersetzungen in den letzten Jahren deutlich verschärft haben. Sie kann daher auch nicht begreifen, daß der Versuch, sowohl die Interessen des Kapitals wie die der Arbeiterklasse zu vertreten, dazu führt, daß die Partei zunehmend handlungsunfähig und perspektivlos wird.

Die Gründe dafür, daß sie nicht von der gesellschaftlich-ökonomischen Realität, sondern von einem Wunschbild ausgeht, neuere theoretische, insbesondere

¹ Auf andere Ursachen dieses Vertrauensschwundes wird hier nicht eingegangen.

² DIW-Wochenbericht 15/78, S. 147

politökonomische Diskussionen verdrängt und stattdessen Versatzstücke der traditionellen bürgerlichen Theorie zur Grundlage ihrer Politik wählt, liegen u. a. in den Erfahrungen der 50er Jahre und in der Interpretation der Rekonstruktionsperiode.

Eine wesentliche Erfahrung nach dem zweiten Weltkrieg war die Diskrepanz zwischen der politökonomischen Theorie und der Realität. Politökonomien aller Richtungen waren nach dem Krieg davon überzeugt, daß der Kapitalismus in Europa am Ende sei. Entgegen allen Prognosen erlebte insbesondere die Bundesrepublik eine einzige Periode des wirtschaftlichen Wachstums. Die Mängel der Politischen Ökonomie Ende der 40er Jahre wurden als Beleg gewertet, daß sie überholt sei. Dementsprechend verzichtete man z. B. im Gegensatz zu den vorhergehenden Grundsatzprogrammen im Godesberger Programm auf jede marxistische Analyse der Gesellschaft. Dieser Verzicht, der sich zu einer ausgesprochenen Theoriefeindlichkeit entwickelt hat, macht die Mehrheitsfraktion in der SPD unfähig, zu erkennen, daß der Nachkriegsaufschwung das Ergebnis einmaliger, ganz besonderer Bedingungen war. Die Folge ist, daß die Mehrheitsfraktion praktisch bis heute in den Vorstellungen der Rekonstruktionsperiode lebt und die gegenwärtige Situation als Abweichung von der „normalen“ Entwicklung interpretiert.

2. Der Wandel der ökonomischen Verhältnisse in der BRD

2.1. Die besonderen Bedingungen der Rekonstruktionsphase

Um deutlich zu machen, inwieweit die offizielle Wirtschaftspolitik der SPD durch die Interpretation der Rekonstruktionsperiode gekennzeichnet ist, erscheint es notwendig, die ökonomische Entwicklung hier kurz nachzuzeichnen.

Nach dem zweiten Weltkrieg waren für das westdeutsche Kapital Bedingungen gegeben, wie sie ähnlich günstig nur in der Phase des Frühkapitalismus Anfang des 19. Jahrhunderts geherrscht haben³. Die durch den Krieg bedingten Zerstörungen industrieller Anlagen für das Gebiet der späteren Bundesrepublik einschließlich der bis 1948 durchgeführten Demontagen entsprachen dem, was während des Krieges *zusätzlich* investiert worden war; das industrielle produktive Vermögen entsprach also dem Vorkriegsstand⁴.

Im Hinblick auf die spätere Teilung Deutschlands ist außerdem bemerkenswert, daß „Westdeutschland, das vor dem Krieg 56 v. H. der Gesamtbevölkerung umfaßte (...), 61 v. H. der gesamtdeutschen industriellen Vorkriegskapazitäten (behielt)“⁵.

³ Vgl. Brauns/Jaeggi/Kisker/Zerdick/Zimmermann, Die SPD in der Krise – Die deutsche Sozialdemokratie seit 1954, Frankfurt/M. 1976, S. 15 ff.

⁴ Rolf Krengel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956. BJW, Berlin 1958, S. 14.

⁵ Henry C. Wallich, Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt/M. 1955, S. 187.

Neben den produktionstechnischen Voraussetzungen stellte die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine besonders günstige Bedingung für den Aufschwung dar. Die Verluste unter der deutschen Bevölkerung an Toten, Verehrten und Kriegsgefangenen wurden überlagert von einer großen Zahl von Vertriebenen und Flüchtlingen, die aus den ehemaligen deutschen Gebieten in das Restgebiet der vier Besatzungszonen strömten; für die drei Westzonen kamen zusätzlich „aus der Ostzone und Berlin Ausgewichene“⁶ hinzu.

„Nach dem blutigsten aller Kriege hat das besiegte Deutschland heute mit 65,9 Mill. etwa 6,1 Mill. oder 10 v. H. mehr Einwohner, als vor dem Krieg auf dem jetzigen Gebiete der vier Besatzungszonen einschließlich Berlin lebten (59,8 Mill.)“⁷. Aber nicht nur die große Zahl potentieller Arbeiter wirkte sich auf Löhne und Arbeitsbedingungen aus. Der Faschismus hatte die Organisationen der Arbeiterklasse zerschlagen und eine zunehmend schärfere Ausbeutung der Arbeiter zur Folge gehabt. Die Löhne sanken nach der Machtergreifung weit unter das Niveau der zwanziger Jahre und wurden 1935 auf einen Stand festgelegt, der unter dem Niveau vor der Weltwirtschaftskrise lag. Unter dem Druck der großen industriellen Reservearmee – 1950 hatte die BRD nach offiziellen Statistiken eine Arbeitslosenquote über 11% – blieben die Löhne niedrig bzw. sanken noch. Nach Schätzungen von *Kuczynski* erreichten die Reallöhne erst 1956 wieder das Niveau von 1938⁸. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sank unter dem Faschismus von 64% im Jahre 1932 auf 57% im Jahr 1938 und erreichte erst 1963 in der BRD wieder den Anteil von 1932.

Niedrige Kapitalkosten und niedrige Löhne in Verbindung mit einer Reserve qualifizierter Arbeiter stellten quasi frühkapitalistische Verwertungsbedingungen dar. Wie hoch die Arbeitskräftereserven waren, läßt sich durch die Entwicklung der Zahl der in der Industrie Beschäftigten veranschaulichen. Sie stieg von 1950 bis 1960 von 4,9 Mill. auf 8,1 Mill.; also um 63,8%, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg von 9,4 Mrd. auf 13,4 Mrd.; also um 41,6%. Die Arbeitsproduktivität (Leistung pro Arbeitsstunde) stieg bis zur Mitte der fünfziger Jahre vor allem durch verbesserte Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten, d. h. nicht dadurch, daß mehr Maschinen pro Beschäftigten eingesetzt werden mußten.

Neben den produktionstechnischen Voraussetzungen und der industriellen Reservearmee war die politische und finanzielle Unterstützung durch die USA eine wesentliche Ursache für die schnelle Restauration des westdeutschen Kapitalismus und seinen starken Aufschwung.

⁶ So die Bezeichnung einer zeitgenössischen Quelle; Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Bremen 1948, S. 78.

⁷ *Wilhelm Bauer*, Die Kriegsschäden am deutschen Volkskörper, in: DIW, Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947, S. 14.

⁸ *Jürgen Kuczynski*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 7a: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945, Berlin/DDR 1963, S. 386

Bereits 1945 stießen die offiziellen Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik, wie sie von Roosevelt und Morgenthau vertreten worden waren, in den USA auf den Widerstand der Repräsentanten der Großindustrie, die weniger ein Wiedererstarken des deutschen Faschismus als vielmehr eine Gefährdung ihrer Interessen in Europa befürchteten. Ihre Sorge war, daß sich in dem besiegten Deutschland sozialistische Kräfte durchsetzen könnten. Das Feindbild verlagerte sich dementsprechend vom deutschen Faschismus zum Sozialismus und konkretisierte sich in der Phase des beginnenden kalten Krieges auf die Sowjetunion. Den wichtigsten Baustein der veränderten amerikanischen Deutschlandpolitik bildete der sogenannte „Marshall-Plan“, das Hilfsprogramm zum Wiederaufbau Europas. Die drei Westzonen erhielten insgesamt 1,6 Mrd. Dollar ERP-Hilfe⁹.

Die Entwicklung von 1950 bis 1966 ist einerseits durch eine außerordentlich starke Expansion des westdeutschen Kapitals, andererseits durch den allmählichen Abbau der politischen und ökonomischen Sonderbedingungen zu kennzeichnen. Dies zeigt, als grober Index, die Entwicklung des Bruttosozialproduktes. Es konnte in der Periode verdreifacht werden und stieg mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von jährlich 6,8%. Der Anstieg ließ jedoch ständig nach. Von 1950 - 55 betrug das reale Wachstum jährlich im Durchschnitt 9,4%, von 1956 - 60 6,6% und von 1961 - 66 nur noch 4,7%. Die gleiche Tendenz zeigt die mengenmäßige Produktion der Gesamtindustrie¹⁰.

2.2. Der Übergang zu „normalen“ kapitalistischen Bedingungen

Ende der fünfziger Jahre änderten sich die Verwertungsbedingungen. Mit dem Schwinden der industriellen Reservearmee gewann die Arbeiterklasse die Kraft und Entschlossenheit, neben Lohnerhöhungen – erstmals seit 1918 – auch Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Damit waren der Steigerung des Profits durch Mehrarbeit Grenzen gesetzt, nicht aber der Expansion durch Rationalisierung und Intensivierung der Produktion.

Die Kapitalakkumulation in der ersten Nachkriegsphase bis 1957 war im wesentlichen durch Ausbau der Kapazitäten gekennzeichnet. Das technologische Niveau blieb dabei hinter dem anderer kapitalistischer Länder, insbesondere der USA, zurück. Dieser scheinbare Nachteil der westdeutschen Wirtschaft barg weitgehende Rationalisierungs- und Intensivierungsreserven in sich, die in der zweiten Phase der Kapitalakkumulation das weitere Wachstum des Sozialproduktes ermöglichten. Unter dem Druck knapper werdender Arbeitskräfte und steigender

⁹ Siehe *Bundesministerium für den Marshall-Plan*, Wiederaufbau im Zeichen des Marshall-Planes 1948 bis 1952, Bonn 1953.

¹⁰ Siehe *Rolf Krengel u. a.*, Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, 12., 13. und 15. Folge, Berlin (West) 1972, 1973 und 1974, jeweils S. 8 und 74.

Löhne wurde die technologische Basis der Produktion, insbesondere im Wachstumsrückgang 1957/58 und dann nach der Krise, entscheidend umgestaltet. Nach 1957/58 wurden vor allem in der Massengüterproduktion teilautomatische Produktionsverfahren eingeführt. Nach 1966/67 wurden die Arbeitsprozesse durch die Computertechnik umgewälzt.

Statistisch schlug sich diese Entwicklung in einem raschen Steigen des Verhältnisses von Maschinen zu Menschen, der Kapitalintensität sowie in zwar zyklisch leicht schwankenden, generell aber hohen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität auf der einen Seite und stagnierendem Arbeitskräftevolumen sowie sinkenden Lohnquoten andererseits nieder.

Der Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg ist nicht nur den skizzierten Bewegungen des Gesamtkapitals, sondern auch den Verschiebungen zwischen den Sektoren zuzuschreiben. Zunächst zeigte sich dies in einem – von der Entwicklung in anderen hochindustrialisierten Ländern abweichenden – bis 1970 ansteigenden Anteil des sekundären Sektors (Industrie). Außerdem waren innerhalb der verarbeitenden Industrie überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten bei der chemischen Industrie, Mineralölverarbeitung, Kunststoffverarbeitung, dem Fahrzeugbau und der elektrotechnischen Industrie zu beobachten. Der Anteil dieser fünf Industrien an der Gesamtproduktion hat sich zwischen 1950 und 1970 mehr als verdoppelt, während Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Holzbearbeitung, Zellstoff- und Papiererzeugung, Stahl- und Leichtmetallbau in dem gesamten Zeitraum sinkende Anteile an der Gesamtproduktion aufwiesen.

Die unterschiedlichen Wachstumsraten sind durch die unterschiedlichen Verhältnisse der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Kapitalintensität, also durch die unterschiedlichen Profitraten bedingt.

Dabei ist im Hinblick auf die spätere Entwicklung bemerkenswert, daß der Anteil der Produktionsmittelindustrie gegenüber dem Anteil der Konsumgüterindustrie von 1950 bis 1970 ständig zugenommen hat.

Auch die Größenstruktur der Unternehmen veränderte sich als Folge der ökonomischen Tendenzen. Die Auflagen der Alliierten zur Entflechtung der bei Kriegsende stark konzentrierten deutschen Wirtschaft wurden sehr schnell durch die Konzentrationsbegünstigenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung überkompensiert. Bis zur Krise 1966/67 ist der Konzentrationsprozeß insbesondere durch ungleichmäßiges, internes Wachstum der Unternehmen gekennzeichnet: Die Zahl der Unternehmen sowie die durchschnittliche Unternehmensgröße (gemessen an der Zahl der Beschäftigten und am Umsatz) nahm zu und die Zahl und das Gewicht der Großunternehmen wuchs überproportional. Von 1966/67 an nahm die Zahl der Unternehmen ab und die Konzentration vollzog sich insbesondere durch Zusammenschlüsse von Unternehmen¹¹.

2.3. Verschärfung der Krisen in der Bundesrepublik

Die besonderen Bedingungen der Rekonstruktionsperiode in der zweiten Hälfte der 60er Jahre führten 1967 zu der ersten größeren Nachkriegskrise. Zwar war auch bis dahin die ökonomische Entwicklung durch zyklische Schwankungen in einem 4-5-Jahre-Rhythmus gekennzeichnet, aber 1967 entwickelte sich die erste Überakkumulationskrise mit einem Rückgang des Sozialproduktes, sinkender Industrieproduktion, größerer Arbeitslosigkeit sowie besonders starkem Druck auf die Löhne.

Der schnelle und kräftige Aufschwung 1968/69 ermöglichte der Bundesregierung sowie Vertretern von Kapitalinteressen, die 67er Krise als „Betriebsunfall“ der Marktwirtschaft hinzustellen und den Glauben an die grundsätzliche Stabilität des Kapitalismus bzw. seine Stabilisierungsmöglichkeiten zu festigen. Dabei wurde unterschlagen, daß der Aufschwung mehrere Ursachen hatte. Die Vernichtung und Entwertung bestehenden fixen Kapitals und die niedrigen Lohnerhöhungen sowie die enorme Intensivierung der Arbeit ließen die Profitraten sprunghaft ansteigen. Dies wurde durch eine Verbesserung der Exportmöglichkeiten unterstützt. Das anhaltende Wirtschaftswachstum in den wichtigsten Exportländern erlaubte, Teile des überschüssigen Warenkapitals zusätzlich auf dem Weltmarkt abzusetzen.

Der Aufschwung 1968/69 führte zu einer Überakkumulation, die sich zunächst 1971 nur in einer leichten, dann ab Ende 1973 zu der bisher schwersten Nachkriegskrise entwickelte. Neu an diesem (7.) Nachkriegszyklus ist, daß er sich auf dem Hintergrund einer überzyklischen Vernichtung von Arbeitsplätzen abspielt, die in der westdeutschen Industrie seit Beginn der 70er Jahre zu beobachten ist. Neu ist außerdem, daß nach dem Tiefpunkt der Krise (1974/75) nur ein sehr schwacher Aufschwung und vor allem kein Abbau der Arbeitslosigkeit eingetreten ist.

Mit dieser Entwicklung ist auch ökonomisch das „Ende der Nachkriegszeit“ erreicht: der Kapitalismus in der Bundesrepublik ist jetzt seinen normalen Bedingungen unterworfen, die Entwicklung wird nicht mehr durch wachstumsfördernde Sonderbedingungen beeinflusst. Die vorherrschende Interpretation der Lage durch die Mehrheit der SPD und die Bundesregierung bleibt jedoch in der Faszination des „Wirtschaftswunders“ und in den vermeindlichen Folgen des „Krisenmanagements“ in den Jahren 1967/68 befangen. Immer noch werden die Phase des ungestümen Aufschwungs als die normale Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“, die krisenhaften Problemanhäufungen jetzt als kurzfristige vergängliche Trübungen mißverstanden.

¹¹ Von 1958 bis 1967 wurden in Deutschland jährlich 34 Zusammenschlüsse angezeigt, von 1968 bis 1975 waren es jährlich 254, allein 1975 waren es 448. Vgl. Jörg Huffschild/Herbert Schui, Gesellschaft im Konkurs, Köln 1976, S. 67 ff.

2.4. Ökonomische Entwicklung und Wandel des Bewußtseins

Das wirtschaftliche Wachstum nach dem zweiten Weltkrieg ermöglichte es dem Kapital in der Bundesrepublik Deutschland, bei der Masse der abhängig Beschäftigten die Illusion zu verankern, nicht zu leugnende soziale Mißstände seien auf dem Boden der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu beseitigen. Offensichtliche Fehlentwicklungen in der DDR und Mängel in der theoretischen Analyse der Rekonstruktionsperiode trugen dazu bei, sozialistische Vorstellungen zu diskreditieren. Die SPD unterstützte diese Entwicklung, indem sie sich zunehmend von ihren theoretischen Grundlagen distanzierte.

Aus dieser Entwicklung den Schluß zu ziehen, sozialistische Alternativen seien in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der marktwirtschaftlichen Orientierung der abhängig Beschäftigten nicht durchzusetzen, ist demnach unhaltbar. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß trotz aller Versuche, eine Systemkritik zu unterdrücken, der Wandel der ökonomischen Verhältnisse zu einem Wandel des Bewußtseins geführt hat.

Die deutliche Verschiebung des Verhältnisses von Lohn und Profit zuungunsten der Arbeiterklasse nach 1967 weckte das Bewußtsein von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation; die starke Zunahme der Mitgliederzahlen bei den DGB-Gewerkschaften war und ist bis heute Ausdruck dieses Wandels. Gleichzeitig wuchs das Bewußtsein, daß die Sicherung oder Verbesserung der materiellen Lage des Lohnabhängigen nicht geschenkt wird, sondern erkämpft werden muß. Die Folge war eine enorme Zunahme in der Streiktätigkeit.

Da der DGB in der Lage war, in den Auseinandersetzungen mit dem Kapital Anfang der 70er Jahre beachtliche Realloohnerhöhungen durchzusetzen und weitere Verbesserungen im System der sozialen Sicherung zu erkämpfen, gab es auch in dieser Periode noch keinen Grund, an der grundsätzlichen Reformierbarkeit des Kapitalismus zu zweifeln. Erst die Erfahrung, daß trotz steigenden Organisationsgrades und trotz aller Streiks das System der sozialen Sicherung nicht auszubauen war, Realloohnerhöhungen nicht durchzusetzen waren, die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt wurde und in ihrer Folge der Druck auf die Lohnabhängigen ständig zunahm, ließen ein Unbehagen an den bestehenden Verhältnissen entstehen. Dieses Unbehagen ist bisher unstrukturiert und hat sich noch nicht zu einer allgemeinen Systemkritik verdichtet, aber es nimmt seit Mitte der 70er Jahre unübersehbar zu. Die Folge davon ist, daß seitdem in den Gewerkschaften zunehmend über Forderungen diskutiert wird, die Steuerung der Wirtschaft durch private Profitinteressen einzuschränken. Investitionskontrolle und Investitionslenkung waren beherrschende Themen der letzten DGB-Bundeskongresse. Vergleicht man diese Diskussionen mit den Reden der in der ersten Hälfte der 70er Jahre, dann sieht man, wie der Wandel der ökonomischen Verhältnisse innerhalb weniger Jahre zur Entwicklung systemkritischer Ansätze geführt hat.

Im Unterschied zum DGB und auch im Unterschied zu den übrigen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien Westeuropas versucht die Mehrheitsfraktion der SPD und die sozialliberale Bundesregierung die Lage der abhängig Beschäftigten und die Perspektiven des Kapitalismus weiter zu beschönigen. Sie duldet oder unterstützt alle Anstrengungen konservativer Kräfte, systemkritische Stimmen zu unterdrücken und versucht, die Illusion zu retten, die Lage der abhängig Beschäftigten sei im Kapitalismus am besten durch kapitalorientierte Maßnahmen zu verbessern. Trotz des Vertrauensschwundes bei Mitgliedern und Wählern, insbesondere bei den Jungwählern, zeigt die SPD ein typisches Konvertitenverhalten: sie verschließt die Augen vor der Realität und verteidigt verbissen die in den 50er Jahren in Anpassung an Adenauers und Erhards Erfolge entwickelte Konzeption gegen die Wiederbelebung ihrer eigenen früheren Einsichten.

3. Die Entwicklung sozialistischer Alternativen

3.1. Vom Dogmatismus zur Realanalyse

Die weitgehende Verdrängung anderer als der gegenwärtig herrschenden ökonomischen Konzeptionen aus der öffentlichen und auch der innerparteilichen Diskussion hat mehrere weitere Ursachen. Insbesondere die von Marx als „Kritik der politischen Ökonomie“ begründete Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, die auch während der wichtigsten Entwicklungsphasen der SPD eine hervorragende Rolle gespielt hatte, wurde während der Zeit des Faschismus fast ausgerottet und in der Zeit des „Kalten Krieges“ als Bestandteil kommunistischer Ideologie bekämpft. An den bundesdeutschen Hochschulen begann die Beschäftigung mit dieser Theorie erst nach Beginn der Studentenbewegung 1968/69; sie wurde erheblich belastet durch die autodidaktische Aneignung versprengter Theoriestücke und eine aus mangelnder Kenntnis des theoretischen Gesamtzusammenhangs herrührende Dogmatisierung. Theoretische Widersprüche, mangelnder Realitätsbezug und dogmatische Durchsetzungsversuche in der innerparteilichen Arbeit haben so ebenfalls einen Anteil an den innerparteilichen Schwierigkeiten politökonomischer Ansätze.

In den letzten Jahren hat jedoch eine stärkere Ausrichtung an politisch relevanten Fragestellungen zusammen mit der zunehmenden Erarbeitung der theoretischen Grundlagen dazu beigetragen, daß in Grundpositionen und Detailanalysen differenzierte Diskussionen über die Ursachen der Krise und die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung stattfinden.

3.2. Die Entwicklung der Alternativen Wirtschaftspolitik

Einer der Diskussionszusammenhänge, in denen konkret Vorstellungen zu einer auch kurzfristige Maßnahmen einschließenden Konzeption entwickelt werden, ist der sog. „Memorandum-Kreis“. Im November 1975 traten 42 Wirtschaftswissenschaftler (zu denen auch die Verfasser gehören) mit einem „Memorandum“ an die Öffentlichkeit, dessen Kritik an den Analysen und Rezepten herrschender Wirtschaftspolitik sich nicht in akademischen Erörterungen erschöpfte. Auf der Grundlage solcher Kritik wurde vielmehr – und das war für viele überraschend – ein wirtschaftspolitisches Programm von aufeinander aufbauenden Gegenvorschlägen vorgestellt, das den Anspruch erhob, an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Alternativen der damals praktizierten Wirtschaftspolitik zu enthalten.

Erwartungsgemäß stießen diese Vorschläge auf Kritik nicht nur bei den Verfechtern der herrschenden Lehre, sondern auch bei den akademischen Vertretern einer – wie sie meinen, allein konsequenten – Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems. So wurde auf der einen Seite die systemverändernde Komponente der vorgeschlagenen Alternativen angegriffen, auf der anderen gerade deren Verhaftung in der Realität der heutigen Bundesrepublik und in „links-keynesianischen“ Vorstellungen als bürgerlich-reformistisch etikettiert. Soweit die Kritik auf immanente Unstimmigkeiten, klare Argumentationsmöglichkeiten und deutlichere politische Bezüge aufmerksam machte, wurde sie auch in die weitergeführten Diskussionen des Arbeitskreises aufgenommen; sie schlug sich inhaltlich in den Gedankengängen des „zweiten Memorandums“ (Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit) vom 29.4.1977 nieder.

Nach der Vorlage des Memorandums '77 wurde in mehreren Tagungen mit relevanten Gesprächspartnern außerhalb des Unterzeichnerkreises als auch im internen Kreis selbst an den wirtschaftspolitischen Alternativvorschlägen weitergearbeitet. Ergebnis dieser Arbeit ist einerseits eine erweiterte, von einer Arbeitsgruppe von rund 30 Wissenschaftlern diskutierte Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik sowie der möglichen Handlungsalternativen¹². Andererseits wurde eine Kurzfassung, die nur die wesentlichen Grundelemente der Analyse, insbesondere aber die gesamten wirtschaftspolitischen Alternativforderungen enthält, als „Memorandum '78“ einem breiteren Kreis von Wirtschaftswissenschaftlern mit der Bitte um Unterstützung seines Inhalts zur Verfügung gestellt.

Die Tatsache, daß nun mehr als 150 Wirtschaftswissenschaftler der Bundesrepublik die Forderung nach einer anderen, an den Interessen der Arbeitnehmer orientierten Wirtschaftspolitik unterstützen, und damit er eine erhebliche Vergrößerung des ursprünglichen Kreises eingetreten ist, dürfte jedoch nur zum Teil

¹² Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik*, Memorandum '78: Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1978.

auf (allerdings unbestreitbare) Verbesserungen am Konzept des „Memorandums '78“ zurückzuführen sein; der wesentliche Grund für die breitere Zustimmung ist sicherlich in der nach wie vor unbefriedigenden ökonomischen Situation und in dem offensichtlichen Scheitern der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik zu sehen.

Die grundlegenden Elemente unserer wirtschaftspolitischen Alternativforderungen bestehen in einer Kombination kurzfristig realisierbarer Erweiterungen der Staatsausgaben mit entsprechenden Finanzierungsvorschlägen sowie der Einführung ergänzender Instrumente (beschäftigungspolitische Auflagen bei Staatsaufträgen und Subventionen); zusätzlich werden die gewerkschaftspolitischen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen als beschäftigungspolitisch sinnvoll unterstützt. Die Forderungen sind als Beitrag zu einer umfassenderen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu verstehen, die zwar nicht durch wissenschaftliche Argumente entschieden, wohl aber zum Teil mit ihnen bestritten wird.

Die Einordnung der kurzfristigen Alternativmaßnahmen in eine langfristige Konzeption sozialistischer Wirtschaftspolitik gehört zu den Aufgaben der weiteren Arbeit an dieser Konzeption. Festzuhalten bleibt jedoch schon jetzt, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen langfristig nicht ausreichen, um die wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche zu lösen, die mit der privaten Marktwirtschaft verbunden sind und die nach der Logik dieser Marktwirtschaft auf dem Rücken der Lohn- und Gehaltsabhängigen ausgetragen werden. Die wirksamste und demokratische Antwort hierauf ist die Übernahme der für den Gesamtprozeß entscheidenden Schlüsselbereiche und der marktbeherrschenden Unternehmen in verschiedenartige Formen gesellschaftlichen Eigentums und ihr Einsatz im Rahmen einer verbindlichen demokratischen Wirtschaftsplanung und -lenkung.

Die Änderung der Eigentumsverhältnisse kann dabei nicht isoliert gesehen werden; sie steht im Gesamtzusammenhang demokratischer Wirtschaftslenkung, in der die umfassende Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten auf allen Ebenen, die gesellschaftliche Planung des Einsatzes der Ressourcen und die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel eine Einheit bilden, ohne daß die grundsätzliche Autonomie der Lohn- und Gehaltsabhängigen, die Tarifautonomie sowie das Koalitions- und Streikrecht hierdurch aufgehoben würden. Langfristig lassen sich die quantitativen und qualitativen Beschäftigungs- und Versorgungskrisen der kapitalistischen Wirtschaft nur durch derartige konsequente demokratische Veränderungen bereinigen und perspektivisch vermeiden¹³.

3.3. Die Folgen der Memoranden

Anders als bei der Vorlage des ersten Memorandums im November 1975 hat sich die Diskussion innerhalb der Gewerkschaften und innerhalb der SPD in

¹³ Aus: Memorandum '78, Kurzfassung.

den folgenden Jahren versachlicht. Während damals die in den Forderungen enthaltene Kritik an der Bundesregierung wahrscheinlich der tiefere Grund für eine in Inhalt und Form sehr scharfe Ablehnung unserer Vorschläge war, ist 1978 eine ausgewogene, auf Weiterführung einer inhaltlichen Diskussion bedachte Kommentierung festzustellen. So wurde 1975 DGB-offiziell im wesentlichen betont, daß es sich um „in wichtigen Punkten von gewerkschaftlichen Positionen“ abweichende Forderungen handele, von denen gewerkschaftliche Auffassungen abgegrenzt werden müßten¹⁴.

1977 hielt es der DGB für unerlässlich, daß die „...vorgelegten Thesen... in der Bundesrepublik ernsthaft diskutiert werden“. Die Abgrenzung dagegen wurde wesentlich souveräner formuliert: „Dies bedeutet nicht, daß der DGB allen in diesen Vorschlägen enthaltenen Auffassungen uneingeschränkt zustimmt“¹⁵. 1978 sprach der DGB von einem „nützlichen Beitrag zur Diskussion über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit“, wiederholte die Abgrenzung in ähnlicher Form, und legte später eine detaillierte kritische Auseinandersetzung mit unseren Forderungen vor¹⁶. Damit beteiligte sich der DGB offiziell an der inhaltlichen Diskussion, die er im Jahr zuvor angeregt hatte. Auf dieser Ebene ist die Versachlichung und Weiterführung der Diskussion um die Alternative Wirtschaftspolitik deutlich erkennbar. Die innerhalb verschiedener Einzelgewerkschaften abgelaufenen Diskussionen lassen ebenfalls eine zunehmende Beschäftigung mit diesen Vorschlägen erkennen.

Erstmals 1978 hat sich auch die sozialdemokratische veröffentlichte Meinung erkennbar positiv mit unseren Vorschlägen beschäftigt. Im *Vorwärts* wurde in zwei ausführlichen Artikeln über das Memorandum 1978 berichtet, wobei sachliche Einwände eine positive Gesamteinschätzung nicht verhinderten: es handele sich um „... eine Fülle brauchbarer Vorschläge, die nicht vom Tisch gewischt werden können“¹⁷. Auch der *Sozialdemokratische Pressedienst Wirtschaft* berichtete in gleichem Sinne¹⁸. Die innerhalb verschiedener Parteigliederungen stattfindenden Diskussionen belegen wachsendes Problembewußtsein, allerdings auch die Schwierigkeiten der Auseinandersetzung um Positionen, die nach Ansicht kurzfristiger Genossen dazu geeignet sind, durch Kritik an den „Genossen in der Regierungsverantwortung“ Wahlkämpfe negativ zu beeinflussen.

Die Weiterentwicklung der Alternativen Wirtschaftspolitik, die sich in dem wachsenden Detaillierungsgrad der Argumentation (mit der Folge wachsenden Umfangs), in differenzierteren Gegenvorschlägen und in einem wachsenden Kreis

¹⁴ DGB, Wirtschaftspolitische Informationen 12/1975, S. 1

¹⁵ DGB Nachrichten-Dienst ND 127/77 vom 3.5.1977

¹⁶ DGB Nachrichten-Dienst ND 101 vom 8.5.1978 und DGB, Wirtschaftspolitische Informationen 6/1978, S. 1 - 6.

¹⁷ Hermann Adam, Die herrschende Lehre in Frage gestellt, in: VORWÄRTS vom 11.5.1978.

¹⁸ Sozialdemokratischer Pressedienst Wirtschaft vom 27.4.1978, S. 1, 7 - 8.

von Mitarbeitern und Unterzeichnern (1975: 42, 1977: 75, 1978: 158) ausdrückt, verdankt am meisten der Diskussion mit Kollegen aus Gewerkschaften, viel aber auch der Kritik anderer Wissenschaftler an Hochschulen und Forschungsinstituten. Aufgrund der offensichtlichen Unfähigkeit der herrschenden Wirtschaftswissenschaften unter Führung des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, eine der Situation entsprechende Analyse und annehmbare wirtschaftspolitische Vorschläge vorzulegen, hatten sich in die Diskussion um die Alternative Wirtschaftspolitik auch andere Wissenschaftler eingeschaltet¹⁹. Sowohl unterschiedliche Positionen politökonomischer Prägung als auch solche mit aufgeklärt-bürgerlichem Hintergrund waren Grundlagen von Stellungnahmen, die unsere Vorschläge (wenn auch selten insgesamt) unterstützten und konstruktiv kritisierten. Die sich daran anschließende Diskussion wurde in zum Teil gemeinsamen Veranstaltungen auch der Hochschulöffentlichkeit zugänglich gemacht. Bemerkenswert an der gegenwärtigen Situation erscheint uns insbesondere, daß eine breitere Orientierung von Wirtschaftswissenschaftlern auf die Probleme der Arbeitslosigkeit und ihrer Beseitigung gelungen ist; das lange Zeit gestörte Verhältnis der Hochschulen zu den Gewerkschaften beginnt sich im Verlauf dieses Prozesses ebenfalls allmählich zu verändern. Nach unseren Maßstäben ist beides allerdings noch immer nicht ausreichend.

Gerade die zunehmende Orientierung politökonomischer Arbeit an realen Problemen und das wachsende Interesse daran innerhalb der Gewerkschaften erklärt auch die allmählich sich verschärfende Bekämpfung durch bürgerliche Kritiker. Aus deren Sicht wird harmlose seminar marxistische Gesellschaftsbetrachtung jetzt abgelöst durch systematische Überzeugungsarbeit in Gewerkschaften und Parteien — statt lächelnd geduldeter Hofnarren der Herrschenden sind jetzt gefährliche Systemveränderer am Werk. Die Härte der Auseinandersetzung wird deshalb mit der weiteren Annäherung an realistische Konzeptionen zunehmen.

4. Die Notwendigkeit sozialistischer Politik — heute

„Nimmt man ... mit Bernstein an, die kapitalistische Entwicklung gehe nicht in der Richtung zum eigenen Untergang, dann hört der Sozialismus auf, objektiv notwendig zu sein“²⁰. Dieser Satz von Rosa Luxemburg richtet sich gegen alle, die in sozialistischen Alternativen eine idealistische Spielerei sehen, weil sie meinen, daß die inneren Widersprüche des Kapitalismus schwinden. Die Entwicklung in den letzten Jahren hat eindeutig gezeigt, daß der Kapitalismus immer

¹⁹ In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Gruppe um den „Arbeitskreis Politische Ökonomie“ in Regensburg zu nennen.

²⁰ Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, in: Rosa Luxemburg, Politische Schriften I, Frankfurt/M., Wien 1966, S. 54.

weniger in der Lage ist, die Bedürfnisse der Mehrheit der abhängig Beschäftigten zu befriedigen und daß er trotz aller Bemühungen nicht gemäß den Interessen der Lohnabhängigen zu gestalten ist.

Das Festhalten der SPD an kapitalistischen Konzepten hat zur Folge, daß sie zunehmend handlungsunfähig wird, das Vertrauen ihrer Mitglieder und Wähler einbüßt und schließlich das Feld denjenigen überlassen muß, die neofaschistische Krisenlösungen anbieten. Angesichts sich zuspitzender Krisen stehen die Partei-Linken heute vor der Aufgabe, Konzepte für sozialistische Alternativen zu entwickeln und innerhalb der Partei durchzusetzen.

Die Entwicklung sozialistischer Alternativen muß von Realanalysen der ökonomischen Entwicklung ausgehen und das jeweilige Bewußtsein wie die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigen. Abstrakte Forderungen, den Sozialismus hier und heute aufzubauen, sind nicht geeignet, die zur Durchsetzung notwendige Mobilisierung zu erreichen. Die notwendige grundlegende Veränderung der Wirtschaftsordnung ist nur über konkrete Zwischenziele zu erreichen. Diese sind nicht allein durch theoretische Arbeit, sondern durch eine Verbindung von theoretischen Diskussionen mit den praktischen Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu entwickeln. Die Formulierung konkreter sozialistischer Alternativen setzt also eine Verstärkung der Diskussion und neue Formen der Kommunikation zwischen „Theoretikern“ und „Praktikern“ voraus, bedingt, daß die abhängig Beschäftigten in die Lage versetzt werden, ihre Erfahrungen zielgerichtet zu verarbeiten und daß die Theoretiker lernen, die praktischen Erfahrungen der Lohnabhängigen zu berücksichtigen. Die Erreichung der Zwischenziele darf weder kurz-, mittel- noch langfristig mit einer Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse erkaufte werden. Maßnahmen die mit einem Versprechen auf eine bessere Zukunft, eine allgemeine Verschlechterung der Lage heute in Kauf nehmen, sind inhuman und demobilisierend.

Die Durchsetzung sozialistischer Alternativen kann unter den gegebenen Verhältnissen kein einmaliger Vorgang sein, sondern besteht darin, die Steuerung der Wirtschaft durch private Profitinteressen schrittweise in einem langsam anlaufenden, sich beschleunigenden und adjustierbaren Prozeß einzuschränken und durch gesellschaftliche Entscheidungsprozesse zu setzen.

Jürgen Duenbostel

XI. WELTFESTSPIELE KUBA 1978 – EINE KRITIK DER INTERNATIONALISMUSARBEIT DER JUNGSOZIALISTEN

I.

Auf ihrer Facharbeitstagung Internationales im Juni 1978 haben die Jungsozialisten ihre bisher wildwüchsige Internationalismusarbeit erstmalig auf eine gemeinsame konzeptionelle Grundlage gestellt und zu strukturieren versucht.¹ Eine erstere größere Bewährungsprobe für diese neue Orientierung war bei den Weltjugendfestspielen in Havanna zu bestehen. Wie der geneigte Leser unmittelbar einsieht, war dies keine leichte Aufgabe.

Zur Beurteilung des Juso-Beitrags bei den Weltfestspielen ist es nützlich, noch einmal einige Ergebnisse der Facharbeitstagung hier aufzuführen, um zu veranschaulichen, inwieweit die Jusos in Havanna ihren eigenen Ansprüchen gerecht wurden. Internationalismusarbeit, das war Konsens auf der Arbeitstagung, müsse mehr sein als Reisediplomatie und das Abfeiern von Resolutionen auf Kongressen. Es müsse Schluß gemacht werden mit der Monopolisierung von internationalen Kontakten bei einigen wenigen Nachwuchsdiplomaten. Internationalismusarbeit dürfe nicht mehr als exotisches, pseudo-progressives Weltbürgertum praktiziert werden, auf das man sich gerne zurückzieht, wenn zu Hause die Probleme über den Kopf wachsen. Stattdessen müsse sie Teil der allgemeinen politischen Arbeit sein aus der Einsicht, daß der antikapitalistische Kampf, der Kampf um demokratische Rechte und soziale Sicherheit nicht mehr isoliert in einem Land geführt werden kann. Deshalb müsse die Internationalismusarbeit der Jusos ansetzen an der internationalen Politik des bundesrepublikanischen Kapitals und dessen Auswirkungen auf die Regierungspolitik.

Ein strategischer Schwerpunkt soll dabei die Anerkennung und Unterstützung der Befreiungsbewegungen der III. Welt sein. Die Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen soll als eine progressive Alternative zur bisherigen Politik der Sozialistischen Internationale (SI) verstanden werden. Zur Umsetzung dieser Politik soll die Diskussion dieser Positionen in die Sozialistische Jugendinternationale (IUSY)² hineingetragen werden und dabei durch Koordinierung der linken Kräfte über die Grenzen hinweg die IUSY-Linke gestärkt werden. Nur

¹ Ein Bericht über die Facharbeitstagung und ein (nichtautorisiertes) Beschlußprotokoll sind in Heft Nr. 4/78 von „inter-pol“ c/o Joachim Günther, Weissenburger Str. 22, D-1000 Berlin 20 abgedruckt. Das offizielle Beschlußprotokoll war bei Redaktionsschluß noch nicht erschienen.

² Die Abkürzung bezieht sich auf die englische Bezeichnung: International Union of Socialist Youth

mit einer starken IUSY-Linken ist eine Neuorientierung der IUSY-Politik durchzusetzen, die die IUSY zu einem wirklichen Repräsentanten und einer politischen Kraft der internationalen Arbeiterjugendbewegung macht, die die SI dann nicht mehr ignorieren kann.

II.

Wenn man diese Zielsetzung der Fachkonferenz einmal als Auftrag ansieht, den die Juso-Delegation im Reisegepäck nach Kuba mitgenommen hatte (oder hätte mitnehmen sollen), dann muß etwas befremdlich erscheinen, was nach Berichten bundesrepublikanischer Medien auf einer Pressekonferenz bei der Rückkehr der Juso-Delegation als positive Bilanz der Weltfestspiele dargestellt wurde. „Der bisher beherrschende Einfluß der kommunistischen Jugendverbände bei den Weltjugendfestspielen ist nach Ansicht der Jungsozialisten (Jusos) in der SPD bei dem diesjährigen Festival in der kubanischen Hauptstadt Havanna „rapide geschwunden“. (Frankfurter Rundschau, 9.8.78). „Sozialistische Jugendverbände hätten sich im Verein mit eurokommunistischen Gruppierungen mit Erfolg den orthodoxen Kommunisten entgegenstellen können.“ (WELT, 9.8.78). „Eines der Ziele der Jusos war nach Aussagen Papes der Kontakt zu Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, der auch zustande gekommen sei.“ (FAZ, 9.8.78). „Der Juso-Delegierte Detlev Samland betonte, daß es mit Hilfe der Jungsozialisten gelungen sei, in dem Abschlußdokument der Kommission, die sich mit einer ‚neuen Weltwirtschaftsordnung‘ befaßte, den Begriff „Nord-Süd-Konflikt“ durchzusetzen. Dies sei gegen den Widerstand kommunistischer Delegierter erfolgt, die darauf bestanden, den Widerspruch zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern vor dem Hintergrund der Systemauseinandersetzung einzuordnen.“ (Berliner EXTRA Dienst, 11.8.78). „An die Adresse des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gewandt, hob Pape hervor, daß von den Jusos dabei auch der ‚Fall Bahro‘ angesprochen worden sei.“ (ED 11.8.)

Die (zugegeben überzeichnende) Auswahl der Zitate gibt einen Eindruck wieder, wie er bei vielen Journalisten, aber auch bei anderen Delegationen in Havanna entstanden ist, als sei den Jusos primär an der Zurückdrängung des Kommunismus und einer Menschenrechtskampagne im Sinne Jimmy Carters gelegen. Es muß der Eindruck entstehen, als habe bei den Jusos weder eine Neuorientierung auf der der Facharbeitstagung noch ein Hamburger und Hofheimer Kongreß, ja nicht einmal ein Münchner Kongreß stattgefunden, als sei es den Jusos in Havanna überwiegend darum gegangen, ihre Teilnahme an den Weltfestspielen gegenüber Angriffen von reaktionärer Seite zu rechtfertigen. Natürlich geben diese einseitig ausgewählten Zitate nicht den Beitrag der gesamten Juso-Delegation in Havanna wieder. Daß solche Positionen in der Außendarstellung aufgetaucht sind, zeigt jedoch, daß einzelne Delegierte in den Kommissionen und gegenüber der Presse

Positionen vertreten haben, die in keiner Weise durch Beschlüsse der letzten Juso-Bundeskongresse abgedeckt sind. Daß nach dem Konsens der Facharbeitstagung die Internationalismusarbeit der Jungsozialisten von der Kritik an der internationalen Politik des BRD-Kapitals ausgehen soll, kam in der Außendarstellung in Havanna kaum zum Ausdruck. Gerade die Rolle des deutschen Kapitals in Ländern wie Brasilien, im südlichen Afrika, im Nahen Osten und die Rolle, die die Bundesrepublik bei der Erpressungspolitik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gegenüber „unbotmäßigen“ Dritte-Welt-Nationen spielt, wäre jedoch ein Ansatzpunkt für die Juso-Politik und ist das, was Befreiungsbewegungen und Entwicklungsländer am meisten interessiert.

Die obige Kritik an der Außendarstellung der Jusos bedeutet jedoch nicht, daß die Rolle der bundesrepublikanischen Multis von den Jusos in Kuba verschwiegen worden wäre. Es gab dazu kritische Redebeiträge von den Juso-Vertretern in den Kommissionen. Das Thema wurde vor allem auch in den zahlreichen bilateralen Treffen mit Delegationen bzw. fortschrittlichen Organisationen anderer Länder angesprochen. Den Schwerpunkt hatte die Juso-Delegation auf Treffen mit Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und oppositionellen Kräften aus latein-amerikanischen Diktaturen gelegt. So wurde zum Beispiel mit dem African National Council (ANC), mit der SWAPO und der ZAPU ein Ausbau der Kontakte vereinbart. Es wurde zum Beispiel diskutiert, welche Möglichkeiten die Jusos haben, gegen eine nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika oder Brasilien vorzugehen. Delegierte aus Peru und Jamaika appellierten an die Jusos, sie in ihrer Kampagne gegen die Erpressungspolitik des Internationalen Währungsfonds zu unterstützen.

Diese bilateralen Kontakte sind vielleicht das bedeutendste Ergebnis der Juso-Teilnahme an den Weltfestspielen, allerdings nur dann, wenn sie nicht bei einigen Funktionären versanden, sondern an die Basis gelagert, und von Juso-Gruppen, Unterbezirken und Arbeitskreisen in praktische Politik umgesetzt werden werden.

Daß in Havanna im Vergleich zu früheren Festspielen relativ mehr in Gruppen und Arbeitskreisen verankerte Delegierte teilgenommen haben, verbessert die Aussicht für diese praktische Umsetzung. Dazu ist es jedoch notwendig, daß die Delegierten in einer gemeinsamen Nachbereitung der Festspiele diese Umsetzung vorantreiben können.

III.

Eine kritische Nachbereitung ist auch deshalb notwendig, um bessere Voraussetzungen für zukünftige internationale Kongresse zu schaffen. Denn in Havanna wurde deutlich, daß für die meisten Delegierten, gerade für diejenigen, die sich nicht tagtäglich auf dem internationalen Parkett bewegen, die Vorbereitung für die Festspiele viel zu spät begonnen hatte. Das Vorbereitungsseminar in Düssel-

dorf war gerade noch in der Lage, die wichtigsten organisatorischen Fragen zu klären und grundlegende Informationen über Kuba zu vermitteln. Eine Diskussion und Abstimmung darüber, welche Positionen die Juso-Delegation in Havanna vertreten sollte, konnte schon aus zeitlichen Gründen nicht mehr stattfinden. Ein großer Nachteil war auch, daß mangels Unterlagen und verfügbarer Genossen die Erfahrungen von den letzten Weltfestspielen in Berlin/DDR kaum eingebracht werden konnten.

In Havanna selbst war — nach der Kampf abstimmung, ob der Genosse Benneker mit der Juso-Delegation ins Stadion einmarschieren sollte — die Mehrheit der Delegierten von den eigentlichen Entscheidungen ausgeschlossen. Erstaunt konnten die Delegierten in Presseerklärungen der Jungdemokraten lesen, welche Positionen die Juso-Vertreter in der Koordinierungsgruppe in den Verhandlungen für ein Treffen mit der FDJ vertreten hatten. Und ob die Delegation ihr Votum dafür gegeben hätte, daß die Juso-Vertreter in einer diplomatischen Glanzleistung das erste Treffen mit einer kubanischen Delegation mit der Frage nach politischen Gefangenen einleiteten, bleibt wohl sehr fraglich.

An diesen Beispielen zeigt sich, daß in Havanna individuelle Positionen als Juso- oder IUSY-Positionen verkauft wurden, weil zum einen die Zeit zur vorherigen Abstimmung mit der Delegation nicht vorhanden war und bei einigen Delegierten wohl auch nicht die Neigung zu solch einer Rückkoppelung bestand.

Diese Kritik an der Arbeit der Juso-Delegation gilt erst recht für die Arbeit der IUSY. Hier muß man es den Juso-Vertretern und zum Beispiel den österreichischen und schwedischen IUSY-Vertretern zugute halten, daß sie sich sehr um eine Vorabstimmung bemühten. Diese scheiterte jedoch daran, daß die Mehrheit der IUSY-Vertreter gar nicht erst zu den Koordinierungstreffen erschien. Für die Zukunft erscheint es deshalb sinnvoll, zwischen IUSY-Kongressen die informellen Kontakte mit fortschrittlichen IUSY-Mitgliedsorganisationen und Vertretern auszubauen, um so eine linke IUSY-Fraktion für Kongresse und internationale Treffen vorzubereiten.

Bei dieser kritischen Einschätzung der Juso-Arbeit in Havanna muß man jedoch berücksichtigen, daß in einem Mammutfestival mit 20 000 Delegierten aus 145 Ländern eine Delegation wie die der Jusos nicht der Nabel der Welt ist und selbst bei optimaler Vorbereitung nur begrenzte Möglichkeiten zur Darstellung der eigenen Position bestehen und zwangsläufig auch organisatorische Probleme die Arbeit behindern. Umso wichtiger ist es, die angeknüpften Kontakte weiterzuführen und die Erfahrungen von Havanna in zukünftige Treffen einzubringen. Das ist jedoch nur möglich, wenn die Arbeit breit verteilt wird, das heißt dezentralisiert wird. Schon jetzt kann man aus den Erfahrungen von Havanna sagen, daß bei den Jusos eine permanente Diskussion um Positionen zu Fragen wie Neue Weltwirtschaftsordnung oder Einschätzung des Realen Sozialismus und dem Thema Menschenrechte dringend notwendig ist.

Dokumentation Die französische Linke

EINFÜHRENDE KOMMENTAR ZUM C.E.R.E.S.-BEITRAG

Die Wahlergebnisse der Linksparteien

Seit der Unterzeichnung des gemeinsamen Regierungsprogramms¹ am 27. Juni 1972 befand sich die französische Linksunion in einem ständigen Aufwind. Die Wahlen zur Nationalversammlung vom März 1973 brachten einen Erdrutsch zugunsten der Linken: PS² und MRG³ konnten ihre Mandate von 53 auf 103 fast verdoppeln, und der PC⁴ verbesserte sich von 33 auf 73 Parlamentssitze. Bei der Präsidentschaftswahl von 1974 unterlag François Mitterand als gemeinsamer Kandidat von Sozialisten und Kommunisten im 2. Wahlgang nur knapp gegen Giscard d'Estaing. In den Kommunalwahlen vom März 1977 errang die Linke 53% der Stimmen und fegte die bürgerlichen Regierungsparteien aus den Rathäusern. Die Erfolge der Linksunion und ihre politischen Aussichten eröffneten die reale Möglichkeit, die „majorité“⁵ auch parlamentarisch in die Minderheit zu bringen. Die Bourgeoisie begann mit Kapitalflucht ins Ausland, und Arbeiter besetzten Fabriken, die geschlossen werden sollten, um ihre Vergesellschaftung zu erzwingen.

Die sozialistische Linke in anderen Ländern, vor allem in Westeuropa, kommentierte die französische Entwicklung euphorisch. Zum ersten Mal in der Geschichte der gespaltenen Arbeiterbewegung hatten Sozialisten und Kommunisten ein gemeinsames *Regierungsprogramm* unterzeichnet und mobilisierten damit Wählermassen. Es stellte sich praktisch die Frage, ob Frankreich ein Modell für den friedlichen Übergang zum Sozialismus in einem hochindustrialisierten Land werden würde.

Die Bedingungen der Wahlniederlage 1978

Die 78er Wahlen wurden nicht zum Ausgangspunkt für den Prozeß der Eroberung der politischen Macht: Im ersten Wahlgang vom 19. März erreichte

¹ Im folgenden Text meist nach der französischen Bezeichnung abgekürzt: Programme Commun de Gouvernement (PCG)

² Parti Socialiste (PS)

³ Mouvement des Radicaux de Gauche (MRG) — Linksliberale

⁴ Parti Communiste Français (PCF)

⁵ Mit dem Kampfbegriff „Mehrheit“ bezeichnen die beiden bürgerlichen Parteien der Gaullisten und der „unabhängigen Republikaner“ ihr Regierungsbündnis, da es sich bisher stets — begünstigt durch die ungleiche Wahlkreiseinteilung — auf eine Abgeordnetenmehrheit in der Nationalversammlung stützen konnte.

te die Linke nur 49,7% der Stimmen, die Rechte immerhin 47,5%. Der PS blieb mit 22,6% weit hinter den Erwartungen zurück. Der PC vereinigte 20,6% der Stimmen auf sich und hielt damit sein Wählerpotential, ohne es weiter auszubauen. Im zweiten Wahlgang setzte sich die Regierungskoalition endgültig durch: 185 Abgeordnete zogen für die Linksunion ins Parlament ein, 300 für die Rechte. Drei Gründe sind für die klare Niederlage der Linken zu nennen:

1. Die Bourgeoisie mobilisierte ihre Wähler durch eine „Freiheit-oder Sozialismus“-Kampagne, was sich besonders im zweiten Wahlgang bemerkbar machte.
2. Im Hinblick auf den erwarteten Wahlsieg hielten die beiden großen Gewerkschaften CGT⁶ und CFDT⁷ ihre Mitglieder bei Streikaktionen zurück. Die Folge war eine gewisse Demobilisierung der Massen.
3. Im September 1977 waren die Gespräche um eine Aktualisierung des PCG vordergründig an der Zahl der zu verstaatlichenden Betriebe gescheitert. Im Hintergrund stand allerdings das wachsende Mißtrauen der Kommunisten, der PS sei auf dem Wege der „Sozialdemokratisierung“ und wolle eigentlich keinen Bruch mit dem kapitalistischen System. Der PS seinerseits sah sich in der Rolle der führenden Linkspartei und wollte seine Attraktivität für die Mittelschichten als seiner wichtigsten Wählerbasis erhalten, indem er „zu weit gehende“ Forderungen des PC zurückwies.

Zum entscheidenden Problem wurde aber die anschließende Kampagne des PC gegen den PS, die der PS mit nicht minder scharfer Polemik beantwortete. Dem Wähler präsentierten sich nicht zwei verbündete Parteien, die Meinungsverschiedenheiten austragen, sondern erbitterte Gegner beim Kampf um die Macht.

Wie geht es weiter?

Nach der Wahl hielten die Auseinandersetzungen an: die Sozialisten warfen dem PC vor, seine Attacke habe die Linke um den Wahlsieg gebracht, während der PC die mangelnde Konsequenz der Sozialisten beklagte. Die einseitige Orientierung auf den sicher geglaubten Wahlsieg hat zu der gegenwärtigen Resignation an der Basis beider Parteien beigetragen. Das PCG besteht de facto nicht mehr. Wie kann sich das Verhältnis von PC und PS in Zukunft entwickeln?

In dem PC sind zwei Grundströmungen zu erkennen: die eine will eine weitere Öffnung der Partei für neue Wähler- und Mitgliederschichten durch-

⁶ Confédération Generale du Travail (CGT) — mit der Kommunistischen Partei eng kooperierende, größte Gewerkschaft des Landes

⁷ Confédération Française Democratique du Travail (CFDT) — die Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder des PS arbeitet in der CFDT

setzen und das innerparteiliche Leben weiter demokratisieren. Die zweite betont die Notwendigkeit der Geschlossenheit nach außen, vielleicht sogar mit dem kalkulierten Risiko einer neuen Selbstisolierung wie in den 50er und 60er Jahren. Die Führungsgruppe um Marchais scheint die Balance zwischen beiden Gruppierungen wahren zu wollen, ohne allerdings derzeit eigenständige, praktische Vorschläge zur Rekonstitution der Einheit zu unterbreiten.

Der PS war nie eine homogene sozialistische Partei, wie dies viele Linke in der BRD irrtümlich geglaubt haben. An seiner Gründung waren drei Hauptströmungen beteiligt: eine rechtssozialdemokratische, eine radikal-demokratisch-reformistische und eine sozialistisch-marxistische. Diese Konstellation spiegelte sich sogar im Statut wieder, das eine proportionelle Besetzung der Leitungsgremien vorschreibt. Mitterrand als Führer der reformistischen Richtung wurde 1971 mit den Stimmen des linken Flügels zum Parteichef gewählt. In den folgenden Jahren verstärkte sich der Einfluß, der Linken. Auf den nationalen Kongressen stellte der C.E.R.E.S.⁸ zuletzt ca. 25% der Delegierten. Doch seit dem Kongreß 1975 in Pau stützt sich Mitterrand auf eine Koalition unter Ausschluß des C.E.R.E.S.

Entscheidend in dieser Auseinandersetzung könnte die Haltung der CFDT sein, die zwar keine rein sozialistische Gewerkschaft ist, deren Kader jedoch in dem PS einen nicht zu unterschätzenden Einfluß haben. Die Aussichten auf die notwendige Weiterentwicklung des PCG hängen stark davon ab, ob der C.E.R.E.S. sich die Unterstützung des Gewerkschaftsflügels sichern kann.

Hans-Ulrich Ronnger

C.E.R.E.S.

DER INHALT DER LINKSUNION *

In den meisten Stellungnahmen seit dem 19. März wird von den sozialistischen Führern betont: „Die Union der Linken geht weiter“. Die Schwierigkeit, — der oft ausgewichen wird — ist zu wissen, in welcher Form, mit welchem Inhalt und zu welchem Zweck. Es wäre gut, wenn vor dem National-Konvent¹ über die Vorstellungen zu dieser Frage in den wesentlichen Punkten größere Klarheit herrsch-

⁸ Centre d'Etudes, de Recherches et d'Education Socialiste (C.E.R.E.S.) — Organisation des linken Parteiflügels der Sozialisten

* Der folgende Beitrag wurde wenige Tage nach der Niederlage der französischen Linken in den Parlamentswahlen d. J. geschrieben. Er erschien ohne Verfasserangabe auf der ersten Seite der Wochenzeitschrift des C.E.R.E.S., „volonté socialiste“, No. 46 vom 15. April 1978. Im Mittelpunkt stehen Überlegungen zur Wiedergewinnung der Einheit der Linksunion, zu ihren politischen Perspektiven und zu den Aufgaben der Sozialistischen Partei aus der Sicht ihres linken Parteiflügels. — Die deutsche Übersetzung stammt von Thomas Laugstien.

¹ Der erste Parteikonvent der französischen Sozialisten nach den verlorenen Wahlen vom März fand am 29.4.1978 statt, kurz nach Veröffentlichung des obigen Aufsatzes.

I.

Wir sind nicht die Museumswächter des Programme Commun, Modell 1972, überprüft 1978 – und wir dürfen es nicht werden. Als Instrument und politischer Ausdruck einer Strategie wird das gemeinsame Regierungsprogramm heute mit dem verengten Eindruck gleichgesetzt, den der PS und der PC davon während des Wahlkampfes vermittelt haben. Ein Kampf für die „Rückkehr zum gemeinsamen Programm“ würde kaum verstanden werden und nicht sehr weit führen.

Es ist jedoch wichtig, zu unterstreichen, was die Abkehr vom PCG in der Vorstellungswelt derjenigen bedeuten kann, die seine wirkliche Bedeutung nie akzeptiert haben. Die tatsächliche Alternative liegt heute zwischen denen, die in der Richtung des PCG weitergehen wollen und zur Kenntnis nehmen, daß wir in einen neuen Abschnitt der Union eintreten, und denen, die uns auf den Stand vor 1972 zurückwerfen wollen. Unter diesem Aspekt kann man feststellen, daß ein Teil der von den Medien wieder aufgegriffenen Vorschläge ganz einfach darin besteht, die Union auf ein Wahlbündnis zu reduzieren („die republikanische Disziplin“), ergänzt durch eine ideologische Auseinandersetzung („die zwei Kulturen“), d. h. , einzuengen auf das Schema der Periode vor Epinay². Dieses besagt bekanntlich in Wirklichkeit, daß es überhaupt keine Union gibt.

Man muß sich deshalb über 3 Punkte im Klaren sein:

a) Was in Bezug auf das gemeinsame Regierungsprogramm Probleme aufwirft, ist nicht das Programm selbst. Alle sozialistischen Kandidaten haben es vor kaum 15 Tagen (d. h. vor der Wahl/Anm. des Übers.) leidenschaftlich und begeistert unterstützt und würden heute mit gutem Gewissen verbrennen, was sie noch gestern dem Land zur unverzüglichen Anwendung empfahlen. Es ist auch nicht die Tatsache, daß das Programm gemeinsam ist, denn wir haben in diesen letzten Monaten genug beklagt, daß es eben nicht gemeinsam genug ist und seine Interpretation Grund zu Uneinigkeiten und Polemiken geben könnte. Probleme bereiten vielmehr einfach die Tatsachen, daß die Regierungsperspektive in die Ferne gerückt ist, daß die Linke nicht an der Macht ist, und daß man die Situation nicht mit Slogans wie „das ist nur ein Anfang, vorwärts bis 1981 – oder 1983“³ beantworten kann.

b) Die Hauptsache des gemeinsamen Programms, sein harter Kern (Nationalisierung, Planung, Kontrolle, Dezentralisierung der Macht), bleibt gleichermaßen die einzig zusammenhängende Antwort auf die Krise als auch der einzig praktikable Weg des Übergangs zum Sozialismus in Frankreich. Man kann bedauern, daß der strukturelle Aspekt des PCG während des Wahlkampfes sorgfältig ausgeklammert wurde zugunsten der konjunkturellen Maßnahmen. Diese sind zudem am schwie-

² Gründungsparteitag der Parti Socialiste 1971

³ Die nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich finden 1981 statt, die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung zwei Jahre später.

rigsten zu rechtfertigen, wenn man sie von der umfassenden Dynamik des Übergangs trennt. Die Wiederbelebung der Union und die Neubestimmung ihres Inhalts erfolgen sicher nicht durch das Vergessen der Maßnahmen, die dem PCG seine Dimension des Bruchs mit dem Kapitalismus verleihen, sondern im Gegenteil durch eine klarere und präzisere Bestimmung der Bruchstellen des kapitalistischen Systems in seiner Giscard'schen Ausführung. Sie erfolgen von daher durch das Festhalten an denjenigen Bestandteilen des PCG, die sich nicht in ein Projekt der Modernisierung und Neustrukturierung des französischen Kapitalismus einfügen lassen.

c) Die Linke wird sich nicht um eine gemeinsame Definition einer *Alternative der Macht* drücken können, die genau das erfüllt, was ihr am 12. und 19. März gefehlt hat. Die Lösung liegt sicher nicht in einer Art „Super-Syndikalismus“, der die Fragen der Macht, der Regierung und des Staates beiseite lassen und die Aktionen der Linksparteien auf reine Lohnforderungen beschränken würde. Wenn es stimmt, daß die sozialen Kämpfe – aber auch die politischen, kulturellen, kommunalen etc. – in der nächsten Zeit eine entscheidende Bedeutung bekommen, so darf man darüber nicht die Tatsache vergessen, daß das grundlegende Ziel in der gegenwärtigen historischen Phase die Frage der Staatsmacht bleibt, was letztlich heißt: Klassenhegemonie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Anders gesagt: Wenn jeder den Standpunkt teilt, daß es nicht möglich ist, das PCG von 1972 wiederzukäuen, so kann man daraus kein Argument ableiten, sich der heute wie gestern drängenden Notwendigkeit zu entziehen, daß die vereinigte Linke dem herrschenden Machtblock auf der Basis eines ausgearbeiteten – und zur Anwendung bestimmten – programmatischen Dokuments entgegentritt. Das tragende Gerüst eines solchen Dokuments bilden die antikapitalistischen Maßnahmen des PCG. (Die Argumentation, wonach es unnötig geworden sei, zu einer exakten Übereinstimmung zu gelangen, weil es bei den Präsidentschaftswahlen 1981 mehrere Kandidaten geben werde, taugt unter diesem Gesichtspunkt nichts: Das PCG war für die Parlamentswahlen beschlossen worden, also gerade auf eine Situation zugeschnitten, die durch eine Mehrzahl von Kandidaturen gekennzeichnet ist.)

II.

Wir müssen jedoch den gegenwärtigen Realitäten Rechnung tragen. Wie soll die Einheit wiederhergestellt werden? Die Frage so zu stellen, setzt offenbar voraus, daß man die Einheit anstrebt, und daß man daher die Niederlage als zwangsläufig betrachtet – nicht wegen der Linksunion, sondern im Gegenteil wegen ihres Auseinanderfallens. Es setzt weiter voraus, daß man die Rückkehr von PS und PC in die Isolation als Lösung verwirft und sich folglich weigert – was die Sozialisten betrifft –, auf den „Autonomie“-Illusionen zu beharren, die in Nantes⁴ Triumphe feierten und deren praktische „Erfolge“ man kennt. Schließ-

⁴ Hier tagte der letzte Parteikongreß (Juni 1977) vor den diesjährigen Parlamentswahlen.

lich ist unterstellt, daß der PS fortfährt bzw. ernsthaft beginnt, seine Überlegungen an die zentrale Frage zu knüpfen, aus der die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Einheit sich ableitet: „Wie kann man in Frankreich so schnell wie möglich mit dem Kapitalismus brechen?“ (Eine Frage – erinnern wir uns –, auf die *auch* die Kommunisten sich bemühen sollten, eine Antwort zu finden bzw. wiederzufinden.) Dies erfordert, daß die Sozialisten in der Lage sein sollten, auf drei Fragen zu antworten:

a) Kann allein die Absicht zu regieren die politische Übereinstimmung der Linken ausmachen, ohne erneut der Gefahr ausgesetzt zu sein, unter den entgegenwirkenden Zugkräften politischer Apparate zu zerreißen? Die Apparate akzeptieren die Logik dieses Vorhabens nur unter der Maßgabe, daß es weder ihre eigenen – expliziten oder impliziten – Pläne noch ihre Hegemoniebestrebungen über den Partner in Frage stellt. Anders gesagt: Wie kann man das gemeinsame Projekt gemeinsamer Regierung so in den Massen verankern, daß es nicht länger den Differenzen der Gipfel und den Launen des Politbüros der PC ausgeliefert ist? Die Ohnmacht der Massen in diesen letzten Monaten angesichts der Dynamik des Zerfallsprozesses in der Linksunion gibt zu denken. In welchen Formen, mit welchen einheitlichen Basisstrukturen, durch welche Mittel erreicht man, daß es nicht so bleibt?

Wenn die Einheit der Linken ihre Kraft und ihren Zusammenhalt aus der Zustimmung der Masse der Arbeiter ziehen muß, wie kann sich diese auf Dauer, aber auch in Wahlkämpfen konkretisieren? Die Antwort ist sicher zu suchen in Organisations- und Aktionsformen – an der Basis und besonders in Betrieben – die der Union Tag für Tag eine Realität verleihen, die mehr ist als nur ein Abkommen der Führungsspitzen.

b) Kann man, wie so oft geschehen, Weg von Ziel voneinander trennen? Oder: Sollte man sich nicht langsam daran erinnern, daß es zu Anfang um ein „Kampf- und Regierungsprogramm“ ging, wobei jede Bezeichnung die andere erläuterte, daß das Regierungsprojekt aus den wirklichen Auseinandersetzungen entsprang und die Kämpfe den Weg für die zukünftige Regierungstätigkeit bereiteten? Die Konzeption, die darin bestand, die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu bremsen unter Berufung auf den Wahlsieg und die künftige Anwendung des PCG, hat ihre Grenzen gezeigt. Wieder von der Realität ausgehen heißt, ein gemeinsames Vorhaben auf gemeinsamen Kämpfen zu begründen und eine Plattform antikapitalistischer Kämpfe direkt mit dem umfassenden Entwurf zu verknüpfen, der die politische Perspektive mit dem Ziel der Staatsmacht beschreibt. Das bedeutet wohlverstanden *auch*, das Problem der Breite der zu bildenden Front zu stellen: wenn klar ist, daß die Alternative der Macht Sache der Parteien und nur der Parteien ist, so ist ebenso klar, daß eine Kampfplattform andere Kräfte einschließen muß, vor allem gewerkschaftliche. In welchen Formen, in welchem Umfang, und mit welchen Konsequenzen? Das Nachdenken darüber muß uns in die Lage ver-

setzen, mit größerer Genauigkeit die Beziehungen zu bestimmen zwischen den Massenbewegungen und den Parteien, die ihr politischer Ausdruck sind.

c) Kann man eine Art Rückschritt akzeptieren, der darin besteht, in einem neuen Abkommen die strategischen Rückzugspositionen der letzten Zeit abzusegnen, d. h., sich in ein paar Monaten auf eine Minimalplattform zu einigen, aus der jeder Gedanke des Bruchs mit dem Kapitalismus verschwunden sein würde? Diese Sorge ist nicht unbegründet. Es hängt größtenteils von den aktuellen Debatten im PS und im PC ab, ob sie zerstreut werden kann oder nicht. Es versteht sich dabei von selbst, daß die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Forderungen, auf denen wir seit langem bestanden haben, und die im Text der 2. Strömung in Nantes präzisierten nationalen und internationalen „Riegel“⁵ die wesentlichen Kriterien bleiben, an denen man sich orientieren sollte. *Die Union ist kein Selbstzweck: Das Ziel ist der Bruch. Diese Idee muß man im Kopf behalten, um den Inhalt der Linksunion richtig einschätzen zu können.*

⁵ In Nantes brachte der C.E.R.E.S. einen Grundsatzantrag ein mit der Überschrift „Um das gemeinsame Regierungsprogramm durchzusetzen: Einheit, Selbstverwaltung, Unabhängigkeit“. Die drei „Riegel“, die einer Realisierung des Programms nach einem linken Wahlsieg entgegenstünden, sind danach 1. die Befugnisse des Präsidenten, 2. das nationale französische Kapital und 3. der Druck des internationalen Monopolkapitals auf Frankreich.

Autorenverzeichnis

CHRISTOPH BUTTERWEGGE, M. A., geb. 1951; Dipl.-Sozialwissenschaftler, promoviert z. Z. an der Universität Bremen über „*SPD und Staat heute. Zur Entwicklung unterschiedlicher Staatsauffassungen in der westdeutschen Sozialdemokratie nach 1959*“. Wichtigste Buchveröffentlichungen: „*Jungsozialisten und SPD*“ (1975); „*Parteiordnungsverfahren in der SPD*“ (1975); „*Alternativen in der Wirtschaftslenkung*“ (1976); „*Probleme der marxistischen Staatsdiskussion*“ (1977). Mitglied der GEW, früher Mitglied des Bezirksvorstandes Westliches Westfalen der Jungsozialisten, 1974/75 aus der SPD ausgeschlossen.

JÜRGEN DUENBOSTEL, geb. 1946; Studium an der Universität Hamburg, 1971 Diplom-Kaufmann, M. B. A. University of Detroit 1973, M. A. Journalism University of Texas 1976. Z. Z. tätig als freier Journalist. Mitglied der SPD 1971/72 Referent für Internationales im Landesvorstand der Hamburger Jungsozialisten.

JÜRGEN EGERT, geb. 1941; Beamter i. R., MdB und Obmann der SPD-Bundtagsfraktion im Ausschuß Arbeit- und Sozialordnung. Mitglied des Landesvorstands der Berliner SPD und verschiedener Ausschüsse beim Partei- und Landesvorstand. Mitglied der ÖTV, der Arbeiterwohlfahrt und der SJD – Die Falken.

KLAUS-PETER KISKER, Dr. oec., geb. 1932; Professor für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Veröffentlichungen zur ökonomischen Konzentration, zur Entwicklung der Wirtschaft in der BRD, zu multinationalen Konzernen und zur Vermögensverteilung. Mitglied der SPD, der GEW im DGB.

ARNO KLÖNNE, Dr. phil., geb. 1931; Professor für Soziologie an der Universität Münster. Veröffentlichungen vor allem zur Sozialstruktur und zur politischen Soziologie der BRD und zur Zeitgeschichte. Zusammen mit Klaus Vack Herausgeber der Reihe „*Zur Geschichte der Arbeiterbewegung*“, Offenbach. Mitglied der SPD seit 1951 (mit Unterbrechung), z. Z. Funktionsverbot, zeitweise Bezirksvorstandsmitglied in Ostwestfalen-Lippe. Mitglied des Sozialistischen Büros und der GEW.

NORMAN PAECH, Dr. jur., geb. 1938; Professor für politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen hauptsächlich zu Fragen der internationalen Beziehungen. Mitglied der SPD, der GEW und des Ausschusses der „*Initiative Weg mit den Berufsverboten*“.

HANS-ULRICH RONNGER, geb. 1952, ist Student der Geschichte und Politischen Wissenschaften an der Freien Universität Berlin. Mitherausgeber der Zeitschrift „*Interpol*“. Mitglied der SPD.

REINHOLD WALZ, geb. 1909; Pensionär in Berlin (West). Mitglied der SPD und des Marxistischen Arbeitskreises (MAK).

ANDREAS WEHR, geb. 1954; Student der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin. Veröffentlichungen zur politischen Diskussion bei den Jungsozialisten. Mitglied der SPD, der ÖTV, 1976 bis 1978 stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten.

AXEL ZERDICK, Dr. oec., geb. 1941; Professor für Produktionstheorie an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin. Veröffentlichungen zu betriebswirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und medienökonomischen Themen; Mitverfasser von „*Die SPD in der Krise*“ (1976). Mitglied der SPD, der GEW im DGB.

Verlagsprogramm 1980/81

spw 6 (März 1980): Ökologiedebatte. NATO-Aufrüstung. SPD-Politik
H. Arnold, W. Biermann, P. Brosche, Linke/Westermann/Westphal, D. Scholz, U. Skierke

spw 7 (Juni 1980): Wahlentscheidung gegen Rechts
R. Frank, J. Hindels, M. Kräike, K. Krusewitz, G. Mackenthun

spw 8 (Sept. 1980): Internationale Spannungen
W. Abendroth, D. Albers, Chr. Butterwegge, R. Röhrig, J. Schleifstein, K. Voigt

spw 9 (Dez. 1980): Kontroversen zur Wirtschaftspolitik
F. Beckenbach, H. Hawerluk, H. Kepplinger, Chr. Rix-Mackenthun

spw 10 (März 1981): Gewerkschaftspolitik (II)
G. Benz, U. Briefs, O. Demde, M. Johnstone, K. P. Kisker, H. J. Kröger, H. May, K. Neumann

spw 11 (Juni 1981): Kampfaufgabe Erneuerung
K. Fuchs, U. Kremer, A. Kroll, N. Paech, U. Pausch-Gruber, O. Scholz, M. Tilmann

spw 12 (Sept. 1981): Demokratisierung der Kommunen
M. Ernst-Pörksen, K.-H. Hansen, St. Kräike, K. Otto, K.-J. Siegfried

spw 13 (Dez. 1981): Parteilichkeit und Kultur
A. G. Frei, Haupt/Mantzka/Pelinka, D. Kramer, E. Seyfried

Preise der Zeitschrift

Einzelheft: 7,70 (Hefte 1 bis 5: DM 5,-) / ÖS 60,-/8, sfr.; ab Heft 14 (1982): 9,80 DM/80,- / ÖS 9,- / sfr. — Jahresabonnement (vier Hefen) Inland: 32,- DM incl. Versand. — Ausland: 35,- DM incl. Versand — Förderabonnement (vier Hefen): 50,- DM incl. Versand.

Sonderheft SH 1: Diskussion der Herforder Thesen (1978), Berlin/West 1979 (75 S., 5,— DM incl. Versand)

Sonderheft SH 2: Herforder Thesen II, erw. Ausgabe, Berlin/West 1980 (191 S., 8,— DM incl. Versand)

Sonderheft SH 3: Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke, Diskussion am Beispiel der *Herforder Thesen II*, Berlin/West 1981 (217 S., 10,80 DM incl. Versand)

Gudrun Schmidt: Wenn wir uns nicht rühren, rührt sich überhaupt nichts, Der Kampf gegen die Schließung des Kesselbaus im M.A.N.-Werk Hamburg, Berlin/West 1981 (208 S., 8,— DM incl. Versand)

Bestellungen an:
spw-Vertrieb, Libellenstr. 6a, D-1000 Berlin 38

BESTELLSCHEIN

Ich bitte um Zusage:

Exemplar(e) spw 1

Ex. spw 2 Ex. spw 11

Ex. spw 3 Ex. spw 12

Ex. spw 4 Ex. spw 13

Ex. spw 5 Ex. spw 14

Ex. spw 6 Ex. spw 15

Ex. spw 7 Ex. Sonderheft SH 1

Ex. spw 8 Ex. Sonderheft SH 2

Ex. spw 9 Ex. Sonderheft SH 3

Ex. spw 10 Ex. G. Schmidt, Kampf bei M.A.N.

Ich abonniere spw. Und zwar bis auf Widerruf und ab Heft 14 (Jahresabo 1982: 4 Hefen für 32,- DM incl. Versand)

Ich unterstütze spw durch ein Förder-Abo zu 50,— DM im Jahr. Und zwar bis auf Widerruf und ab Heft

Ich möchte spw verschenken. Und zwar für ein Jahr (vier Hefen für 32,— DM).

Name und Adresse des Beschenkten trage ich auf der Rückseite ein. Ich erteile gleichzeitig eine Einzugsermächtigung über die fäll. Jahresaboträge durch den spw-Verlag GmbH von meinem Konto

Nr. Bankleitzahl

Bankverbindung:

Kto. Inhaber:

Name

Anschrift

(Datum/Unterschrift)

spw

HERFORDER THESEN

Zur Arbeit von Marxisten
in der SPD.

Wesentlich überarbeitete,
erweiterte Ausgabe
herausgegeben vom Bezirksvorstand
der Jungsozialisten
in der SPD Ostwestfalen-Lippe.

SONDERHEFT 2